



LAND
BRANDENBURG

Haushaltsplan 2012

Band XI

Einzelplan 11

Ministerium für Infrastruktur und
Landwirtschaft

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zum Einzelplan 11	4
Zusammenstellung der Haushaltsansätze des Einzelplanes, bei denen der Einsatz von Mitteln der Europäischen Union vorgesehen ist	12
ELER - Übersicht nach Richtlinien	14
Zusammenfassung der Stellenübersicht	15
Einnahmen und Ausgaben Einzelplan 2012	16
Kapitel 11 010 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft	18
Kapitel 11 020 Allgemeine Bewilligungen	34
Kapitel 11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume	50
Kapitel 11 032 Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft	69
Kapitel 11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung	86
Kapitel 11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen	109
Kapitel 11 080 Forstwirtschaft	120
Kapitel 11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung	138
Kapitel 11 200 Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg	158
Kapitel 11 400 Landesamt für Bauen und Verkehr	171
Kapitel 11 460 Straßen- und Brückenbau	183
Kapitel 11 470 Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -	202
Kapitel 11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs	212
Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 2012	223
Übersicht über Planstellen und Stellen des Einzelplans 2012	227
Landeseigene und geleaste Dienstfahrzeuge des Einzelplanes	230

VORWORT

VERZEICHNIS

der Behörden im Geschäftsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg:

A Behörden

Landesoberbehörde

Landesamt für Bauen und Verkehr - Kapitel 11 400 –

Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung – Kapitel 11 101

B Einrichtungen

Landesbetrieb Straßenwesen - Kapitel 11 460 und Wirtschaftsplan -

Landesbetrieb Forst Brandenburg - Kapitel 11 080 und Wirtschaftsplan -

Sonstige Einrichtungen

Stiftung Brandenburgisches Haupt- und Landgestüt - Kapitel 11 032

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft gehören insbesondere folgende Aufgaben:

- Stadtentwicklung, insbesondere Stadterneuerung, Städtebauförderung, Bauleitplanung und Verkehrsberuhigung
- Denkmalpflege im Rahmen der Stadt- und Dorfentwicklung
- Allgemeines Bauwesen, insbesondere Bauaufsicht, Bautechnik
- Wohnungswesen, insbesondere Wohnraumförderung, Wohnungswirtschaft, Wohnungsbestandsmodernisierung und -instandhaltung, Wohnungs- und Mietrecht, Wohngeld
- Agrarwirtschaft (Land und Ernährungswirtschaft), insbesondere Maßnahmen der Agrarstruktur, Agrarmarktstruktur und Sozialstruktur der Landwirtschaft zur Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum
- Agrarmarkt, fachliche Begleitung der Ernährungswirtschaft, Ernährungsvorsorge und –sicherstellung, Qualitätsprüfungen
- Beratung und Betreuung der Landwirtschaft, Versuchswesen, Agrarbildung und Agrarforschung
- Agrarordnung insbesondere Flurneuordnung, land- und forstwirtschaftlicher Grundstücksverkehr, ländliche Siedlung und Dorferneuerung
- Forstwirtschaft, insbesondere Verwaltung und Bewirtschaftung des staatlichen Forstvermögens, Forstaufsicht, Förderung und Beratung des Privat- und Körperschaftswaldes
- Jagd und Fischerei
- Landesplanung, Raumordnung und -beobachtung, Regionalplanung, Braunkohleplanung und -sanierung
- Verkehrspolitik, Verkehrsverbund, Verkehrsplanung, öffentlicher Personennahverkehr, Straßenverkehr, Eisenbahnen, Luftfahrt, Schifffahrt und Wasserstraßen, Güterverkehr, Straßenverkehrsrecht
- Straßenwesen, Straßenbau, Verkehrssicherheit , gemäß Artikel 90 Abs. 2 GG in Verbindung mit Artikel 85 GG die Verwaltung der Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen und Bundesstraßen) im Auftrag des Bundes
- gemäß Artikel 87 GG in Verbindung mit dem Gesetz über Zuständigkeiten in der Luftverkehrsverwaltung die auftragsweise Wahrnehmung von Aufgaben der Luftaufsicht

Für den weiteren Aufbau der Verkehrsinfrastruktur und der Stadtentwicklung sowie für die Förderung von Agrarforschungseinrichtungen sowie Produktions- und Einkommensalternativen im ländlichen Raum werden dem Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) durch das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten weitere Mittel zur Verfügung gestellt.

Durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie werden ESF-Mittel (veranschlagt im Kapitel 07 030, TGr. 74) für die überbetriebliche Ausbildung zur Verfügung gestellt.

Das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft bedient sich zur Durchführung seiner Aufgaben, soweit sie nicht vom Ministerium unmittelbar wahrgenommen werden, seiner nachgeordneten Behörden und Einrichtungen sowie privater Dienstleister.

Der Haushalt des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung - Einzelplan 11 - enthält die nachstehenden Kapitel:

Kapitel 11 010 - Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
Kapitel 11 020 - Allgemeine Bewilligungen
Kapitel 11 025 - Strukturförderung Entwicklung ländlicher Räume und Landwirtschaft
Kapitel 11 032 - Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft
Kapitel 11 040 - Angelegenheiten der Stadtentwicklung
Kapitel 11 060 - Angelegenheiten des Wohnungswesens
Kapitel 11 080 - Forstwirtschaft
Kapitel 11 101 - Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung
Kapitel 11 200 - Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg
Kapitel 11 400 - Landesamt für Bauen und Verkehr
Kapitel 11 460 - Straßen- und Brückenbau
Kapitel 11 470 - Förderung der übrigen Verkehrsträger und Verkehrssicherheit
Kapitel 11 500 - Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Kapitel 11 010 - Ministerium

In diesem Kapitel sind die Personal-, Sach- und investiven Ausgaben des Ministeriums veranschlagt.

Das Kapitel enthält Umsetzungen aus dem Kapitel 11 030.

Kapitel 11 020 - Allgemeine Bewilligungen

In diesem Kapitel sind insbesondere veranschlagt die Mittel für

- Beihilfen und Fürsorgeleistungen
- Aufwand der Personalvertretung sowie
- Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums
- Zuweisungen an die Landeshauptstadt Potsdam gem. Hauptstadtvertrag
- Zuschüsse an die Regionalen Planungsgemeinschaften

Das Kapitel enthält Umsetzungen aus dem Kapitel 11 030.

Kapitel 11 025 - Strukturförderung Entwicklung ländlicher Räume und Landwirtschaft

Im Kapitel 11 025 sind in der Titelgruppe 80 die Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zur Finanzierung der Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum (OP 2007 – 2013) sowie in der Titelgruppe 62 die Einnahmen und Ausgaben aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (Rahmenplan) dargestellt.

Die Kofinanzierungsmittel des Landes sind in den Titelgruppen 63 und 81 gesondert ausgebracht.

Kapitel 11 032 - Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft

Im Kapitel 11 032 sind die Ausgaben und Förderungen für den ländlichen Raum und die sonstigen Fördermaßnahmen für die Landwirtschaft aus Landesmitteln sowie Sonderabgaben enthalten

Die Mittel zur Förderung der beruflichen Bildung werden eingesetzt für Projekte, die nicht im Rahmen der Richtlinie „Ländliche Berufsbildung“ gefördert werden können. Ziel ist vor allem die Unterstützung von Akteuren bei der der Ausbildungsqualität und der Fachkräftesicherung.

Die Zuschüsse für die Durchführung der „Überbetrieblichen Ausbildung“ dienen der Kofinanzierung der ESF Mittel gem. der Richtlinie zur Förderung der Überbetrieblichen Bildung.

Die Förderung der agrarwissenschaftlichen und Technologieforschung in Brandenburg (WGL-Einrichtungen und Mehrländerinstitute) erfolgt gemäß Artikel 91b GG vom Bund und allen Ländern multilateral. Zwischen dem Bund und den Ländern bestehen bi- und multilaterale Verträge. Entsprechend der Lissabon-Strategie und der entsprechenden Beschlüsse der Regierungschefs/-chefin des Bundes und der Länder vom September und Dezember 2009 soll die Förderung der Forschungseinrichtungen gesteigert werden. Ziel ist der Einsatz von 10 % des Bruttoinlandproduktes für Bildung und Forschung bis 2015.

Darüber hinaus sind in diesem Kapitel die Zuschüsse für die Stiftung „Brandenburgisches Haupt- und Landgestüt Neustadt (Dosse)“ eingestellt.

Das Kapitel enthält Umsetzungen aus dem Kapitel 11 030.

Kapitel 11 040 - Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Das Kapitel enthält insbesondere die Ausgaben für die Städtebauförderung und das Programm zur energetischen Erneuerung sozialer Infrastruktur in den Kommunen (Investitionspakt) auf der Grundlage der jährlich mit dem Bund abzuschließenden Verwaltungsvereinbarungen nach Art 104b GG. Die Bundesfinanzhilfen sind durch das Land in gleicher Höhe zu komplementieren. Eine darüber hinausgehende landesseitige Forderung erfolgt nicht. Derzeit erfolgt eine Förderung über folgende Programme

- o denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen
- o die Soziale Stadt
- o städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen
- o Stadtumbau-Ost mit den Teil Programmen Aufwertung und Rückbau
- o Aktive Stadtzentren
- o Kleine Städte und überörtliche Zusammenarbeit
- o energetische Erneuerung sozialer Infrastruktur in den Kommunen (Investitionspakt).

Der Masterplan Stadtumbau definiert als Grundlage der künftigen integrierten Förderpolitik im Rahmen der Neuausrichtung der Landespolitik im Sinne des Grundsatzes „Stärken stärken“¹ die fachlichen und räumlichen Schwerpunkte der Förderung. Er enthält auch Aussagen zur Fördersystematik und zu integrierten Stadtentwicklungskonzepten (INSEK).

Die Fördermittel des Stadtumbaus werden in den am stärksten vom Wohnungsleerstand betroffenen Kommunen für Maßnahmen des Rückbaus von leer stehenden, dauerhaft nicht mehr benötigten Wohnungsbeständen und von Investitionen zur gleichzeitigen Aufwertung und Stabilisierung von Wohnquartieren eingesetzt.

Die Fördermittel der Stadterneuerung werden für Gesamtmaßnahmen der Stadtsanierung im Sinne des § 136 BauGB zur Behebung städtebaulicher Missstände bewilligt. Im Rahmen der Stadtsanierung werden im Wesentlichen kommunale Maßnahmen der Erhaltung bedeutender historischer Stadtkerne im Sinne des städtebaulichen Denkmalschutzes, der Modernisierung und Stärkung innerstädtischer Zentren und der Aufwertung und Erneuerung älterer Wohnquartiere gefördert

Die Fördermittel des Programmbereichs „Aktive Stadtzentren“¹ werden für die Stärkung von zentralen Versorgungsbereichen eingesetzt, die durch Funktionsverluste, insbesondere gewerblichen Leerstand, bedroht oder betroffen sind. Dazu gehören u.a. Vorhaben der Vorbereitung und Durchführung von Gesamtmaßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung dieser Bereiche als Standorte für Wirtschaft und Kultur sowie als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Leben.

Im Programm „Die Soziale Stadt“ wird sowohl die konzeptionelle Vorbereitung als auch die Umsetzung von Maßnahmen gefördert, die der nachhaltigen sozialen Stabilisierung und Weiterentwicklung der Stadtteile dienen. Dazu zählen insbesondere Maßnahmen zur Aufwertung des Wohnumfeldes und des öffentlichen Raumes, zur Verbesserung der Infrastruktur sowie der Rahmenbedingungen für neue wirtschaftliche Tätigkeiten und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Die Fördermittel des Programmbereichs „Kleine Städte und überörtliche Zusammenarbeit“ werden zur Förderung städtebaulicher Gesamtmaßnahmen in kleinen Städten und Gemeinden in dünn besiedelten, ländlichen Räumen mit dem Ziel der Sicherung und Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge eingesetzt. Hierdurch sollen kleine Städte als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge und in ihrer zentralörtlichen Funktion für die Zukunft handlungsfähig gemacht werden. Förderfähig sind überörtlich zusammenarbeitende oder ein Netzwerk bildende Städte oder Gemeinden in funktional verbundenen Gebieten bzw. kleinere Städte in Abstimmung mit ihrem Umland.

Energieeinsparung und Klimaschutz, Wachstum und Beschäftigung sowie die Bildungsförderung sind die Ziele des eigenständigen Bund-Länderprogramms zur energetischen Erneuerung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen (Investitionspakt). Zur gebündelten Unterstützung der Ziele bildet hier die energetische Erneuerung der sozialen Infrastruktur den zentralen Ansatzpunkt. Gefördert wird die durchgreifende, energetische Erneuerung unmittelbarer oder mittelbarer öffentlicher Gebäude, die als soziale Infrastruktur genutzt werden (z. B. Schulen und Kindertagesstätten, Begegnungseinrichtungen, Mehrzweckhallen).

Kapitel 11 060 - Angelegenheiten des Wohnungswesens

In diesem Kapitel sind im Wesentlichen die Ausgaben für die Wohnraumförderung und das Wohngeld veranschlagt.

Nach Art. 143c GG erhalten die Länder vom Bund bis 2013 befristete, zweckgebundene Kompensationszahlungen für die Finanzierung von Maßnahmen der Wohnraumförderung. Die Länder haben nach § 3 Abs. 2 des Gesetzes zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG) aus diesen Zahlungen die Altverpflichtungen des Bundes aus der bisherigen Mischfinanzierung zu leisten. Die nach Abzug der Altverpflichtungen verfügbaren Mittel sind nach § 5 Abs. 4 EntflechtG für die Finanzierung von Maßnahmen der Wohnraumförderung einzusetzen. Die Wohnraumförderung wird für spezielle Bedarfe wie generationengerechtes Wohnen (Wohnen für Familien mit Kindern und Senioren) eingesetzt. Gefördert wird gemäß den Vorgaben des Masterplan Stadtumbau konzentriert in den innerstädtischen Sanierungs- und Entwicklungsgebieten sowie den Vorranggebieten Wohnen und Konsolidierungsgebieten der Regionalen Wachstumskerne, Stadtumbaustädte und Mittelzentren. Im Zuge integrierter Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik kommt der Kombination von Wohnraum- und Städtebauförderung große Bedeutung zu.

Die Ausgaben für das Wohngeld werden dem Land aufgrund des Wohngeldgesetzes (WoGG) zur Hälfte vom Bund erstattet.

Kapitel 11 080 - Forstwirtschaft

Das Land Brandenburg ist zu 1/3 mit Wald bedeckt, das sind ca. 1.100.000 ha. 25% hiervon befinden sich im Eigentum des Landes, wobei dieser Landeswald in maßgeblichen Teilen zugleich wichtiger Erholungswald (z.B. Ruppiner Schweiz, Schorfheide, Spreewald, Fläming) oder naturschutzfachlich wertvoller Wald ist (z.B. Spreewald, Stechlin-Ruppiner Seengebiet, Schorfheide, Lieberoser Heide).

Mit dem Privat-, Körperschafts- und Landeswald besteht in Brandenburg eine hohe forst- und holzwirtschaftliche Wertschöpfung in Form einer aktiven Forstwirtschaft und Holzindustrie, so dass der Wald und seine Produkte auch maßgeblich zum Einkommen und zur Arbeitsplatzsicherung im ländlichen Raum beitragen.

Die Landesforstverwaltung besteht aus dem Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft als oberste Forstbehörde und dem Landesbetrieb Forst Brandenburg (LFB) als untere Forstbehörde. Neben der Aufgabe als untere Forstbehörde ist der LFB mit der Organisation und der Durchführung der Landeswaldbewirtschaftung und der Verwaltungsjagd beauftragt. Im LFB wurde mit der organisatorischen Umsetzung der Forstreform im Jahr 2011 eine betriebswirtschaftliche und organisatorische Trennung der Geschäftsbereiche „Bewirtschaftung des Landeswaldes“ sowie „Gemeinwohl und hoheitlichen Leistungen der Forstbehörde“ eingeführt. Zugleich wurde das Finanzbuchwesen auf doppische Grundlagen gestellt und die Eröffnungsbilanz vorgelegt.

Die durch den LFB mit seinen nunmehr 14 Landeswaldoberförstereien, 30 Hoheitsoberförstereien, 7 Servicestellen und das Landeskompetenzzentrum Forst Eberswalde (LFE) wahrzunehmenden Aufgaben werden in einem Wirtschaftsplan der Forstwirtschaft geführt. Der Wirtschaftsplan ist Bestandteil der Haushaltsplanung. Die Aufgaben werden auf der Grundlage eines differenzierten Produktplanes im LFB intern erfasst, betriebswirtschaftlich nachgewiesen und im Rahmen der Bilanz des LFB dargestellt. Dieses betrifft die Aufgabenschwerpunkte:

- Bewirtschaftung des Landeswaldes,
- Schutz und Sanierung von Waldbeständen,
- Verbesserung der Erholungseignung des Waldes und Umweltbildung,
- Beratung und Förderung des Privat- und Kommunalwaldes,
- Service- und Dienstleistungen für andere Waldbesitzer oder Dritte inkl. Betriebe gewerblicher Art
- Forstaufsicht und weitere hoheitlichen Aufgaben
- sonstige Leistungen der Forstbehörden
- Bewirtschaftung der forstlichen Liegenschaften im Rahmen des Forstgrundstocks

Im LFB werden interne Steuerungs- und Führungsinstrumente wie Kosten- und Leistungsrechnung, Doppik, Zielvereinbarung, dezentrale Budgetverantwortung und Controlling genutzt.

Kapitel 11 101 - Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Das Landesamt mit Sitz in Frankfurt (Oder) unterstützt das Ministerium bei seinen Aufgaben in den Bereichen Land- und Ernährungswirtschaft, Gartenbau, Förderung des ländlichen Raumes und Flurneuordnung.

Daneben nimmt das Landesamt als obere Verwaltungsbehörde des IT gestützten Zahlungsverfahrens und die Vor – Ort – Kontrolle für die EU – Agrarförderung sowie Vollzugs- und Kontrollaufgaben insbesondere im Pflanzenschutz, der Saatenanerkennung, der Tierzucht und Tierhaltung und nach dem Berufsausbildungsgesetz wahr.

Das Landesamt ist darüber hinaus obere Flurneuordnungsbehörde sowie Flurbereinigungs – und Flurneuordnungsbehörde.

Kapitel 11 200 - Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg

Die Aufgaben der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg (GL) regelt der Landesplanungsvertrag. Der GL obliegt die Erarbeitung und Fortschreibung des gemeinsamen Landesentwicklungsprogramms und der Landesentwicklungspläne sowie Struktur und Entwicklungspläne für beide Länder. Gemäß Landesplanungsvertrag werden die Ausgaben zu gleichen Teilen (außer Fachpersonal) durch die Länder getragen.

Die GL prüft und genehmigt die von den Regionalen Planungsgemeinschaften in Brandenburg aufgestellten Regionalpläne und nimmt die Aufgaben der Braunkohlen- und Braunkohlensanierungsplanung sowie der Finanzierung der Braunkohlensanierung wahr.

Kapitel 11 400 - Landesamt für Bauen und Verkehr

Die Landesoberbehörde hat ihren Sitz in Hoppegarten mit Außenstellen in Cottbus, Frankfurt, Potsdam, Schönefeld und Berlin. Sie ist Obere Verkehrsbehörde, Bewilligungsbehörde für Städtebauförderungsmittel und Infrastrukturförderungsmittel für SPNV und ÖPNV sowie Bautechnisches Prüfamts des Landes Brandenburg.

Das Landesamt erledigt auf der Grundlage zahlreicher Bundes- und Landesgesetze Planungs-, Ordnungs- und Prüfaufgaben im Straßenverkehrsrecht, Schienen-, Wasser- und Luftverkehr, in der Stadterneuerung und Stadtentwicklung, in bautechnischen Angelegenheiten und nimmt die Aufgaben der Raumbewertung wahr. Es ermittelt wohnungswirtschaftliche und stadtentwicklungspolitische Grundlagen und leitet die sich daraus ergebenden Handlungserfordernisse für das Land ab.

Zudem ist die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg eine Abteilung des Landesamtes, die auch die Luftaufsicht gemäß § 29 Luftverkehrsgesetz zur Abwehr von Gefahren für die Sicherheit des Luftverkehrs sowie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung wahrnimmt.

Für die rechtssichere, verwaltungs- und haushaltsmäßig einwandfreie und technisch zuverlässige Abwicklung der Aufgaben muss ein umfangreiches konsumtives Instrumentarium zur Verfügung stehen.

Kapitel 11 460 - Straßen- und Brückenbau

Im Land Brandenburg nimmt der Landesbetrieb Straßenwesen mit Sitz in Hoppegarten und seinen Niederlassungen die Aufgaben der Straßenbauverwaltung wahr. Der Landesbetrieb Straßenwesen verwaltet ca. 9.400 km Landes- und Bundesfernstraßen, davon ca. 3.600 Bundesfernstraßen (Bundesstraßen und Autobahnen); außerdem über 1.800 Brücken, davon rd. 1.200 Brücken im Rahmen der Auftragsverwaltung des Bundes sowie 700 km Ortsdurchfahrten an Bundesstraßen und 1.600 km Ortsdurchfahrten an Landesstraßen.

Wesentliche Aufgaben des Landesbetriebes sind

- Unterhaltung, Wartung und Pflege der Fahrbahnen, Brücken und Nebenanlagen sowie Winterdienst
- Planung, Neubau, Um- und Ausbau sowie Erhaltung von Landes- und Bundesfernstraßen einschließlich Nebenanlagen
- Leitung und Überwachung der zu realisierenden Baumaßnahmen
- Verwaltung der Landes- und Bundesfernstraßen und Nebenanlagen
- Verkehrslenkende und verkehrsorganisatorische Maßnahmen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit
- Brückenprüfungen nach DIN 1076
- verkehrsbehördliche Anordnungen sowie Ahndung von Ordnungswidrigkeiten gemäß § 23 FStrG
- Schaffung, Instandhaltung und Bedienung eines leistungsfähigen Notrufsäulensystems
- Bewilligungsbehörde für kommunale Straßenbauvorhaben und für Maßnahmen im Rahmen der Verkehrssicherheit sowie Bewilligungsstelle für durch die EU geförderte Landesstraßen
- Ausbildungsbetrieb für den Beruf des Straßenwärters

In diesem Kapitel werden die Zuweisungen an den Landesbetrieb für Personal, Sach- und investive Ausgaben sowie die Zuweisungen für die Abwicklung des kommunalen Förderprogramms eingestellt.

Weiterhin enthält das Kapitel die Ausgaben sowie die Mittel für die Erstattungen von Aufwendungen an nicht bundeseigene Eisenbahninfrastrukturunternehmen.

Kapitel 11 470 - Übrige Verkehrsträger – ohne ÖPNV

Das Kapitel enthält Ausgabemittel für Maßnahmen der Verkehrssicherheit und Verkehrsaufklärung.

Es sind Mittel für grundsätzliche Untersuchungen zu strategischen Fragen des Verkehrs, zu prognostischen Einschätzungen der Verkehrsentwicklung und sich daraus ergebenden Fragen der Gestaltung der Verkehrspolitik sowie zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur des Landes veranschlagt.

Weiterhin sind Mittel für die Planfeststellung und Genehmigung nach Luftverkehrsgesetz (LuftVG) und für die Betriebsaufnahme nach Luftverkehrs-Zulassungs-Ordnung (LuftVZO) für den Verkehrsflughafen Berlin Brandenburg veranschlagt.

Finanziert werden außerdem erforderliche Untersuchungen für Binnenhäfen einschließlich der planungs- und baurechtlichen Genehmigungsverfahren, die nicht über andere Förderprogramme förderfähig sind.

Auf der Grundlage des Brandenburgischen Landeswassergesetzes sowie der Landesschiffahrtsverordnung sind Mittel für die Ausstattung mit Schifffahrtszeichen und für die Unterhaltung der schiffbaren Landesgewässer veranschlagt.

Für die Wahrnehmung der Aufgaben der Landeseisenbahnaufsicht gemäß Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) sind weitere Ausgabemittel im Kapitel veranschlagt.

Kapitel 11 500: Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Die Finanzierung des ÖPNV erfolgt auf der Grundlage des Regionalisierungsgesetzes und aus Kompensationsleistungen des Bundes auf Grundlage des EntflechtG i.V.m. dem ÖPNV-Gesetz des Landes Brandenburg. Die konsumtiven und investiven Mittel sind bedarfsgerecht veranschlagt.

Das Land hat die Verkehrsverbund Berlin - Brandenburg GmbH (VBB GmbH) als Regieebene mit der Planung, Durchführung und Abrechnung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) beauftragt. Als Mitgesellschafter der VBB GmbH hat das Land die anteiligen Kosten der Gesellschaft zu tragen.

Zur Sicherung eines attraktiven Angebots im Schienenpersonennahverkehr schließt das Land, als Aufgabenträger des SPNV, entsprechende Leistungsverträge mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen ab. Hierfür sind die entsprechenden Mittel veranschlagt.

Zur Wahrnehmung der Aufgaben- und Ausgabenverantwortung der Aufgabenträger (AT) des übrigen ÖPNV (üÖPNV) erhalten diese auf der Grundlage des ÖPNV-Gesetzes entsprechende Zuweisungen. Diese enthalten auch die Mittel zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs.

Im Rahmen der Infrastrukturförderung für den SPNV und den üÖPNV sind die notwendigen Mittel veranschlagt, die gemäß Investitionsrichtlinie (Rili ÖPNV-Invest) durch das Landesamt für Bauen und Verkehr bewilligt werden.

Übersicht über die Zahl der Versorgungsempfänger, der IST-Ausgaben 2010 und der Haushaltsansätze 2011 - 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Vorjahr gesamt	39	45	62	84	108	137
Zugänge						
- Ruhestand	6	5	20	22	28	29
- Hinterbliebene			2	2	1	
Gesamt	45	50	84	108	137	166
IST-/Sollausgaben	1.636.393	1.978.000	3.219.600	4.104.400	5.159.400	6.246.300

Die Aufwendungen für die Versorgungsbezüge sind im Kapitel 11 020 bei Titel 432 10 veranschlagt.

Übersicht über die Zahl der Beamten, für die Zuführungen an das Sondervermögen „Versorgungsfonds des Landes Brandenburg“ geleistet werden

Anzahl		Zuschlagssatz* in vH	Zuschlag in EUR	durchschnittlicher Zuschlagsbetrag in EUR
bis 2011	2012 (kumulativ, einschließlich bis 2011)			
0	0	28	0	0
10	10	35	99.500	99.500
0	0	36	0	0
0	0	43	0	0
10	10		99.500	

Die Aufwendungen sind im Kapitel 11 020 bei Titel 919 35 veranschlagt.

Die Kalkulation der Zuschläge basiert für die in 2010 eingestellten Beamten und Richter auf den tatsächlichen Personalkosten des Jahres 2010. Für die in den Jahren 2011 und 2012 (geplant) eingestellten Beamten und Richter erfolgt eine Hochrechnung anhand von Personaldurchschnittskosten ausgehend vom vorgesehenen Einstellungsmonat. Die durchschnittlichen Zuschlagsbeträge je Zuschlagssatz können daher zwischen den Einzelplänen schwanken.

* Die Zuschlagssätze differenzieren sich wie folgt:

28 % Einfacher und mittlerer Dienst / übrige Verwendung

35 % Gehobener und höherer Dienst / übrige Verwendung

36 % Einfacher und mittlerer Dienst / Polizei- und Justizvollzug

43 % Gehobener und höherer Dienst / Polizei- und Justizvollzug

Einsatz von Mitteln der Operationellen Programme des Landes Brandenburg für Zwecke des Einzelplanes

Förderperiode 2007 bis 2013

Bei den nachfolgend aufgeführten Haushaltsansätzen des Einzelplans ist der Einsatz von Strukturfondsmitteln der Europäischen Union aus dem "Operationellen Programm Brandenburg 2007 -2013" bzw. von Mitteln des ELER aus dem „Entwicklungsplan für den ländlichen Raum Brandenburgs und Berlin 2007 – 2013“ in der angegebenen Höhe vorgesehen.

Die Zuweisungen aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) sind bei Kapitel 08 050, TGr. 94, die Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) bei Kapitel 07 030, TGr. 74 und 76 und die Zuweisungen aus dem ELER bei Kapitel 11 025 TGr. 80 veranschlagt. Bei den Fonds sowie bei dem ELER erfolgt die Veranschlagung ohne nationale Kofinanzierungsmittel. Dies heißt, dass die in der Tabelle unter „EU-Mittel“ ausgewiesenen Beträge zusätzlich zu den Haushaltsansätzen im Einzelplan 11 zur Verfügung stehen. In der Übersicht werden die Titel aufgeführt, für deren Zweckbestimmungen EFRE-, ESF- und ELER-Mittel sowie gegebenenfalls die im Ansatz enthaltenen Kofinanzierungsmittel verausgabt werden sollen.

Fördermaßnahme (Kurzbezeichnung)	Bereitstellung der Landesmittel bei	Ausgabe insgesamt 2012	Finanzierung aus		
			EU-Mittel	Bundesmittel	Landesmittel
	Haushaltsstelle	Angaben in 1.000 EUR			

Finanziert aus dem EFRE (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 08 050, TGr. 94)

Nachhaltige Stadtentwicklung*		30.580	30.580	0	0
Agrarforschung - Mehrländerinstitute	11 025 TG 81	2.427	1.857	0	570
<u>Verkehr</u>		43.550	34.050	0	9.500
<u>davon</u> <u>Straßenbau</u>					
Zuschuss an den Landesbetrieb für Straßenplanung und Straßenbau	11 460/891 12	38.000	28.500	0	9.500
<u>davon</u> <u>SPNV</u>					
Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden, Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen SPNV, einschließlich Zugangsstellen*		3.800	3.800	0	0
GVZ und kombinierter Verkehr*		1.750	1.750	0	0

Fördermaßnahme (Kurzbezeichnung)	Bereitstellung der Landesmittel bei	Ausgabe insgesamt 2012	Finanzierung aus		
			EU-Mittel	Bundesmittel	Landesmittel
	Haushaltsstelle	Angaben in 1.000 EUR			

Finanziert aus dem ESF (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 07 030 TGr. 74)

Nachhaltige Stadtentwicklung*	11 040/547 10	1.417	1.403	0	14
LandAktiv	11 025/TG 81	400	300	0	100
Überbetriebliche Ausbildung	11 032/683 10	731	548	0	183

Finanziert aus ELER (EU-Mittel veranschlagt in Kap. 11 025, TGr. 80)

OP ELER und Rahmenplan GAK	11 025 TGr. 81	221.665**	175.781	19.022	26.862
-------------------------------	----------------	-----------	---------	--------	--------

*

Kofinanzierung erfolgt durch die Antragsteller. Beim ESF werden Mittel der Technischen Hilfe für Durchführungsaufgaben aus Landesmitteln des MIL kofinanziert.

** Anteil MIL

Übersicht über ELER 2007 bis 2013 in Mio € (Planung für 2012)

Ressort	Fördermaßnahme	EU-Mittel	Bundesmittel	Landesmittel	Gesamt	Landesmittel aus Haushaltsstelle
MIL	Ländliche Berufsbildung EU Code 111	1,125		0,375	1,500	11025/683 81
MIL	Einzelbetriebliche Investitionen und Diversifizierung EU Code 121; 311	22,220	2,385	3,561	28,167	11025/892 81
MIL	Gründung und Tätigwerden von Zusammenschlüssen im Rahmen der Marktstrukturverbesserung	0,000	0,060	0,040	0,100	11025/892 81
MIL	Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Technologien EU Code 124	0,353		0,117	0,471	11025/892 81
MIL	Förderung der Flurbereinigung EU Code 125	16,342	1,491	4,064	21,898	11025/537 81 11025/887 81
MUGV	Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes EU Code 125	3,467	4,500	5,184	13,151	10105/88783 10105/88784
MUGV	Gewährleistung und Verbesserung des Hochwasserschutzes EU Code 126	35,625	12,540	8,360	56,525	10105/TGr.83 10105/71484
MIL	Ausgleichszahlungen für naturbedingte Nachteile EU Code 212	15,216	2,250	1,554	19,020	11025/683 81
MIL	Natura 2000 EU Code 213	3,456		0,864	4,320	11025/683 81
MIL	Argrarumweltmaßnahmen (Kulap 2007) EU Code 214	35,262	5,780	3,432	44,474	11025/683 81
MIL	Forstwirtschaftliche Maßnahmen EU Code 226; 227	5,459	0,780	1,084	7,232	11025/686 81 11025/892 81
MIL	Integrierte ländliche Entwicklung EU Codes 125; 312; 313; 321; 322; 323; 331; SWP 4	70,746	1,500	5,831	78,077	11025/683 81 11025/883 81 11025/892 81
MIL	Breitband EU Code 321	2,100	0,420	0,280	2,800	11025/883 81
MUGV	Integrierte ländliche Entwicklung - natürliches Erbe EU Code 323	7,615	0,025	2,570	10,210	10105/54740 10105/54750
MIL	Genetische Qualität		1,200	0,800	2,000	11025/683 81
MUGV	Gewässersanierung		8,580	5,720	14,300	10105/71584 10105/88784
MUGV	Abwassermaßnahmen		4,200	2,800	7,000	10105/88484
MIL	Sonstige Maßnahmen insbesondere Alterverpflichtungen		3,155	2,803	5,958	11025/662 81 11025/683 81 11025/892 81
MIL	Technische Hilfe	3,500		2,053	5,553	11025/ 547 81
	Gesamt	222,488	48,867	51,496	322,851	
MIL	Gesamt	175,781	19,022	26,862	221,665	
MUGV	Gesamt	46,707	29,845	24,634	101,186	

Zusammenfassung der Stellenübersicht 2012

Einzelplanübersicht

Bezeichnung	2011	2012
1 Planmäßige Beamte und Richter	1.395,00	1.359,00
2 Beamtete Hilfskräfte	0,00	0,00
3 Arbeitnehmer	4.036,00	3.912,00
Stellensoll (1-3)	5.431,00	5.271,00
Beamte im Vorbereitungsdienst	8,00	8,00
Auszubildende	243,00	195,00
Leerstellen		
Planmäßige Beamte und Richter	28,00	35,00
Arbeitnehmer	139,00	164,00
Summe Leerstellen	167,00	199,00

Haushaltsübersicht 2012

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Summe Einnahmen	4 Personalausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
11010		15.500	50.000		65.500	25.436.900
11020		4.188.400	750.000	1.375.400	6.313.800	3.290.500
11025		1.060.000	106.000.000	168.055.000	275.115.000	
11032	1.060.000	554.900		1.200	1.616.100	
11040		250.000	98.700	45.906.500	46.255.200	
11060		1.853.900	25.910.000	30.277.000	58.040.900	
11080						
11101		841.800			841.800	24.561.200
11200		20.000	1.397.000		1.417.000	
11400		1.384.300	99.300	105.700	1.589.300	11.042.800
11460				32.529.600	32.529.600	
11470		370.000			370.000	
11500		170.000	403.730.000	22.486.400	426.386.400	
Summe 2012	1.060.000	10.708.800	538.035.000	300.736.800	850.540.600	64.331.400
Summe 2011	664.600	8.190.200	529.013.600	316.505.800	854.374.200	61.724.000
Vgl. zu 2011	+395.400	+2.518.600	+9.021.400	-15.769.000	-3.833.600	+2.607.400

Haushaltsübersicht 2012

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
5.930.000	113.000		40.900		31.520.800	-31.455.300
2.078.800	6.586.900		50.000	-12.700.500	-694.300	+7.008.100
15.871.000	102.292.000	53.745.000	128.109.000		300.017.000	-24.902.000
1.194.200	9.428.600		197.900	1.200	10.821.900	-9.205.800
239.200	8.500		91.975.700		92.223.400	-45.968.200
145.300	52.820.000		30.302.000		83.267.300	-25.226.400
3.518.800	59.889.800		2.070.000		65.478.600	-65.478.600
6.563.000	840.000		510.500		32.474.700	-31.632.900
2.010.000	4.125.800		28.933.200	-2.000.000	33.069.000	-31.652.000
2.095.800	60.000		89.800	105.700	13.394.100	-11.804.800
169.300	115.930.900		98.466.400		214.566.600	-182.037.000
1.633.000	617.000		624.000		2.874.000	-2.504.000
300.000	430.630.000		22.486.400		453.416.400	-27.030.000
41.748.400	783.342.500	53.745.000	403.855.800	-14.593.600	1.332.429.500	-481.888.900
43.711.800	783.718.400	28.960.000	452.721.700	-2.082.900	1.368.753.000	-514.378.800
-1.963.400	-375.900	+24.785.000	-48.865.900	-12.510.700	-36.323.500	+32.489.900

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	011	Gebühren, sonstige Entgelte	17.509	0	15.000
112 10	011	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	20.027	0	0
119 10	011	Sonstige Einnahmen	120.987	0	0
119 20	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	2.562	0	0
<i>Siehe Verstärkungsvermerk bei Kapitel 11 020 Titel 531 20.</i>					
124 10	011	Mieten und Pachten		0	0
132 10	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	246	500	500

Erläuterungen:

	2012 EUR
1. Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	0
2. Erlöse aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen	500
Summe	500

Summe HGr. 1:	500	15.500
---------------	-----	--------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 010 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 61 Begleitung der technischen Umsetzung von EU-Maßnahmen

271 61	011	Einnahmen aus der Erhebungskostenpauschale	45.000	0	50.000
---------------	------------	---	---------------	----------	---------------

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei TG 61 verwendet werden.

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 61	0	50.000
-----------------------	---------------	----------	---------------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	50.000
-----------------------	----------------------------------	----------	---------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

421 10	011	Bezüge des Ministers	142.868	141.700	141.700
--------	-----	----------------------	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Amtsbezüge des Ministers gemäß § 8 Abs. 2 des Brandenburgischen Ministergesetzes (BbgMinG) einschließlich Dienstaufwandsentschädigung für den Minister. Das Amtsgehalt wird unter Berücksichtigung der für Beamte des Landes Brandenburg geltenden Bestimmungen gewährt.

422 10	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	7.680.519	10.878.300	9.194.500
--------	-----	--	-----------	------------	-----------

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	9.194.500
2.	Aufwandsentschädigung	0
3.	Sonstige Leistungen	0
Summe		9.194.500

Weniger aufgrund der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung und in Anpassung an den Bedarf (siehe Erhöhung bei Titel 428 10).

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2011	2012
Staatssekretär	B9	hD	1,00	1,00
Ministerialdirigent	2) B6	hD	2,00	2,00
davon ku: 2,00 nach B5 hD				
Ministerialdirigent	B5	hD	4,00	4,00
Ministerialrat	B2	hD	23,00	23,00
Ministerialrat	A16	hD	24,00	24,00
Regierungsdirektor	A15	hD	40,00	40,00
Oberregierungsrat	A14	hD	32,00	33,00
Regierungsrat	A13	hD	3,00	3,00
Oberamtsrat	A13	gD	40,00	40,00
Amtsrat	A12	gD	31,00	31,00
Regierungsamtmann	A11	gD	6,00	6,00
Regierungsoberinspektor	A10	gD	3,00	3,00
Regierungsamtsinspektor	1) A9	mD	8,00	8,00
Zusammen:			217,00	218,00
Leerstellen:				
Ministerialrat	A16	hD	1,00	2,00
Regierungsdirektor	A15	hD	1,00	1,00
Zusammen:			2,00	3,00

sonstige Stellenplanvermerke:

- 1) davon 1 Stelle mit Zulage gem. Fußnote 3 für Besoldungsgruppe A 9 m.D. der Bundesbesoldungsordnung.
- 2) ku nach Bes.Gr. B5 mit Ausscheiden des jeweiligen Stelleninhabers gemäß den Konsolidierungsbeschlüssen der Landesregierung zum Haushalt 2004

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 422 10

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2012

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

1,00	A16 hD	Ministerialrat	Umsetzung von 11 400 / 422 10	Umsetzung gem. § 50 Abs.1 LHO
1,00	A14 hD	Oberregierungsrat	Umsetzung von 10 105 / 422 10	Umsetzung gem. § 50 Abs.1 LHO
1,00	A11 gD	Regierungsamtman	Umsetzung von 10 105 / 422 10	Umsetzung gem. § 50 Abs.1 LHO
<u>3,00</u>	Umwandlungen / Umsetzungen			
3,00	Stellen Zugänge insgesamt			

Abgänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

1,00	A16 hD	Ministerialrat	Umsetzung nach 06 010 / 422 10	Umsetzung wegen Aufgabenübergang im Bereich Agrarforschung/WGL
1,00	A11 gD	Regierungsamtman	Umsetzung nach 12 010 / 422 10	Umsetzung gem. § 50 Abs.1 LHO
<u>2,00</u>	Umwandlungen / Umsetzungen			
2,00	Stellen Abgänge insgesamt			
<u>1,00</u>	Stellen Zugänge / Abgänge (-)			

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen

1,00	A16 hD	Ministerialrat	gemäß § 14 Absatz 1 HG 2011
<u>1,00</u>	Zugänge neue Stellen		
1,00	Stellen Zugänge insgesamt		
<u>1,00</u>	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

422 20	011	Unterhaltszuschüsse der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikanten und -lehrlinge)	73.256	115.700	141.900
---------------	------------	--	---------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

		2012
		EUR
1.	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	141.900
2.	Aufwandsentschädigung	0
3.	Sonstige Leistungen	0
Summe		141.900

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

Anzahl der beabsichtigten Einstellungen

BesGr./	Amtsbezeichnung	2012	2013	2014
LfbGr				
A 13	Regierungsbaureferendar	5	3	5
hD				
Summe		5	3	5

Stellenübersicht:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2011	2012
Referendar	1) 2) A13	hD	8,00	8,00
Zusammen:			8,00	8,00

sonstige Stellenplanvermerke:

- 1) Die Ausbildung dauert zwei Jahre.
- 2) Die Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Anwärter) erhalten Anwärterbezüge, deren Grundbetrag sich nach Anlage VIII Bundesbesoldungsgesetz bemisst.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

427 10 011 **Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige** 0 0

427 20 011 **Entgelte für Aushilfen** 9.521 0 160.000

Erläuterungen:

Es sind Mittel für 3 Beschäftigte der Entgeltgruppe E 13 veranschlagt für einen Einsatz im Bereich Straßenrecht und für das Planfeststellungsverfahren BBI bis zum 31.12.2012.

428 10 011 **Entgelte der Arbeitnehmer** 12.922.084 13.257.400 15.766.400

Erläuterungen:

Aus den veranschlagten Mitteln können auch Ausgaben für Praktikanten geleistet werden.

Mehr in Anpassung an den Bedarf (siehe Minderung bei Titel 422 10).

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2011	2012
AT I	7,00	7,00
E 15	15,00	15,00
E 14	11,00	11,00
E 13	2,00	4,00
E 11	55,00	55,00
E 10	6,00	5,00
E 9	4,00	4,00
E 8	35,00	36,00
E 6	10,00	11,00
E 5	2,00	2,00
Zusammen:	147,00	150,00

Leerstellen:

AT I		1,00	1,00
E 15	1)	2,00	2,00
E 12	1)	3,00	3,00
E 11	1)	3,00	3,00
E 10	1)	1,00	1,00
E 8	1)	2,00	2,00
E 7	1)	2,00	2,00
E 6	1)	23,00	21,00
E 5	1)	19,00	19,00
E 4	1)	1,00	1,00
E 2	1)	1,00	1,00
Zusammen:		58,00	56,00

sonstige Stellenplanvermerke:

- 1) Es sind 55 Leerstellen für Beschäftigte des Brandenburgischen Haupt- und Landgestüts Neustadt/Dosse ausgebracht, da diese eine Rückkehroption in den Landesdienst gemäß § 10 Abs. 2 GestStG bzw. durch einzelvertragliche Regelung haben.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 428 10

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2012

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

2,00	E 13	Umsetzung von 11 101 / 428 10	Umsetzung gem. § 50 Abs.1 LHO
1,00	E 8	Umsetzung von 10 010 / 428 10	Umsetzung gem. § 50 Abs.1 LHO
1,00	E 6	Umsetzung von 10 010 / 428 10	Umsetzung gem. § 50 Abs.1 LHO
<u>4,00</u>	Umwandlungen / Umsetzungen		
4,00	Stellen Zugänge insgesamt		

Abgänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

1,00	E 10	Umsetzung nach 06 010 / 428 10	Umsetzung wegen Aufgabenübergang im Bereich Agrarforschung/WGL
<u>1,00</u>	Umwandlungen / Umsetzungen		
1,00	Stellen Abgänge insgesamt		
3,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

Leerstellen:

Abgänge:

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)

2,00	E 6	Ausscheiden aufgrund Erreichen des Rentenalters
<u>2,00</u>	Sonstige Abgänge	
2,00	Stellen Abgänge insgesamt	
-2,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

453 10	011	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	24.938	15.000	32.400
--------	-----	---	---------------	---------------	---------------

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Trennungsgeld	30.400
2.	Umzugskostenvergütungen	2.000
3.	Auslandsbeschäftigungvergütungen	0
Summe		32.400

Mehr in Anpassung an den gestiegenen Bedarf.

Summe HGr. 4:	24.408.100	25.436.900
---------------	-------------------	-------------------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	177.150	203.300	178.000
--------	-----	--	----------------	----------------	----------------

Einnahmen aus Entgelten für die Nutzung von Kopier- und Druckgeräten fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Geschäftsbedarf	64.000
2.	Bücher, Zeitschriften	64.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	50.000
4.	Sonstiges	0
Summe		178.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 511 10

Weniger wegen Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

511 20 011 Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren 52.244 85.400 76.900

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Postgebühren	21.000
2.	Mobilfunkanschlüsse	18.000
3.	Fernmeldegebühren	36.000
4.	Sonstiges	1.900
Summe		76.900

Weniger wegen Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

514 10 011 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl. 1.260 500 0

Erläuterungen:

Weniger wegen Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

514 25 719 Ausgaben für die Inanspruchnahme von Fahrdiensten beim BLB 289.088 345.600 311.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind für:

		2012 EUR
1.	personengebundenen Fahrdienst	118.800
2.	allgemeinen Fahrdienst	192.200
Summe		311.000

Veranschlagt sind Ausgaben für die Inanspruchnahme von Fahrdiensten des BLB für den Fahrzeugpool in Potsdam.

Weniger wegen Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

517 10 011 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume 292 13.200 11.900

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Heizung	
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	
4.	Grundbesitzabgaben	
5.	Bewachungskosten	
6.	Sonstiges	11.900
Summe		11.900

Weniger wegen der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

518 10 011 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume 1.783 2.500 2.300

Erläuterungen:

Für Mieten und Pachten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 010 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 518 10

		2012 EUR
1.	2 Einzelobjekte	2.300
Summe		2.300

Weniger wegen der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

518 20 011 Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge **10.916** **28.500** **7.700**

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Sanitärbehälter	4.500
2.	Mieten einschl. Leistungsverträge für Faxgeräte	3.200
Summe		7.700

Weniger wegen Umsetzung zu 812 10 und der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

518 25 719 Mietzahlungen an den BLB **1.881.239** **2.217.000** **2.031.000**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2012 EUR
1.	MIL, H.-von-Tresckow-Str. 2-8	1.351.700
2.	MIL, Lindenstraße 34	615.700
3.	MIL, Dortustraße 46	63.600
Summe		2.031.000

518 30 011 Leasing von Dienstkraftfahrzeugen **0** **0**

Erläuterungen:

519 10 011 Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen **167** **2.500** **2.300**

Erläuterungen:

Weniger wegen der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

525 10 011 Aus- und Fortbildung **119.382** **153.900** **146.200**

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Weniger wegen Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

		2012 EUR
1.	Kosten für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten	144.200
2.	Ausbildung zum Piloten und jährliche Pflichtstunden zum Erhalt des Flugscheines	2.000
Summe		146.200

526 10 011 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten **269.220** **272.700** **134.700**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 526 10

Erläuterungen:

Weniger wegen der Reduzierung von Sachverständigenkosten.

526 20 011 Aufwandsentschädigung für Beiratstätigkeit 1.400 1.400

527 10 011 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen 127.258 117.000 105.300

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Weniger wegen Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

529 10 011 Verfügungsmittel 1.593 5.400 5.400

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Minister	3.100
2.	Staatssekretär	900
3.	Dienststellenleiter	1.400
Summe		5.400

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muß die dienstliche Veranlassung zumindest aus den Angaben der Funktion der Teilnehmer erkennbar sein. Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

541 10 011 Aufwendungen für Ausstellungen, Wettbewerbe, Ausschreibungen, Veranstaltungen 69.197 59.600 69.600

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Beteiligungen an Fachmessen, Durchführung von Konferenzen, Gesprächsreihen und Workshops, für zentrale Veranstaltungen der Landesregierung und für die Gestaltung von Ausstellungen und Präsentationen sowie für die Auslobung von Wettbewerben.

Mehr wegen des erhöhten Bedarfs, der sich aus der Übernahme von Leistungen aus der neuen Ressortstruktur seit Beginn des IV. Quartals 2010 ergeben hat.

546 10 011 Sonstiges 18.900 16.800

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u.a. die Ausgaben für Umzüge, die Verlegung von Dienststellen und Archivierung. Weniger wegen der Rückgänge der Umzüge.

546 20 011 Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte 4.951.179 900 900

aus Titelgruppen: 2.776.200 2.828.600

Summe HGr. 5: 6.304.500 5.930.000

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10 011 Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen 0 0

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 010 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

812 10	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	66.785	25.400	40.900
--------	-----	---	--------	--------	--------

Erläuterungen:

	2012 EUR
1. Erstbeschaffungen	
1.1 Ausstattungen von Büroräumen	36.000
2 Ersatzbeschaffungen	
2.1 Ausstattung von Büroräumen	4.900
Summe	40.900

Mehr aufgrund Umsetzung aus Titel 518 20.

Summe HGr. 8:	25.400	40.900
---------------	---------------	---------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 61 Begleitung der technischen Umsetzung von EU-Maßnahmen

Siehe Vermerk bei Titel 271 61.

428 61	011	Entgelte der Arbeitnehmer		0	0
547 61	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	103.221	0	0
812 61	011	Erwerb von Geräten und Ausstattungen		0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 61 0 0

TGr. 62 Kosten für die EU-Zahlstelle im MIL

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Die Titelgruppe wurde umgesetzt vom Kapitel 11 030.

538 62	011	Ausgaben für Datenverarbeitung	2.303.449	2.137.500	2.187.500
--------	-----	--------------------------------	-----------	-----------	-----------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	100.000
davon fällig:	
2013 bis zu	100.000
2014 bis zu	
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012		100.000		100.000
2013			100.000	100.000
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen		100.000	100.000	200.000

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 010 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 538 62

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Programmtechnische Umsetzung/Anpassung EGFL/Eler	400.500
2.	Service- und Pflegekosten profil	572.000
3.	Betriebskosten für IVKS-Verfahren (ZIT-BB)	1.150.000
4.	Sicherheitsmanagement der IVKS-Verfahren	50.000
5.	Agrarantragstellung	15.000
Summe		<u>2.187.500</u>

Mehr wegen erhöhten Kosten des Vorverfahrens Profil und Entgelten an den ZIT-BB.

546 62 011 Ausgaben für GIS-InVeKoS **250.918 320.100 320.100**

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	100.000
davon fällig:	
2013 bis zu	100.000
2014 bis zu	
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012		100.000		100.000
2013			100.000	100.000
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen		100.000	100.000	200.000

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Aktualisierung Luftbildbestand	40.000
2.	GIS-Softwareentwicklung und -pflege	130.100
3.	Satellitenfernerkundung	100.000
4.	Erstellung Feldblockreferenz	50.000
Summe		<u>320.100</u>

633 62 011 Sonstige Zuweisungen an die Kreise **0 0**

671 62 011 Erstattung von Ausgaben für die Führung von Datenbanken **113.000 113.000**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 671 62

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Betriebskostenanteil des Landes an die Zentrale IVKS-Datenbank (ZID)	88.000
2.	Betriebskostenanteil des Landes für die Internetanwendung AFIG	25.000
Summe		113.000

812 62 011 **Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen** 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 62 2.570.600 2.620.600

TGr. 79 Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk

Erläuterungen:

Die Titelgruppe ist eingerichtet für die Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk, die auf Grund der Einsparverpflichtungen aus der Personalbedarfsplanung bis 2014 sowie aus sonstigen Gründen entfallen sollen.

Die Titelgruppe enthält Umsetzungen aus Kapitel 11 030.

422 79 011 **Planstellen mit kw-Vermerk (Beamte)** 0 0

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2011	2012
Ministerialrat	B2	hD	1,00	1,00
davon kw: 1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)				
Regierungsdirektor	A15	hD	3,00	3,00
davon kw: 1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)				
2,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; BBI)				
Amtsrat	A12	gD	1,00	0,00
Regierungsoberinspektor	A10	gD	1,00	1,00
davon kw: 1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; BBI)				
Zusammen:			6,00	5,00

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2012

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung			
1,00	A12 gD	Amtsrat	Einsparung 2011 laut Personalbedarfsplanung
1,00			Abgänge durch Personalbedarfsplanung
1,00	Stellen Abgänge insgesamt		
-1,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

428 79 011 **Stellen mit kw-Vermerk (Arbeitnehmer)** 0 0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 428 79

Stellenübersicht:

EntgeltGr.		2011	2012
E 14		2,00	2,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)		
	1,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)		
E 13		6,00	3,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)		
	1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
	1,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)		
E 11		10,00	9,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
	3,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)		
	5,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)		
E 10		3,00	1,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
E 9		1,00	1,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
E 8		6,00	3,00
davon kw:	2,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)		
	1,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)		
E 6		6,00	6,00
davon kw:	3,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)		
	3,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)		
E 5		10,00	9,00
davon kw:	3,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)		
	4,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)		
	1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; BBI)		
	1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
Zusammen:		44,00	34,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2012

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung		
3,00	E 13	Einsparung 2011 laut Personalbedarfsplanung
1,00	E 11	Einsparung 2011 laut Personalbedarfsplanung
2,00	E 10	Einsparung 2011 laut Personalbedarfsplanung
2,00	E 8	Einsparung 2011 laut Personalbedarfsplanung
1,00	E 5	Einsparung 2011 laut Personalbedarfsplanung
<hr/>		
9,00		Abgänge durch Personalbedarfsplanung
<hr/>		
9,00		Stellen Abgänge insgesamt
<hr/>		
-9,00		Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Umwandlung / Umsetzung

Abgänge:

Umwandlungen und Umsetzungen		
1,00	E 8	Umsetzung nach 06 010 / 428 79 Umsetzung wegen Aufgabenübergang im Bereich Agrarforschung/WGL
<hr/>		
1,00		Umwandlungen / Umsetzungen
<hr/>		
1,00		Stellen Abgänge insgesamt
<hr/>		
-1,00		Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Nachrichtlich: Summe TGr. 79

0

0

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung

511 99 011 **Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation**

137.828

96.700

71.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 511 99

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Hardware	3.000
2.	Software	6.000
3.	Unterhaltung	62.000
4.	Kommunikation	
5.	Sonstiges	
Summe		71.000

Weniger wegen der Veranschlagung in 11 020 546 15. Mittel i.H.v. 40.000 € sind aus dem MUGV umgesetzt worden.

518 99	011	Mieten		0	0
525 99	011	Aus- und Fortbildung	1.791	17.100	15.000

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	15.000
2.	Lehr- und Lernmittel	0
Summe		15.000

538 99	011	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	51.366	204.800	235.000
--------	-----	--	--------	---------	---------

Erläuterungen:

Benutzungsentgelte für DV-Verfahren

		2012 EUR
1.	DPA- Selektionsgebühren	6.000
2.	IT-Sicherheit	25.000
3.	Juris-Gebühren	5.000
4.	WWI-Anpassungen	20.000
5.	Zeiterfassung	10.000
6.	VISkompakt und EL.DOK	40.000
7.	Personalinformationssystem	10.000
8.	Nutzungsgebühr Bravors an MfJ	5.600
9.	Informationssystem Ernährungsnotfallsorge	7.800
10.	AMK Internet	1.900
11.	Ökol. Saatgutdatenbank nach RL EU 14/52/2003	4.100
12.	Ernährungswirtschaftsmeldeverordnung	11.000
13.	Beck-Online	10.000
14.	ISIP	23.650
15.	Forschungsinformationssystem Agrar/Ernährung	1.700
16.	BALVI	22.500
17.	Weitere Fachverfahren	30.750
Summe		235.000

Mehr wegen der steigenden Anzahl von DV-Verfahren.

812 99	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	44.447	0	0
--------	-----	--	--------	---	---

Nachrichtlich: Summe TGr. 99 318.600 321.000

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen 2.889.200 2.941.600

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	500	15.500
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	50.000
Gesamteinnahme		500	65.500

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	24.408.100	25.436.900
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6.304.500	5.930.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	113.000	113.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	25.400	40.900
Gesamtausgabe		30.851.000	31.520.800
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-30.850.500	-31.455.300

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 15	019	Rückflüsse aus Zuwendungen	21.682	0	10.000
Erläuterungen:					
Mehr in Anpassung an die Ist-Entwicklung.					
119 25	011	Einnahmen aus Zinszahlungen nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG)	59.801	0	0
<i>Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 546 25.</i>					
Erläuterungen:					
Zinseinnahmen aus der nicht fristgerechten oder nicht zweckentsprechenden Verwendung von Fördermitteln des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG).					
119 30	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten	714	0	0
119 32	521	Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen Ziel-1-Gebiet Förderperiode 1994-1999	148.345	0	0
<i>Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titel 676 68 verwendet werden.</i>					
Erläuterungen:					
Rückzahlungen von EU-Mitteln sind nach Abschlussrechnung der Förderperiode 1994 bis 1999 an die EU abzuführen.					
119 43	521	Zinsen aus Rückzahlungen von Zuschüssen GAK, Förderperiode 1994-1999	16.083	0	0
<i>Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titel 671 53 verwendet werden.</i>					
Erläuterungen:					
Der Bundesanteil von Zinsen aus Rückzahlungen ist regelmäßig an den Bund abzuführen.					
119 50	011	Erstattung nicht verbrauchter Bundesmittel		0	0
<i>Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 631 10.</i>					
Erläuterungen:					
Es werden die dem Bund zu erstattenden Zinsen und Fördermittel vereinnahmt (ohne IfG).					
119 53	521	Rückzahlungen von Zuschüssen der GAK, Förderperiode 1994-1999	44.330	0	0
<i>Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titel 671 53 verwendet werden.</i>					
132 10	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	31.746	5.000	25.000

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 132 10

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	0
2.	Erlöse aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen	25.000
Summe		25.000

Mehr in Anpassung an die Ist-Entwicklung.

162 10	511	Zinsen aus Darlehen für einzelbetriebliche Maßnahmen und ländliche Siedlung	794.571	1.238.300	1.238.300
---------------	------------	--	----------------	------------------	------------------

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titel 671 13 verwendet werden.

182 10	511	Tilgungen aus Darlehen für einzelbetriebliche Maßnahmen und ländliche Siedlung	2.915.078	2.535.900	2.915.100
---------------	------------	---	------------------	------------------	------------------

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titel 671 13 verwendet werden.

Summe HGr. 1:		3.779.200	4.188.400
---------------	--	------------------	------------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

359 10	851	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	3.848.926	0	0
---------------	------------	--	------------------	----------	----------

359 11	851	Entnahme aus der Rücklage Personalbudget	7.387.476	5.121.300	1.375.400
---------------	------------	---	------------------	------------------	------------------

Summe HGr. 3:		5.121.300	1.375.400
---------------	--	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 62 EU Gemeinschaftsinitiative URBAN II

287 62	423	Zuschüsse der EU im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN	711.206	0	750.000
--------	-----	---	----------------	----------	----------------

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(282 62)	423	Sonstige Einnahmen aus dem Inland	1.648	0	
----------	-----	--	--------------	----------	--

Siehe Vermerk bei Titel 526 62.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62			0	750.000
-------------------------------------	--	--	----------	----------------

TGr. 64 Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

Siehe Vermerk bei den Ausgaben der TGr. 64.

Erläuterungen:

Der Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (TV ATZ) und die Vereinbarung zur Umsetzung des Tarifvertrages zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (Umsetzungsvereinbarung) vom 05. Mai 1998 sollen zu einer Belebung des Arbeitsmarktes durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze führen und gleichzeitig einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen.

235 64	851	Einnahmen aus Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit		0	0
--------	-----	--	--	----------	----------

Erläuterungen:

Im Rahmen der Altersteilzeitregelung erstattet die Bundesanstalt für Arbeit Ausgaben für ATZ-Fälle bis zu einer Höhe von 20 v. H., sofern eine Nachbesetzung der freiwerdenden Stelle nachgewiesen wurde, die in direktem Bezug zum ATZ-Fall steht.

Nachrichtlich: Summe TGr. 64			0	0
-------------------------------------	--	--	----------	----------

TGr. 68 Leistungen der EU zur Umsetzung des Gemeinschaftlichen Förderkonzeptes zur Entwicklung des ländlichen Raumes (1994-1999)

Erläuterungen:

Die Titelgruppe wurde umgesetzt von Kapitel 11 030.

119 68	521	Zinsen aus Rückzahlungen Ziel-1-Gebiet, Förderperiode 1994-1999	27.414	0	0
--------	-----	--	---------------	----------	----------

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titel 676 68 verwendet werden.

271 68	521	Erstattungen der EU aus Vorjahren		0	0
--------	-----	--	--	----------	----------

Nachrichtlich: Summe TGr. 68			0	0
-------------------------------------	--	--	----------	----------

Nachrichtlich: Summe Einnahmen der Titelgruppen			0	750.000
--	--	--	----------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

432 10	018	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebener	1.636.393	1.978.000	3.219.600
---------------	-----	--	------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Die Übersicht über die Zahl der Versorgungsempfänger findet sich im Vorwort des Einzelplans.
 Die Bewirtschaftung erfolgt durch die Zentrale Bezügestelle des Landes Brandenburg (ZBB).

Mehr wegen Zunahme der Anzahl von Versorgungsempfängern.

443 10	011	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	11.515	53.900	34.400
---------------	-----	---	---------------	---------------	---------------

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt. Zur Verbesserung des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung ist das Arbeitssicherheitsgesetz erlassen worden.

Nach § 16 dieses Gesetzes ist im öffentlichen Dienst ein den Grundsätzen des Gesetzes gleichwertiger arbeitstechnischer und sicherheitstechnischer Arbeitsschutz zu gewährleisten.

		2012 EUR
1.	Unfallfürsorge für Beamte (Richter und sonstige Amtsträger nach dem LBG)	34.400
2.	Entschädigungen an Bedienstete für im Dienst erlittene Sachschäden	0
3.	Sonstiges	0
	Summe	34.400

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

443 30	841	Kosten für die Inanspruchnahme von überbetrieblichen betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Diensten (Zentren) sowie Vertragsärztinnen und Vertragsärzten nach dem Arbeitssicherheitsgesetz	26.765	45.400	36.500
---------------	-----	---	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind hier zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

462 10	881	Globale Minderausgabe für Personalausgaben		0	0
---------------	-----	---	--	----------	----------

		Summe HGr. 4:	2.077.300	3.290.500	
--	--	----------------------	------------------	------------------	--

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

527 20	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	2.820	10.600	10.600
---------------	-----	---	--------------	---------------	---------------

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

531 20	013	Öffentlichkeitsarbeit	141.833	190.000	160.000
---------------	-----	------------------------------	----------------	----------------	----------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 11 010, Titel 119 20 geleistet werden.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 531 20

Erläuterungen:

Die Mittel sind zentral bei Kapitel 11 020 veranschlagt.

Veranschlagt sind Ausgaben für:

1. Laufende Veröffentlichungen des Ministeriums (z.B MIL aktuell), Herausgabe von Informationsbroschüren, Faltblättern, Dokumentationen und Informationen über Medien (z.B. Schaltung von Zeitungsanzeigen, Hauswurfsendungen) zu fachpolitischen Einzelthemen, Kosten für Besucherbetreuung und interne Bürgerinformation.
2. Informationskampagnen zu Schwerpunktthemen mit großer Breitenwirkung z.B. zur Modernisierungs- und Instandsetzungs- und Wohnungsbauförderung, zu Mietrecht und Wohngeld, zum Bau- und Planungsrecht, Landesplanung und Stadtentwicklungs-, Wohnungs- und Verkehrspolitik.

Weniger wegen der Umstellung von Periodika (seltneres Erscheinen).

531 50	013	Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht	1.767	2.100	2.300
---------------	------------	---	--------------	--------------	--------------

534 10	013	Aufwendungen für die Pflege auswärtiger Angelegenheiten	3.904	33.800	20.000
---------------	------------	--	--------------	---------------	---------------

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 686 10.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mittel zur Pflege internationaler Beziehungen auf dem Gebiet der Regional- und Stadtentwicklung, des Wohnens und des Verkehrs un der Landwirtschaft. Die Intensivierung der Zusammenarbeit, der gegenseitigen Information und Unterstützung im Rahmen der Europäischen Union, aber auch zu den Nachbarstaaten in Osteuropa und der ressortbezogene Erfahrungs - und Mitarbeiteraustausch mit anderen Staaten erfordern die Veranschlagung der Mittel z.B. für Tagungen, Kongresse, Informationsvermittlung, Projekte, Besuche und den Empfang ausländischer Expertengruppen, Praktikantenaustausch.

Weniger wegen der Reduzierung von Projekten

537 10	011	Gutachten für abteilungsübergreifende Grundsatzangelegenheiten	27.075	50.000	50.000
---------------	------------	---	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Gutachterliche Unterstützung bei Problemstellungen mit dem MIL-Geschäftsbereich insgesamt prägenden bzw. interdisziplinären Charakter, bei der Optimierung der Aufbau- bzw. Prozessorganisation im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung/Aufgabenkritik, bei der Entwicklung des Informationsmanagements und des Verwaltungsmarketings des Ressorts nach Innen und Außen sowie bei der Lösung von ausgewählten Fachaufgaben mit hervorgehobener Bedeutung (insbesondere zu Fragen der öffentlich-privaten Partnerschaft).

542 10	291	Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht - Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch		0	0
---------------	------------	---	--	----------	----------

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei der Hauptgruppe 4 des Einzelplans geleistet werden.
2. Die Ausgaben dürfen nur zur Deckung der Ausgaben bei Kapitel 20 020 Titel 542 00 herangezogen werden.
3. Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt. Gemäß § 77 Abs. 1 SGB IX haben Arbeitgeber, solange sie die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflichtplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe zu entrichten; sie ist jährlich mit der Erstattung der Anzeige nach § 80 Abs. 2 SGB IX an das zuständige Integrationsamt abzuführen (§ 77 Abs. 2, 4 SGB IX).

546 10	011	Sonstiges	9.766	0	0
---------------	------------	------------------	--------------	----------	----------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

546 15 014 Entgelte für IT-Dienstleistungen und Statistikleistungen aufgrund von Servicevereinbarungen **1.321.926** **3.007.300** **1.691.900**

Minderausgaben dienen zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 11 200 Titel 546 15.

Erläuterungen:

Entgelt an den Dienstleister (ZIT-BB)

		2012 EUR
1	IT-Grundausrüstung je Arbeitsplatz	347.900
2	IT-Grundausrüstung zusätzlicher zeitweiliger Arbeitsplätze	49.400
3	zusätzliche Leistungen für Arbeitsplätze	50.000
4.	Weitere Servicevereinbarungen	
4.1	Betrieb Fachverfahren	973.200
4.2	LVN-Kosten	74.000
4.3	Kommunikation	39.100
4.4	TK-Verbund	100.700
4.5	Datenverbund	34.600
4.6	IT-Weiterbildung	23.000
Summe		1.691.900

Weniger wegen Veranschlagung bei Kapitel 11 101 Titel 546 15 und Kapitel 11 400 Titel 546 15 sowie Veranschlagung der Verrechnungssatzerhöhung ZIT von 31.200 € .

546 25 011 Erstattung von Zinsrückzahlungen aus dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG) **59.801** **0** **0**

Ausgaben dürfen nur in Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 119 25 geleistet werden.

Erläuterungen:

Gemäß § 6 VV - IfG sind an den Bund anteilig die Zinseinnahmen des Landes aus nicht zweckentsprechender und nicht fristgerechter Verwendung von Fördermitteln des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG) abzuführen.

546 30 791 Vermischte Ausgaben **130.000** **117.000**

Erläuterungen:

Das Land Brandenburg hat für die Jahre 2011 und 2012 den Vorsitz für die Durchführung der Verkehrsministerkonferenz (VMK) und der Gemeinsamen "Konferenz der Verkehrs- und Straßenbauabteilungsleiter" (GKVS). Es sind je 2 Sitzungen geplant.

549 20 881 Globale Minderausgabe für sächliche Verwaltungsausgaben **0** **0**

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(546 20) 423 Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsbesorgung der GI URBAN II **0**

aus Titelgruppen: **27.000** **27.000**

Summe HGr. 5: **3.450.800** **2.078.800**

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

613 11 821 Zuweisungen an die Kreise für übertragene Aufgaben der Bauleitplanung **303.421** **360.000** **370.000**

Mehrausgaben dürfen aus Einsparungen in der HG 4 geleistet werden.

613 12 821 Zuweisung an die Landeshauptstadt gemäß Hauptstadtvertrag **1.133.407** **1.000.000** **0**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 613 12

Erläuterungen:

Veranschlagt waren die Zuweisungen an die Landeshauptstadt Potsdam für konsumtive hauptstadtbedingte Aufwendungen. Grundlage der Veranschlagung war der zwischen dem Land und der Stadt abgeschlossene Hauptstadtvertrag. Der Vertrag lief am 31.12.2011 aus.
Die durch Vorwegabzug aus der kommunalen Verbundmasse stammende Hälfte der bisher veranschlagten Mittel ist ab 2012 wieder Teil der Verbundmasse.

613 13 751 Zuweisung für die übertragene Aufgabe des Fluglärmschutzbeauftragten 100.000 100.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	100.000			100.000
2013	100.000			100.000
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen	200.000			200.000

631 10 011 Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesmittel 0 0

Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einsparungen im Einzelplan 11 geleistet werden. Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 119 50 geleistet werden.

Erläuterungen:

Aus diesem Titel werden die dem Bund zu erstattenden Mittel und damit zusammenhängende Zinsleistungen verausgabt, soweit sie nicht im Zusammenhang mit dem IfG stehen.

631 11 521 Rückzahlungen an den Bund gemäß Lastentragungsgesetz 7.125.994 0 0

Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einsparungen im Einzelplan 11 geleistet werden.

632 10 791 Anteil des Landes Brandenburg an der Finanzierung der Geschäftsstelle der Verkehrs- und Wirtschaftsministerkonferenz 3.216 2.900 2.900

Erläuterungen:

Kostenerstattung für die Geschäftsführung der Verkehrs- und Wirtschaftsministerkonferenz gemäß Beschluss der MPK vom 22.02.1991. Der Anteil des Landes Brandenburg wird je zur Hälfte durch das Ministerium für Wirtschaft und das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft getragen.

632 20 791 Anteil des Landes Brandenburg an der Finanzierung von länderübergreifenden Maßnahmen im Verkehrsbereich 6.200 6.200

Erläuterungen:

Im Rahmen der VMK und /oder der GKVS werden länderübergreifende Maßnahmen beschlossen, an denen sich das Land Brandenburg beteiligt.
Die Finanzierung erfolgt nach dem für 2010 geltenden Königsteiner Schlüssel.

633 20 422 Zuschüsse für die Regionalen Planungsgemeinschaften 1.803.800 1.833.800 1.833.800

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 633 20

Erläuterungen:

Nach § 10 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) gewährt das Land den fünf Regionalen Planungsgemeinschaften Zuschüsse nach einem in Höhe eines für jede Region nach Einwohnern und Fläche berechneten Betrages sowie einen Festbetrag.

Die RPG nehmen neue Aufgaben seit 2010 im Zusammenhang mit der Realisierung der Ziele der Energie- und Klimastrategie des Landes Brandenburg wahr. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Windenergienutzung.

Es ergeben sich folgende Beträge:

RPG Prignitz-Oberhavel	369.002,84 €
RPG Uckermark-Barnim	353.559,99 €
RPG Oderland-Spree	355.624,36 €
RPG Lausitz-Spreewald	378.275,86 €
RPG Havelland-Fläming	377.336,95 €

671 10	011	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsbesorgung bei Förderungen des ELER	1.774.370	1.721.900	1.721.900
---------------	------------	---	------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Verwaltungskosten der ILB für die nach Geschäftsbesorgungsvertrag ELER bearbeiteten Fördermaßnahmen des Epl. 11.

671 11	011	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsbesorgung bei Förderungen des EFRE-Strukturfonds		5.000	4.000
---------------	------------	---	--	--------------	--------------

Erläuterungen:

Die ILB ist für die Förderperiode 2007 bis 2013 durch einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Ministerium für Wirtschaft als Bewilligungsbehörde zur Ausreichung der Fördermittel des EFRE-Strukturfonds zentral bestellt. Die Ressorts haben mit der ILB bezüglich der Bewirtschaftung der Landeskompentärmittel entsprechende Unterverträge abgeschlossen. Die Ressorts tragen das Entgelt anteilig. Berechnungsgrundlage sind die Landeskompentärmittel des Einzelplans.

671 12	011	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsbesorgung bei Förderungen des ESF-Strukturfonds		0	0
---------------	------------	--	--	----------	----------

Erläuterungen:

Die LASA ist durch einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen als Bewilligungsbehörde zur Ausreichung der Fördermittel des ESF-Strukturfonds zentral bestellt. Die Ressorts haben mit der LASA bezüglich der Bewirtschaftung der Landeskompentärmittel entsprechende Unterverträge abgeschlossen. Das Entgelt wird von dem MASGF zentral entrichtet.

671 13	511	Abführung von Zins- und Tilgungseinnahmen aus Darlehen an den Bund	2.250.845	2.231.700	2.231.700
---------------	------------	---	------------------	------------------	------------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Titel 162 10 und 182 10 geleistet werden.

671 53	521	Erstattungen an den Bund aus Rückzahlungen GAK, Förderperiode 1994-1999	36.063	0	0
---------------	------------	--	---------------	----------	----------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Titel 119 43 und 119 53 geleistet werden.

685 10	011	Mitgliedsbeiträge	8.783	8.800	8.800
---------------	------------	--------------------------	--------------	--------------	--------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 685 10

Erläuterungen:

	2012 EUR
1. Verband Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	600
2. Forschungsgesellschaft Straßen- und Verkehrswesen e.V.	520
4. Verein zur Förderung des Elbstromgebietes	600
5. Verein zur Förderung des Oderstromgebietes	615
6. Deutsche Gesellschaft für Ortung und Navigation	1.030
7. Deutscher Verkehrssicherheitsrat (DVR)	3.900
8. AG Deutscher Verkehrsflughäfen	1.535
Summe	8.800

685 20 419 Zuschuss für das Deutsche Institut für Bautechnik 196.840 219.500 241.800

Erläuterungen:

Anteil des Landes Brandenburg nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl der neuen Bundesländer an der gemeinsamen Bund-Länder-Finanzierung gemäß Vereinbarung (institutionelle Förderung). Veranschlagt ist der Finanzierungsanteil aus dem Einzelplan 11.

Übersicht über den Haushaltsplanentwurf 2012 des Deutschen Instituts für Bautechnik

Nr.	Einnahmen	Ist 2010*	Soll 2011 EUR	Soll 2012 EUR
1.	Eigene Einnahmen	9.880.500	10.584.100	11.313.100
2.	Besondere Finanzierungseinnahmen	152.300	152.300	152.300
3.	Zuwendungen vom Bund	1.500.000	1.300.000	1.300.000
4.	Zuwendungen von anderen Ländern	6.356.470	6.369.450	8.283.080
5.	Zuwendungen des Landes	204.830	205.250	266.920
	Summe	18.094.100	18.611.100	21.315.400

* vorläufiges IST(entsprechen dem Ansatz 2010 des HH-Plans DIBt) mit Ausnahme von Zeile 4 und 5

Nr.	Ausgaben	Ist 2010* EUR	Soll 2011 EUR	Soll 2012 EUR
1.	Personalausgaben	12.824.000	13.266.000	14.866.000
2.	Sachausgaben	3.292.800	3.292.800	3.996.100
3.	Ausgaben für Investitionen	245.000	300.000	551.000
4.	Besondere Finanzierungsausgaben	1.752.300	1.752.300	1.902.300
	Summe	18.114.100	18.611.100	21.315.400

* vorläufige Zahlen (entsprechen dem Ansatz 2010 des HH-Plans DIBt)

	Ist 2010 EUR	Soll 2011 EUR	Soll 2012 EUR
Überschuss	-20.000	0	0
Summe	-20.000	0	0

Die Zuwendungen des Landes werden aus dem Epl. 10 (Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser) und dem Epl. 11 gewährt. Mehr wegen vollständig umgesetzter Personalbedarfsplanung und damit einhergehenden Sachkosten. Der Prüfkostenanstieg wird sich erst künftig verstetigen.

685 30 419 Zuschüsse für das Deutsche Institut für Normung e.V. -DIN - 26.107 26.500 28.800

Erläuterungen:

Nr.	Zuwendung	Ist 2010	Soll 2010	Soll 2012
1.	Zuwendungen von anderen Ländern	810.153	810.153	0
2.	Zuwendungen des Landes	26.107	26.107	28.800
	Summe	836.260	836.260	28.800

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 685 30

Der Betrag für die Normarbeit gliedert sich aufgrund der vertraglichen Regelungen der Länder mit dem DIN (§ 2 Abs. 1 des Vertrages) pro Jahr wie folgt :

a) Zuwendungen für den Normenausschuss (NABau)	670.080 €
b) Zuwendungen für die anderen Normenausschüsse (20,8% von Betrag a))	139.377 €
c) für Normennutzung gemäß § 2 des Vertrages mit dem DIN (4% von Betrag a))	26.803 €
Gesamtbetrag pro Jahr	836.260 €

Mehr wegen Anstieg der Personalkosten.

686 10 013 Förderung der internationalen Zusammenarbeit 30.000 27.000

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 534 10.

Erläuterungen:

Die Mittel dienen der Förderung von Maßnahmen Dritter, die auf die Entwicklung gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu Partnerländern des Landes Brandenburg, der Zusammenarbeit von Betrieben und Einrichtungen und der Begegnung der Menschen im fachlichen Zuständigkeitsbereich des MIL gerichtet sind.

Weniger wegen verringerter Zuwendungen für die einzelnen Projekte.

aus Titelgruppen: 10.000 10.000

Summe HGr. 6: 7.556.300 6.586.900

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

883 10 821 Zuweisungen an die Landeshauptstadt gemäß Hauptstadtvertrag für investive Zwecke 6.285.721 4.000.000 0

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012		2.000.000		2.000.000
2013				
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen		2.000.000		2.000.000

Erläuterungen:

Veranschlagt waren die Zuweisungen an die Landeshauptstadt Potsdam für konsumtive hauptstadtbedingte Aufwendungen. Grundlage der Veranschlagung war der zwischen dem Land und der Stadt abgeschlossene Hauptstadtvertrag. Der Vertrag lief am 31.12.2011 aus.

Die durch Vorwegabzug aus der kommunalen Verbundmasse stammende Hälfte der bisher veranschlagten Mittel ist ab 2012 wieder Teil der Verbundmasse.

aus Titelgruppen: 50.000 50.000

Summe HGr. 8: 4.050.000 50.000

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

919 35 011 Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Landes Brandenburg" 75.864 110.600 99.500

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 919 35

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Landes Brandenburg". Auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen erfolgt die Kalkulation eines Zuschlages zu den in der Gruppe 422 des Einzelplans 11 veranschlagten Bruttobezügen der nach dem 01.01.2009 erstmalig ernannten Beamten und Richter. Das Sondervermögen dient der vollständigen Finanzierung der Versorgungslasten der nach diesem Stichtag übernommenen Beamten und Richter. Die Mittel werden vom Ministerium der Finanzen bewirtschaftet.

Erstmals im Einzelplan 11 berücksichtigte Beamte Anzahl: 0

Eine Übersicht über die Zahl der Beamten, für die Zuführungen an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Landes Brandenburg" geleistet wird, findet sich im Vorwort des Einzelplanes.

972 20 881 Globale Minderausgabe -12.800.000

Summe HGr. 9: 110.600 -12.700.500

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 62 EU Gemeinschaftsinitiative URBAN II

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(526 62)	423	Ausgaben für Sachverständige		0	
(633 62)	423	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände		0	
(686 62)	423	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke		0	
(883 62)	423	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände		0	
(893 62)	423	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche		0	
Nachrichtlich: Summe TGr. 62				0	0

TGr. 64 Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

Einnahmen bei dem Titel 235 64 dienen zur Deckung von Mehrausgaben in dieser Titelgruppe.

Erläuterungen:

Der Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (TV ATZ) und die Vereinbarung zur Umsetzung des Tarifvertrages zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (Umsetzungsvereinbarung) vom 05. Mai 1998 sollen zu einer Belebung des Arbeitsmarktes durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze führen und gleichzeitig einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen. Seit dem Haushaltsjahr 2000 werden die Altersteilzeitfälle aus dem gesamten Einzelplan erstmalig in der ausgebrachten Titelgruppe 64 aufgeführt.

Übersicht der Inanspruchnahme der Altersteilzeit im Einzelplan (ohne Landesbetriebe):

Stand: 31.12.2009

Nr.	Kapitel	Anzahl der ATZ-Fälle seit 2000	davon Blockteilzeit	davon kontinuierliche Teilzeit
1.	11 010	63	60	3
2.	11 101	182	178	4
3.	11 400	45	43	2
Summe		290	281	9

Nachbesetzungen: 40

422 64	851	Bezüge der Beamten in der Altersteilzeitarbeit	1.543.286	0	0
--------	-----	--	-----------	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 422 64

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2011	2012
Leerstellen:				
Ministerialdirigent	B6	hD	1,00	2,00
Ministerialrat	B2	hD	1,00	2,00
Ministerialrat	A16	hD	3,00	2,00
Regierungsdirektor	A15	hD	2,00	2,00
Regierungsrat	A13	hD	1,00	1,00
Oberamtsrat	A13	gD	3,00	4,00
Amtsrat	A12	gD	4,00	4,00
Regierungsamtmann	A11	gD	6,00	6,00
Regierungsoberinspektor	A10	gD	3,00	3,00
Regierungshauptsekretär	A8	mD	1,00	1,00
Zusammen:			25,00	27,00

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2012

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen				
1,00	B6 hD	Ministerialdirigent		Beginn Altersteilzeit-Freistellungsphase
1,00	B2 hD	Ministerialrat		Beginn Altersteilzeit-Freistellungsphase
1,00	A13 gD	Oberamtsrat		Beginn Altersteilzeit-Freistellungsphase
<u>3,00</u>	Zugänge neue Stellen			
3,00	Stellen Zugänge insgesamt			

Abgänge:

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)				
1,00	A16 hD	Ministerialrat		Beendigung Altersteilzeit-Freistellungsphase
<u>1,00</u>	Sonstige Abgänge			
1,00	Stellen Abgänge insgesamt			
<u><u>2,00</u></u>	Stellen Zugänge / Abgänge (-)			

428 64 851 Entgelte der Arbeitnehmer in der Altersteilzeitarbeit 6.050.272 0 0

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2011	2012
Leerstellen:		
E 15	1,00	1,00
E 14	2,00	2,00
E 13	2,00	6,00
E 12	6,00	8,00
E 11	11,00	12,00
E 10	6,00	6,00
E 9	12,00	19,00
E 8	8,00	9,00
E 6	4,00	6,00
E 5	5,00	9,00
E 4	2,00	2,00
E 3	0,00	1,00
E 2	2,00	2,00
Zusammen:	61,00	83,00

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 428 64

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2012

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen

4,00	E 13	Beginn Altersteilzeit-Freistellungsphase
2,00	E 12	Beginn Altersteilzeit-Freistellungsphase
1,00	E 11	Beginn Altersteilzeit-Freistellungsphase
7,00	E 9	Beginn Altersteilzeit-Freistellungsphase
1,00	E 8	Beginn Altersteilzeit-Freistellungsphase
2,00	E 6	Beginn Altersteilzeit-Freistellungsphase
4,00	E 5	Beginn Altersteilzeit-Freistellungsphase
1,00	E 3	Beginn Altersteilzeit-Freistellungsphase
<hr/>		
22,00	Zugänge neue Stellen	
<hr/>		
22,00	Stellen Zugänge insgesamt	
<hr/>		
22,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

Nachrichtlich: Summe TGr. 64

0

0

TGr. 66 Baugenehmigungsverfahren online

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für das durch Kabinettsbeschluss vom 10. August 2004 in den Masterplan eGovernment aufgenommene Leitprojekt "Baugenehmigungsverfahren online". Ziel ist, die Geschäftsabläufe im Baugenehmigungsverfahren unter weitest gehender Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnik zu optimieren.

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

546 66	013	Projekte des Landes im Rahmen des eGovernment Masterplans	60.108	27.000	27.000
---------------	-----	--	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Die veranschlagten Mittel werden für die Ausgaben für den Betrieb der Landesplattform, projektbegleitende Veranstaltungen und Schulungen für die unteren Bauaufsichtsbehörden eingesetzt.

685 66	013	Zuschüsse für das Projekt des Landes im Rahmen des eGovernment Masterplans (Projektförderung)		10.000	10.000
---------------	-----	--	--	---------------	---------------

Erläuterungen:

Mit den veranschlagten Mitteln sollen die technischen Voraussetzungen in den unteren Bauaufsichtsbehörden geschaffen werden. Hier sind die Zuschüsse für konsumtive Zwecke veranschlagt.

812 66	013	Investive Vorhaben des Landes im Rahmen des eGovernment Masterplans	31.940	10.000	10.000
---------------	-----	--	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die investiven Maßnahmen des Landes zur Umsetzung des elektronischen Baugenehmigungsverfahrens.

883 66	013	Investive Zuweisungen für das Projekt des Landes im Rahmen des eGovernment Masterplans (Projektförderung)	27.795	40.000	40.000
---------------	-----	--	---------------	---------------	---------------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 883 66

Erläuterungen:

Mit den veranschlagten Mitteln (investive Zuschüsse) sollen die technischen Voraussetzungen in den unteren Bauaufsichtsbehörden geschaffen werden.

Nachrichtlich: Summe TGr. 66 **87.000** **87.000**

TGr. 68 Leistungen der EU zur Umsetzung des Gemeinschaftlichen Förderkonzeptes zur Entwicklung des ländlichen Raumes (1994-1999)

Erläuterungen:

Die Titelgruppe wurde umgesetzt aus Kapitel 11 030.

676 68	521	Erstattungen an die EU aus Rückzahlungen, Förderperiode 1994-1999	499.716	0	0
---------------	------------	--	----------------	----------	----------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Titel 119 32 und 119 68 geleistet werden.

Nachrichtlich: Summe TGr. 68 **0** **0**

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **87.000** **87.000**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	3.779.200	4.188.400
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	750.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	5.121.300	1.375.400
Gesamteinnahme		8.900.500	6.313.800

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	2.077.300	3.290.500
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	3.450.800	2.078.800
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7.556.300	6.586.900
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	4.050.000	50.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	110.600	-12.700.500
Gesamtausgabe		17.245.000	-694.300
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-8.344.500	7.008.100

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 34	521	Zinsen aus Rückzahlungen von Zuschüssen für Agrarumweltmaßnahmen	1.256	0	0
---------------	------------	---	--------------	----------	----------

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titel 676 12 verwendet werden.

119 35	521	Rückzahlungen von Zuschüssen für Agrarumweltmaßnahmen	119.272	0	100.000
---------------	------------	--	----------------	----------	----------------

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titel 676 14 verwendet werden.

aus Titelgruppen:	0		960.000
--------------------------	----------	--	----------------

Summe HGr. 1:	0		1.060.000
----------------------	----------	--	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 61 EU - Mittel zur Förderungen im Rahmen des Operationellen Programms des Landes Brandenburg, Teil Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für Landwirtschaft (EAGFL-Abteilung) 2000 bis 2006

119 61	521	Rückzahlungen von Zuweisungen und Zinsen Ziel-1-Gebiet, Förderperiode 2000 bis 2006	151.641	0	200.000
182 61	521	Rückzahlung von Darlehen		0	0
346 61	521	Zuschüsse der EU für Ausgaben des gemeinschaftlichen Förderkonzeptes EAGFL - Ausrichtung		0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 61 0 200.000

TGr. 62 Bundesmittel der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)

*Die Einnahmen dürfen für Ausgaben in der Titelgruppe 62 verwendet werden.
 Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 62 herangezogen werden.*

Erläuterungen:

Die Mittel werden jährlich mit dem Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe für die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes vom Bund zur Verfügung gestellt.

119 62	521	Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen sowie Zinsen GAK	346.615	0	0
--------	-----	---	---------	---	---

Erläuterungen:

Die aus Zuweisungen und Zuwendungen zurück gezahlten Bundesmittel sind an den Bund abzuführen.

182 62	521	Rückzahlung von Darlehen		0	0
231 62	521	Zuweisungen des Bundes für die Gemeinschaftsaufgabe	10.383.347	14.600.000	14.600.000

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Zuweisungen des Bundes für nicht investive Maßnahmen für alle Förderprogramme der Gemeinschaftsaufgabe vereinnahmt.

331 62	521	Zuweisungen des Bundes für Investitionen für die Gemeinschaftsaufgabe	12.648.739	40.400.000	34.267.000
--------	-----	---	------------	------------	------------

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Zuweisungen des Bundes für Investitionen für alle Förderprogramme der Gemeinschaftsaufgabe vereinnahmt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62 55.000.000 48.867.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

TGr. 63 Kofinanzierungsmittel für das OP 2000-2006 (EAGFL-Abteilung), der Gemeinschaftsinitiativen INTERREG, FIAF, LEADER+ sowie aus der GAK

119 63	521	Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen sowie Zinsen	81.606	0	100.000
--------	-----	---	--------	---	---------

Nachrichtlich: Summe TGr. 63 0 100.000

TGr. 66 Förderungen von Strukturmaßnahmen im Bereich der Fischerei und Aquakultur (FIAF)

119 66	532	Rückzahlungen und Zinsen von Zuweisungen und Zuschüssen		0	0
--------	-----	---	--	---	---

271 66	532	Erstattungen der EU im Rahmen des FIAF		0	0
--------	-----	--	--	---	---

Nachrichtlich: Summe TGr. 66 0 0

TGr. 71 Förderungen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative LEADER+

119 71	521	Zinsen und Rückzahlungen aus LEADER+ Maßnahmen	11.415	0	0
--------	-----	--	--------	---	---

272 71	521	Zuschüsse der EU für LEADER + Maßnahmen		0	0
--------	-----	---	--	---	---

Nachrichtlich: Summe TGr. 71 0 0

TGr. 72 Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig

*Die Einnahmen sind die Erstattungen für die Ausgaben in der Titelgruppe 72.
 Die Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titelgruppe 72 verwendet werden.
 Siehe Verstärkungsvermerk bei den Ausgaben der Titelgruppe 72.*

119 72	523	Rückzahlungen und Zinsen aus Zuschüssen für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig		0	0
--------	-----	--	--	---	---

232 72	523	Beteiligung anderer Bundesländer an gemeinsamen Projekten zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig	361.000	0	300.000
--------	-----	--	---------	---	---------

272 72	523	Zuschüsse der EU für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig	242.545	100.000	150.000
--------	-----	---	---------	---------	---------

Nachrichtlich: Summe TGr. 72 100.000 450.000

TGr. 80 EU - Mittel zur Förderungen der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) 2007 - 2013

*Die Einnahmen sind die Erstattungen für die Ausgaben in der Titelgruppe 80.
 Die Einnahmen dürfen auch für die Deckung von Ausgaben an anderer Stelle des Einzelplanes eingesetzt werden.
 Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 80 herangezogen werden.*

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 025 **Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind Leistungen der EU im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) in der Förderperiode 2007 bis 2013.

Die Erstattung erfolgt auf Antrag und richtet sich nach den durch die EU festgelegten Interventionsätzen.

Auf Grund einer Vereinbarung zwischen den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt ist das Land Brandenburg verpflichtet, die aus der Strukturfondsförderperiode 2000 - 2006 resultierenden Beträge i. H. v. 22,643 Mio. EUR aus den Mitteln der Förderperiode 2007 - 2013 anteilig aus EFRE, ESF und ELER an Sachsen-Anhalt zurückzuzahlen.

119 80	521	Rückzahlungen von Zuweisungen und Zinsen im Rahmen der Förderperiode 2007 bis 2013 (EU-Mittel)	450.134	0	600.000
--------	-----	---	----------------	----------	----------------

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titelgruppe 80 verwendet werden.

271 80	521	Erstattungen von der EU	63.680.748	90.342.000	90.300.000
--------	-----	--------------------------------	-------------------	-------------------	-------------------

346 80	521	Erstattungen der EU für Investitionen	86.841.293	130.390.000	132.188.000
--------	-----	--	-------------------	--------------------	--------------------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 80			220.732.000	223.088.000
--	--	--	--------------------	--------------------

TGr. 81 Landesmittel zur Kofinanzierung von Maßnahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), weiterer EU-Programme sowie für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)

Die Einnahmen dürfen für Ausgaben in der Titelgruppe 81 verwendet werden.

119 81	521	Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen sowie Zinsen	44.351	0	60.000
--------	-----	--	---------------	----------	---------------

282 81	521	Kostenbeiträge nach Flurbereinigungsgesetz		0	0
--------	-----	---	--	----------	----------

Erläuterungen:

Diese Mittel können als Kofinanzierung für Bundes- und EU-Mittel verwendet werden.

341 81	521	Beiträge Dritter für Investitionen		0	0
--------	-----	---	--	----------	----------

Erläuterungen:

Diese Mittel können als Kofinanzierung für Bundes- und EU-Mittel verwendet werden.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 81			0	60.000
--	--	--	----------	---------------

TGr. 84 Förderungen von Strukturmaßnahmen im Rahmen des Europäischen Fischereifonds (EFF)

119 84	532	Rückzahlung und Zinsen von Zuweisungen und Zuschüssen		0	0
--------	-----	--	--	----------	----------

271 84	532	Erstattungen der EU im Rahmen des EFF		0	0
--------	-----	--	--	----------	----------

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titelgruppe 84 verwendet werden.

346 84	532	Erstattungen der EU für Investitionen im Rahmen des EFF		1.500.000	1.500.000
--------	-----	--	--	------------------	------------------

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titelgruppe 84 verwendet werden.

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind Leistungen der EU zur Umsetzung von Strukturmaßnahmen im Rahmen des EFF. Die Erstattung erfolgt auf Antrag und richtet sich nach dem durch die EU festgelegten Interventionsatz.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 84 1.500.000 1.500.000

TGr. 85 Durchführung des Landwirtschaftsstaatsvertrages zwischen Berlin und Brandenburg

*Die Einnahmen dürfen für Ausgaben in der Titelgruppe 85 verwendet werden.
Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 85 herangezogen werden.*

Erläuterungen:

In dieser Titelgruppe sind alle Titel veranschlagt, die zur Umsetzung des Landwirtschaftsstaatsvertrages und der "Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Staatsvertrages der Länder Berlin und Brandenburg auf dem Gebiet der Landwirtschaft" benötigt werden.

Berlin stellt dem Land Brandenburg die Mittel für die Durchführung der Programme zur Verfügung.

119 85	521	Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen sowie Zinsen	2.216	0	0
232 85	521	Zuweisungen des Landes Berlin und des Bundes	63.337	0	50.000
272 85	521	Erstattungen der EU	149.827	0	100.000
332 85	521	Zuweisungen des Landes Berlin und des Bundes für Investitionsausgaben	122.466	0	100.000
346 85	521	Erstattungen der EU für Investitionsausgaben		0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 85 0 250.000

TGr. 86 Förderung der Flurbereinigung im Rahmen von LMBV-Verfahren

Erläuterungen:

Gemäß Vertrag mit der Lausitzer Mitteldeutsche Bergbau und Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) finanziert die LMBV Flurbereinigungsverfahren in den Bergbaufolgelandschaften der Niederlausitz.

282 86	511	Kostenbeiträge nach Flurbereinigungsgesetz	32.899	0	0
--------	-----	--	--------	---	---

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titelgruppe 86 verwendet werden.

Erläuterungen:

Diese Mittel können als Kofinanzierung für Bundes- und EU-Mittel verwendet werden.

341 86	511	Beiträge Dritter für Investitionen		0	0
--------	-----	------------------------------------	--	---	---

Einnahmen dürfen für Ausgaben in Titelgruppe 86 verwendet werden.

Erläuterungen:

Diese Mittel können als Kofinanzierung für Bundes- und EU-Mittel verwendet werden.

Nachrichtlich: Summe TGr. 86 0 0

TGr. 87 Unternehmensflurbereinigung

*Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titelgruppe 87 verwendet werden.
Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 87 herangezogen werden.
Diese Mittel können als Kofinanzierung für Bundes- und EU-Mittel verwendet werden.*

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 025 **Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Auf Antrag der Enteignungsbehörde durchgeführte Flurbereinigungsverfahren gem. § 87 FlurbG, z. B. zur Bereitstellung von Flächen für Straßenbauvorhaben. Der Träger des Unternehmens finanziert einen Anteil an den Verfahrenskosten.

282 87	511	Kostenbeiträge nach Flurbereinigungsgesetz	786.048	0	500.000
---------------	------------	---	----------------	----------	----------------

341 87	511	Beiträge Dritter für Investitionen		0	0
---------------	------------	---	--	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u>		Summe TGr. 87		0	500.000
-----------------------	--	---------------	--	----------	----------------

<u>Nachrichtlich:</u>		Summe Einnahmen der Titelgruppen		277.332.000	275.015.000
-----------------------	--	----------------------------------	--	--------------------	--------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

676 12	521	Erstattung von Zinsen aus Rückzahlungen von Zuschüssen für Agrarumweltmaßnahmen an die EU	1.723	0	0
---------------	-----	--	--------------	----------	----------

Angaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei Titel 119 34 geleistet werden.

676 14	521	Erstattungen von Rückzahlungen von Zuschüssen für Agrarumweltmaßnahmen an die EU	103.404	0	0
---------------	-----	---	----------------	----------	----------

Angaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Titel 119 35 geleistet werden.

aus Titelgruppen:	103.144.500	102.292.000
--------------------------	--------------------	--------------------

Summe HGr. 6:	103.144.500	102.292.000
---------------	--------------------	--------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 62 Bundesmittel der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)

*Siehe Haushaltsvermerk bei den Einnahmen der Titelgruppe 62.
 Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
 Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 883 62 gilt für alle Titel der Titelgruppe.
 Die Ausgaben dürfen vor Eingang der Einnahmen bei den Titeln 231 62 und 331 62 geleistet werden.
 Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titelgruppe 62 geleistet werden.*

Erläuterungen:

Die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe für die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes werden jährlich mit dem Rahmenplan vom Bund zur Verfügung gestellt.

429 62	521	Entgelte für Aushilfen		0	0
537 62	521	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	1.868.714	0	0
633 62	521	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände		0	0
662 62	521	Zinsverbilligungen an private Unternehmen	3.264.516	3.600.000	2.726.000
 Erläuterungen:					
Weniger in Anpassung an den Bedarf.					
671 62	521	Erstattungen von Rückzahlungen und Zinsen an den Bund	250.180	0	0
 <i>Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Titel 119 62 geleistet werden.</i>					
681 62	521	Sonstige Geldleistungen an natürliche Personen		0	0
682 62	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen		0	0
683 62	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	7.931.993	12.000.000	11.460.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	3.750.000
davon fällig:	
2013 bis zu	750.000
2014 bis zu	750.000
2015 bis zu	750.000
2016 ff. bis zu	1.500.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 683 62

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	1.444.000	750.000		2.194.000
2013	1.395.000	750.000	750.000	2.895.000
2014	1.395.000	750.000	750.000	2.895.000
2015		1.500.000	750.000	2.250.000
2016 ff.			1.500.000	1.500.000
Summen	4.234.000	3.750.000	3.750.000	11.734.000

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

686 62	521	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	209.759	0	0
712 62	521	Baumaßnahmen für die Waldbrandüberwachung		0	0
713 62	521	Wasserbautechnische Maßnahmen	4.953.086	11.217.000	18.120.000

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

883 62	521	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	3.768.924	11.200.000	7.620.000
---------------	------------	--	------------------	-------------------	------------------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	40.000.000
davon fällig:	
2013 bis zu	21.000.000
2014 bis zu	11.000.000
2015 bis zu	6.000.000
2016 ff. bis zu	2.000.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	11.364.000	21.000.000		32.364.000
2013	6.220.000	11.000.000	21.000.000	38.220.000
2014	2.004.000	6.000.000	11.000.000	19.004.000
2015		2.000.000	6.000.000	8.000.000
2016 ff.			2.000.000	2.000.000
Summen	19.588.000	40.000.000	40.000.000	99.588.000

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 025 **Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 883 62

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

887 62	521	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	830.540	6.200.000	5.991.000
--------	-----	---	----------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

892 62	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	4.298.951	10.783.000	2.950.000
--------	-----	---	------------------	-------------------	------------------

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

893 62	521	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige		0	0
--------	-----	--	--	----------	----------

Nachrichtlich: Summe TGr. 62			55.000.000	48.867.000	
-------------------------------------	--	--	-------------------	-------------------	--

TGr. 63 Kofinanzierungsmittel für die Gemeinschaftsaufgabe GAK

683 63	521	Zuschüsse für die Erstaufforstungsprämie	102.268	0	0
--------	-----	---	----------------	----------	----------

Die Ausgaben werden durch Titelgruppe 81 gedeckt.

Erläuterungen:

Die Zuschüsse sind Bewilligungen aus dem Jahr 2006 und früher.

Nachrichtlich: Summe TGr. 63			0	0	
-------------------------------------	--	--	----------	----------	--

TGr. 72 Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Titelgruppe 72 zuzüglich des Landesanteils geleistet werden.

Die Ansätze der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben dürfen vor Eingang der Einnahmen bei Titel 272 72 geleistet werden.

Erläuterungen:

EU-Mittel

Mit den veranschlagten Ausgaben werden die bei Kapitel 11 025 Titel 272 72 veranschlagten EU-Mittel kofinanziert. Die EU beteiligt sich an den Ausgaben gemäß VO (EG) Nr. 797/2004 "Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse". Außerdem beteiligen sich andere Bundesländer an den Maßnahmen nach dieser Verordnung.

671 72	523	Erstattungen der EU an andere Bundesländer für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig	238.000	0	0
--------	-----	--	----------------	----------	----------

676 72	523	Erstattungen von Rückzahlungen und Zinsen aus Zuschüssen für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig		0	0
--------	-----	--	--	----------	----------

686 72	523	Zuschüsse für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig	551.970	200.000	300.000
--------	-----	---	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 72 **200.000** **300.000**

TGr. 80 EU - Mittel zur Förderungen der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) 2007 - 2013

*Die Ausgaben sind übertragbar.
Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 892 80 gilt für alle Titel der Titelgruppe.
Die Ausgaben dürfen vor Eingang der Einnahmen bei Titelgruppe 80 geleistet werden.
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titelgruppe 80 geleistet werden.
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben aus Vorjahren geleistet werden, soweit die zugehörigen Erstattungsanträge an die EU-Kommission bis spätestens zum 2. Quartal des Folgejahres gestellt werden.*

Erläuterungen:

Die EU stellt im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) für den Zeitraum 2007 bis 2013 Mittel zur Verfügung.
Das Programm sieht gemäß Entwicklungsplan für den ländlichen Raum Brandenburgs und Berlin (EPLR) in der TG 80 folgende Finanzierung vor. Auf der Grundlage des Landwirtschaftsstaatsvertrages werden die Ausgaben für Berlin in der TG 85 gebucht.

Nr.

1	Ist 2007	28.854.315
2	Ist 2008	71.983.917
3	Ist 2009	138.425.314
4	Ist 2010	160.235.832
5	Veranschlagt 2011	220.732.000
6	Veranschlagt 2012	222.488.000
7	Verbleiben	296.914.035
Summe		1.139.633.413

Die aufzubringenden Komplementärmittel als nationale Kofinanzierung werden in der Titelgruppe 62 (Bundesmittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe) und der Titelgruppe 81 (Landesmittel) bereit gestellt.

Die nach Maßnahmen bzw. EU-Codes aufgeschlüsselte Indiative Mittelaufteilung ist in Kapitel 7 des Entwicklungsplans für den ländlichen Raum Brandenburgs unter www.eler.brandenburg.de veröffentlicht.

429 80	521	Entgelte für Aushilfen		0	0
537 80	521	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	5.688.300	6.375.000	7.277.000
Erläuterungen: Mehr in Anpassung an den Bedarf.					
547 80	521	Sächliche Verwaltungsausgaben	2.656.217	6.142.000	3.500.000
Erläuterungen: Weniger in Anpassung an den Bedarf.					
633 80	521	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	10.369	0	0
662 80	521	Zinsverbilligungen an private Unternehmen		0	0
681 80	521	Sonstige Geldleistungen an natürliche Personen		0	0
682 80	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen		0	0
683 80	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	56.874.646	77.825.000	73.798.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 683 80

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	25.000.000
davon fällig:	
2013 bis zu	5.000.000
2014 bis zu	5.000.000
2015 bis zu	5.000.000
2016 ff. bis zu	10.000.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	10.674.700	5.000.000		15.674.700
2013	9.901.800	5.000.000	5.000.000	19.901.800
2014	9.526.500	5.000.000	5.000.000	19.526.500
2015		10.000.000	5.000.000	15.000.000
2016 ff.			10.000.000	10.000.000
Summen	30.103.000	25.000.000	25.000.000	80.103.000

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

686 80 521 **Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland** **0** **0**

713 80 521 **Wasserbautechnische Maßnahmen** **21.066.817** **17.743.000** **35.625.000**

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

883 80 521 **Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände** **25.329.968** **28.280.000** **48.402.000**

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

887 80 521 **Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände** **11.755.219** **16.220.000** **12.533.000**

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

892 80 521 **Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen** **36.854.297** **68.147.000** **41.353.000**

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 892 80

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	92.000.000
davon fällig:	
2013 bis zu	60.000.000
2014 bis zu	20.000.000
2015 bis zu	7.000.000
2016 ff. bis zu	5.000.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	15.749.500	60.000.000		75.749.500
2013	8.575.300	20.000.000	60.000.000	88.575.300
2014	5.253.000	7.000.000	20.000.000	32.253.000
2015		5.000.000	7.000.000	12.000.000
2016 ff.			5.000.000	5.000.000
Summen	29.577.800	92.000.000	92.000.000	213.577.800

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

893 80 521 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige **0 0**

Nachrichtlich: Summe TGr. 80 **220.732.000 222.488.000**

TGr. 81 Landesmittel zur Kofinanzierung von Maßnahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), weiterer EU-Programme sowie für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben sind deckungsfähig mit dem Titel 683 63.

Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einsparungen im Einzelplan 11 geleistet werden.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 892 81 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben aus Vorjahren zur Kofinanzierung von ELER- bzw. EFF-Mitteln geleistet werden.

Erläuterungen:

EU-Mittel

Die veranschlagten Mittel dienen der Kofinanzierung von Maßnahmen im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (VO EG Nr. 1698/2005 vom 20. September 2005 die bei Titelgruppe 80 veranschlagt sind.

Außerdem werden mit diesen Mitteln weitere von der EU aufgelegte Initiativen und Programme kofinanziert.

Bundesmittel

Mit den veranschlagten Ausgaben werden Bundesmittel für Maßnahmen aus dem Rahmenplan zur Gemeinschaftsaufgabe für die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) kofinanziert, die bei Titelgruppe 62 veranschlagt sind.

429 81 511 Entgelte für Aushilfen **55.158 0 0**

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 025 **Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

532 81 511 Erstattung nicht zuschussfähiger Aufwendungen 0 0

537 81 511 Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben 2.618.995 3.740.000 3.041.000

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 282 81 geleistet werden.

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

547 81 511 Sächliche Verwaltungsausgaben 766.362 2.430.000 2.053.000

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

633 81 511 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände 0 0

662 81 511 Zinsverbilligungen an private Unternehmen 2.177.125 2.275.300 1.817.000

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

681 81 511 Sonstige Geldleistungen an natürliche Personen 0 0

682 81 511 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen 0 0

683 81 511 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen 9.018.340 6.544.200 11.491.000

Verpflichtungsermächtigungen:

2012
EUR

Betrag: 2.500.000

davon fällig:

2013 bis zu 500.000

2014 bis zu 500.000

2015 bis zu 500.000

2016 ff. bis zu 1.000.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	1.750.000	500.000		2.250.000
2013	1.750.000	500.000	500.000	2.750.000
2014	1.250.000	500.000	500.000	2.250.000
2015		1.000.000	500.000	1.500.000
2016 ff.			1.000.000	1.000.000
Summen	4.750.000	2.500.000	2.500.000	9.750.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 025 Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 683 81

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

686 81 511 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland 139.840 0 0

713 81 511 Baumaßnahmen 2.287.386 0 0

883 81 521 Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände 855.209 2.710.700 280.000

Erläuterungen:

Weniger infolge der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

887 81 511 Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände 1.282.285 1.631.500 1.024.000

Erläuterungen:

Weniger infolge der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

892 81 511 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen 9.861.274 9.540.300 7.156.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	72.500.000
davon fällig:	
2013 bis zu	20.000.000
2014 bis zu	15.000.000
2015 bis zu	12.500.000
2016 ff. bis zu	25.000.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	14.416.500	20.000.000		34.416.500
2013	1.551.900	15.000.000	20.000.000	36.551.900
2014	587.300	12.500.000	15.000.000	28.087.300
2015		25.000.000	12.500.000	37.500.000
2016 ff.			25.000.000	25.000.000
Summen	16.555.700	72.500.000	72.500.000	161.555.700

Erläuterungen:

Weniger infolge der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

893 81 511 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige 0 0

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(549 81) 011 Globale Minderausgabe für sächliche Verwaltungsausgaben 0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

(685 81) 011 **Globale Minderausgabe Hgr. 6**

Nachrichtlich: Summe TGr. 81 28.872.000 26.862.000

TGr. 84 **Förderungen von Strukturmaßnahmen im Rahmen des Europäischen Fischereifonds (EFF)**

Die Ausgaben sind übertragbar.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben dürfen vor Eingang der Einnahmen bei den Titeln 271 84 und 346 84 geleistet werden.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 892 84 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei den Titeln 271 84 und 346 84 geleistet werden.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben aus Vorjahren geleistet werden, soweit die zugehörigen Erstattungsanträge an die EU-Kommission bis spätestens zum 2. Quartal des Folgejahres gestellt werden.

Erläuterungen:

Das Programm zur Förderung von Strukturmaßnahmen im Bereich der Fischerei und Aquakultur (Förderperiode 2007 - 2013) sieht Maßnahmen für Berlin und Brandenburg vor. Auf der Grundlage des Landwirtschaftsstaatsvertrages werden die Ausgaben für Berlin in der TG 85 gebucht.

Das Programm wurde 2010 aus Mitteln von Mecklenburg-Vorpommern zur Durchführung von Teichpflegemaßnahmen, die ehemals über KULAP gefördert wurden, aufgestockt.

537 84	532	Vergabe von Aufträgen an Dritte		0	0
683 84	532	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen		700.000	700.000
887 84	532	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände		0	0
892 84	532	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	1.206.993	800.000	800.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	3.500.000
davon fällig:	
2013 bis zu	1.200.000
2014 bis zu	900.000
2015 bis zu	700.000
2016 ff. bis zu	700.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	200.000	1.200.000		1.400.000
2013	200.000	900.000	1.200.000	2.300.000
2014	100.000	700.000	900.000	1.700.000
2015		700.000	700.000	1.400.000
2016 ff.			700.000	700.000
Summen	500.000	3.500.000	3.500.000	7.500.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 84 1.500.000 1.500.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

TGr. 85 Durchführung des Landwirtschaftsstaatsvertrages zwischen Berlin und Brandenburg

*Die Ausgaben dürfen vor Eingang der Einnahmen bei Titel 272 85 und 346 85 geleistet werden.
 Die Ansätze der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.*

Erläuterungen:

In dieser Titelgruppe sind alle Titel veranschlagt, die zur Umsetzung des Landwirtschaftsstaatsvertrages und der "Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Staatsvertrages der Länder Berlin und Brandenburg auf dem Gebiet der Landwirtschaft" benötigt werden.

Finanziert werden Förderprogramme der EU und des Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes".

532 85	511	Erstattung nicht zuschussfähiger Aufwendungen		0	0
547 85	521	Sächliche Verwaltungsausgaben		0	0
671 85	521	Rückzahlungen und Erstattungen an Berlin und den Bund	106.612	0	0

Erläuterungen:

Die Erstattungen der EU werden dem Landeshaushalt von Berlin wieder zugeführt.

Die Rückzahlungen der Zuwendungsempfänger werden anteilig der EU, dem Bund und dem Land Berlin zugeführt.

683 85	521	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	126.341	0	0
892 85	521	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	122.466	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 85 0 0

TGr. 86 Förderung der Flurbereinigung im Rahmen von LMBV-Verfahren

Die Ansätze der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei den Titeln 282 86 und 341 86 zuzüglich einer Kofinanzierung aus EU- oder Bundesmitteln geleistet werden.

Die Ausgaben sind übertragbar und können vor Bestätigung des Ausgaberesstes in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen:

Gemäß Vertrag mit der Lausitzer Mitteldeutsche Bergbau und Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) finanziert die LMBV Flurbereinigungsverfahren in den Bergbaufolgelandschaften der Niederlausitz.

537 86	511	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	154.891	0	0
883 86	511	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände		0	0
887 86	511	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände		0	0
892 86	511	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen		0	0
893 86	511	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige		0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 86 0 0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

TGr. 87 Unternehmensflurbereinigung

Die Ansätze der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei den Titeln 282 87 und 341 87 zuzüglich einer Kofinanzierung aus EU- oder Bundesmitteln geleistet werden.

Die Ausgaben sind übertragbar und können vor Bestätigung des Ausgaberestes in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen:

Auf Antrag der Enteignungsbehörde durchgeführte Flurbereinigungsverfahren gem. § 87 FlurG, z. B. zur Bereitstellung von Flächen für Straßenbauvorhaben. Der Träger der Maßnahme finanziert einen Anteil an den Verfahrenskosten.

537 87	511	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	704.891	0	0
883 87	511	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände		0	0
887 87	511	Zuweisungen für Investitionen für Zweckverbände		0	0
892 87	511	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen		0	0
893 87	511	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige		0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 87				0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen				306.304.000	300.017.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	1.060.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	105.042.000	106.000.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	172.290.000	168.055.000
Gesamteinnahme		277.332.000	275.115.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	18.687.000	15.871.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	103.144.500	102.292.000
HGr. 7	Baumaßnahmen	28.960.000	53.745.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	155.512.500	128.109.000
Gesamtausgabe		306.304.000	300.017.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-28.972.000	-24.902.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 0: Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel

099 14	522	Umlagen der Milchwirtschaft zur Förderung der Güte der Milcherzeugung sowie der Absatzwerbung	0		0
--------	-----	--	----------	--	----------

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titel 683 15 und 892 10 verwendet werden.

Erläuterungen:

Umlage aufgrund § 22 Milch- und Fettgesetz vom 10.12.1952 (BGBl. I S. 811) zuletzt geändert durch das Einführungsgesetz zur Abgabenordnung (EGAO 1977) vom 14.12.1976 (BGBl. I S. 3341).

aus Titelgruppen:	664.600	1.060.000
--------------------------	----------------	------------------

Summe HGr. 0:	664.600	1.060.000
---------------	----------------	------------------

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	511	Gebühren, sonstige Entgelte	1.765		500
--------	-----	-----------------------------	-------	--	-----

119 10	511	Sonstige Einnahmen			0
--------	-----	--------------------	--	--	---

119 12	511	Zinsen aus Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen	50.368		0
--------	-----	---	--------	--	---

119 40	511	Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen			102.200
--------	-----	--	--	--	---------

162 10	511	Zinsen und Rückzahlungen aus Darlehen	9.976		102.200
--------	-----	---------------------------------------	-------	--	---------

aus Titelgruppen:	150.000	300.000
--------------------------	----------------	----------------

Summe HGr. 1:	354.900	554.900
---------------	----------------	----------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

281 10	511	Zuweisungen von der Stiftung für Begabtenförderung	6.236		0
--------	-----	--	-------	--	---

Einnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Titel 685 18 verwendet werden.

Summe HGr. 2:	0	0
---------------	----------	----------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

382 10	523	Einnahmen aus Weinbergflächenabgabe gem. § 43 (Nr.1) Weingesetz vom 08.07.1994	997		800
--------	-----	--	-----	--	-----

Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Titel 982 10 verwendet werden.

382 11	522	Einnahmen aus Absatzfondsbeiträgen gem. § 10 Abs.3 Nr. 6 Absatzfondsgesetz	10.596		0
--------	-----	--	--------	--	---

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 032 **Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 382 11

Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Titel 982 11 verwendet werden.

Summe HGr. 3: 800 1.200

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 60 Existenzsicherung landwirtschaftlicher Unternehmen

119 60	522	Rückzahlung von Zuschüssen	17.118	0	0
---------------	-----	-----------------------------------	---------------	----------	----------

232 60	522	Zuschüsse des Bundes zur Existenzsicherung		0	0
---------------	-----	---	--	----------	----------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 683 60.

		<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 60		0	0
--	--	-------------------------------------	--	----------	----------

TGr. 81 Fischereiabgabe

099 81	532	Fischereiabgabe	2.138.821	409.000	800.000
---------------	-----	------------------------	------------------	----------------	----------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei TG 81.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Fischereiabgabe gemäß § 22 Fischereigesetz.

		<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 81		409.000	800.000
--	--	-------------------------------------	--	----------------	----------------

TGr. 82 Jagdabgabe

099 82	531	Jagdabgabe	277.463	255.600	260.000
---------------	-----	-------------------	----------------	----------------	----------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei TG 82.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Jagdabgabe gemäß § 23 Landesjagdgesetz.

		<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 82		255.600	260.000
--	--	-------------------------------------	--	----------------	----------------

TGr. 83 Ausstellungen, Kongresse, Wettbewerbe - Zuschüsse für landwirtschaftliche Messen und Ausstellungen an Dritte

Einnahmen fließen den Ausgaben bei Titelgruppe 83 zu.

119 83	511	Rückzahlungen, Erstattungen und Einzahlungen aus Beteiligungen an Messen und Ausstellungen		150.000	300.000
---------------	-----	---	--	----------------	----------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei TG 83.

		<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 83		150.000	300.000
--	--	-------------------------------------	--	----------------	----------------

TGr. 88 Zuschüsse für die Bund/Länder-Finanzierung von Forschungseinrichtungen (Wissenschaftsgemeinschaft G.W. Leibniz)

Weggefallene oder umgesetzte Titel

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 032 Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		
(232 88)	164	Zweckgebundene Zuweisungen des Bundes zum Betriebs- haushalt und SAW der Einrichtungen der WGL		0	
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 88				0	
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen				814.600	1.360.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

526 10	511	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	235.661	225.000	202.500
---------------	-----	---	----------------	----------------	----------------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012
	EUR
Betrag:	250.000
davon fällig:	
2013 bis zu	125.000
2014 bis zu	125.000
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012				
2013			125.000	125.000
2014			125.000	125.000
2015				
2016 ff.				
Summen			250.000	250.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u.a. Ausgaben von bis zu 125.000 € für den Geschäftsbesorgungsvertrag für die Verwendungsnachweisprüfung der WGL-Institute (Titelgruppe 88).

537 10	511	Gutachten		0	0
---------------	-----	------------------	--	----------	----------

aus Titelgruppen:			1.070.600		991.700
--------------------------	--	--	------------------	--	----------------

Summe HGr. 5:			1.295.600		1.194.200
----------------------	--	--	------------------	--	------------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

682 10	523	Zuschuss zum Betriebshaushalt der Stiftung "Brandenburgisches Haupt- und Landgestüt Neustadt (Dosse)	2.125.800	2.125.800	2.125.800
---------------	-----	---	------------------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 682 10

Erläuterungen:

Übersicht über den Wirtschaftsplan der Stiftung "Brandenburgisches Haupt- und Landgestüt Neustadt/Dosse"

Ausgaben:	Ist 2010 EUR	Soll 2011 EUR	Soll 2012 EUR
1. Personalausgaben	3.156.800	3.485.400	3.160.000
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	1.942.700	1.755.000	1.816.600
3. Ausgaben für Investitionen	117.800	1.917.700	2.052.000
4. Zuführung/Inanspruchnahme Rücklagen	247.935		-100.800
Zusammen:	5.465.235	7.158.100	6.927.800
Abzüglich Einnahmen:	3.161.435	5.032.300	4.802.000
Mithin Zuwendungsbedarf:	2.303.800	2.125.800	2.125.800
Der Zuwendungsbedarf soll gedeckt werden durch:	Ist 2010 EUR	Soll 2011 EUR	Soll 2012 EUR
1. Zuschuss des Landes	0	0	0
1.1. aus Titel 682 10	2.125.800	2.125.800	2.125.800
1.2. aus Titel 894 10	178.000		0
Zusammen:	2.303.800	2.125.800	2.125.800

683 10	153	Zuschüsse für die Durchführung der überbetrieblichen Ausbildung	122.150	245.000	245.000
---------------	------------	--	----------------	----------------	----------------

Minderausgaben dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 685 18.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	800.000
davon fällig:	
2013 bis zu	200.000
2014 bis zu	200.000
2015 bis zu	200.000
2016 ff. bis zu	200.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012		200.000		200.000
2013			200.000	200.000
2014			200.000	200.000
2015			200.000	200.000
2016 ff.			200.000	200.000
Summen		200.000	800.000	1.000.000

Erläuterungen:

EU-Mittel

Mittel bis zur Höhe von 245.000 € werden aus dem MASF, 07 030 TG 74 mit EU-Mitteln i.H.v. 980.000 € aus dem ESF kofinanziert.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 032 Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

683 12	523	Ehrenpreise, Prämien, Auszeichnungen	10.498	10.000	10.000
---------------	-----	---	---------------	---------------	---------------

683 13	511	Zuschüsse zur besonderen Ernteermittlung	14.952	16.000	16.000
---------------	-----	---	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Entschädigungen und Auslagenersatz bei Durchführung der besonderen Ernteermittlung nach dem Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung vom 21.08.1978 (BGBl. I S. 1.509). Bemessungsgrundlage sind 700 - 800 Volldruschproben (Getreide u. Winterraps) und 100 Proberodungen bei Kartoffeln.

683 14	511	Förderung der Verbesserung der Verhältnisse im ländlichen Raum (Beratung)		0	0
---------------	-----	--	--	----------	----------

683 15	522	Zuschüsse zur Förderung der Milchwirtschaft und der Güte der Milcherzeugnisse sowie der Öffentlichkeitsarbeit	9.100	0	0
---------------	-----	--	--------------	----------	----------

*Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 099 14 geleistet werden.
 Die Ausgaben sind mit Titel 892 10 deckungsfähig.*

Erläuterungen:

Nach § 22 Abs. 1 Milch- und Fettgesetz kann die Landesregierung im Benehmen mit den berufsständischen Organisationen von Milcherfassungs- und Verarbeitungsstellen Umlagen erheben, um die Milchwirtschaft zu fördern. Dabei handelt es sich insbesondere um folgende Maßnahmen:

1. Förderung und Erhaltung der Güte der Milch und Milcherzeugnisse
2. Verbesserung der Hygiene bei der Gewinnung, der Anlieferung, der Be- und Verarbeitung und dem Absatz von Milch und Milcherzeugnissen
3. Milchleistungsprüfungen
4. Beratung der Betriebe in milchwirtschaftlichen Fragen und laufende milchwirtschaftliche Fortbildung des Berufsnachwuchses
5. Werbung zur Erhöhung des Verbrauchs von Milch und Milcherzeugnissen

683 17	523	Zuschüsse für die Entwicklung innovativer Produktionstechnologien "Nachwachsende Rohstoffe"		0	0
---------------	-----	--	--	----------	----------

683 18	523	Zuschüsse des Landes für Obst und Gemüse		0	0
---------------	-----	---	--	----------	----------

683 20	523	Anteil des Landes an den Kosten der Tierkörperbeseitigung			700.000
---------------	-----	--	--	--	----------------

neu

Erläuterungen:

Anteil des MIL gemäß Fünftem Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz. Der Restbetrag ist im Einzelplan 10 veranschlagt.

685 18	153	Förderung der beruflichen Bildung	106.908	118.000	118.000
---------------	-----	--	----------------	----------------	----------------

*In Höhe der Einnahmen bei Titel 281 10 können Mehrausgaben geleistet werden.
 Der Titel ist mit der TG 89 gegenseitig deckungsfähig und Einsparungen bei Titel 683 10 dienen der Deckung von Mehrausgaben.*

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 685 18

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	360.000
davon fällig:	
2013 bis zu	90.000
2014 bis zu	90.000
2015 bis zu	90.000
2016 ff. bis zu	90.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012		110.000		110.000
2013			90.000	90.000
2014			90.000	90.000
2015			90.000	90.000
2016 ff.			90.000	90.000
Summen		110.000	360.000	470.000

Erläuterungen:

Mittel sind zur Förderung von Einzelmaßnahmen zur Fachkräftesicherung und für Maßnahmen der Berufswerbung und -information bestimmt, die nicht aus der Bildungsrichtlinie und dem ESF gefördert werden können sowie zur Förderung von Netzwerken - Zusammenschlüsse von Ausbildungsbetrieben - zur Ausbildung von Fachkräften in den Grünen Berufen, mit dem Ziel der Verbesserung der Qualität betrieblicher Ausbildung.

686 10 511 Beiträge an Vereine und Organisationen 142.348 145.600 145.600

Erläuterungen:

Beiträge und Kostenbeteiligungen des Landes Brandenburg an deutschen und internationalen Einrichtungen:

- Deutsche Gesellschaft für Züchtungskunde e. V.
- Zentrum für Betriebswirtschaft im Gartenbau e.V.
- Verband der Landwirtschaftskammern mit Sitz in Bonn
- Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e. V.
- Zentralstelle der Länder für EDV-gestützte Programme im Pflanzenschutz (ZEPP)
- Hauptverband der landwirtschaftlichen Buchstelle und Sachverständigen
- Julius-Kühn-Institut
- Versuchsstation Dethlingen
- Reiser Muttergarten Magdeburg
- Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH (AMI)
- Marktinformationsstelle Ost
- Internationale Akademie land- und hauswirtschaftlicher Beraterinnen und Berater e.V.

686 11 511 Zuschüsse zur Förderung von Verbänden und Organisationen 499.327 481.200 481.200

686 13 511 Zuschüsse an den Landesverband Gartenbau für Bundesgartenschauen 65.000 0

Erläuterungen:

Zuschüsse für die Teilnahme brandenburgischer Gärtner an Bundesgartenschauen.

686 14 511 Zuschüsse für Landesgartenschauen 0 120.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 686 14

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	480.000
davon fällig:	
2013 bis zu	480.000
2014 bis zu	
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012				
2013			480.000	480.000
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen			480.000	480.000

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

aus Titelgruppen:	18.967.100	5.467.000
Summe HGr. 6:	22.173.700	9.428.600

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

892 10	522	Zuschüsse für Investitionen zur Förderung der Milchwirtschaft und der Güte der Milcherzeugnisse	0	0
---------------	------------	--	----------	----------

*Siehe Deckungsvermerk bei Titel 683 15.
 Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 099 14 geleistet werden.*

892 17	522	Zuschüsse für Investitionen für Modellvorhaben "Nachwachsende Rohstoffe"	0	0
---------------	------------	---	----------	----------

894 10	523	Investitionen für das Gestüt	177.999	0	0
---------------	------------	-------------------------------------	----------------	----------	----------

aus Titelgruppen:	976.000	197.900
Summe HGr. 8:	976.000	197.900

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

982 10	523	Abführung an den Deutschen Weinfonds	997	800	1.200
---------------	------------	---	------------	------------	--------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 382 10 geleistet werden.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 032 **Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

982 11	522	Abführung an den Absatzfonds	10.589	0	0
--------	-----	------------------------------	--------	---	---

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 382 11 geleistet werden.

Summe HGr. 9:				800	1.200
---------------	--	--	--	-----	-------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Existenzsicherung landwirtschaftlicher Unternehmen

671 60	522	Rückzahlungen an den Bund		0	0
683 60	522	Zuschüsse zur Existenzsicherung landwirtschaftlicher Unternehmen	-1.100	0	0

*Ausgaben können in Höhe der Einnahmen bei Titel 232 60 und durch Einsparungen im Einzelplan 11 geleistet werden.
 Die Ausgaben dürfen vor Eingang der Einnahmen bei Titel 232 60 geleistet werden.*

Nachrichtlich: Summe TGr. 60 0 0

TGr. 81 Fischereiabgabe

*Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
 Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 099 81 geleistet werden.*

Erläuterungen:

Gemäß § 22 Fischereigesetz wird eine Fischereiabgabe erhoben, die zur Förderung des Fischereiwesens zu verwenden ist.

537 81	532	Aufträge zur Förderung des Fischereiwesens		0	0
686 81	532	Zuschüsse zur Förderung des Fischereiwesens	889.979	409.000	800.000
893 81	532	Zuschüsse für Investitionen zur Förderung des Fischereiwesens		0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 81 409.000 800.000

TGr. 82 Jagdabgabe

*Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
 Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 099 82 geleistet werden.*

Erläuterungen:

Gemäß § 23 Landesjagdgesetz wird eine Jagdabgabe erhoben, die zur Förderung des Jagdwesens zu verwenden ist.

537 82	531	Aufträge zur Förderung des Jagdwesens	66.763	0	25.000
681 82	531	Zuschüsse zur Förderung des Jagdwesens an natürliche Personen	43.149	100.000	25.000
685 82	531	Zuschüsse zur Förderung des Jagdwesens an öffentliche Einrichtungen	9.260	55.600	10.000
686 82	531	Zuschüsse zur Förderung des Jagdwesens an Stiftungen und Vereine	213.807	100.000	200.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 82 **255.600** **260.000**

TGr. 83 Ausstellungen, Kongresse, Wettbewerbe - Zuschüsse für landwirtschaftliche Messen und Ausstellungen an Dritte, Absatzförderung

Die Ausgaben und die Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. Mehrausgaben dürfen in Höhe der Ist-Einnahmen bei TG 83 geleistet werden.

541 83 511 Ausgaben für Ausstellungen, Kongresse, Wettbewerbe, Absatzförderung **934.074** **1.039.100** **935.200**

Die Einnahmen bei Titel 119 83 dienen der Verstärkung der Ausgaben.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	680.000
davon fällig:	
2013 bis zu	680.000
2014 bis zu	
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012		680.000		680.000
2013			680.000	680.000
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen		680.000	680.000	1.360.000

Erläuterungen:

Im Interesse der brandenburgischen Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft beteiligt sich das Land an Messen, Ausstellungen, Kongressen und Wettbewerben mit eigenen Beiträgen u. a. für:

1. Internationale Grüne Woche,
2. Brandenburgische Landwirtschaftsausstellung in Paaren,
3. Internationale Messen.

Weniger wegen der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

683 83 511 Zuschüsse für landwirtschaftliche Messen, Ausstellungen und Projekte der Absatzförderung an Dritte **306.076** **300.000** **300.000**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuschüsse an Verbände und Unternehmen der Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft sowie des Gartenbaus zu deren Beteiligung an Messen, Wettbewerben, Ausstellungen und für Projekte zur Absatzförderung.

Nachrichtlich: Summe TGr. 83 **1.339.100** **1.235.200**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

TGr. 88 Zuschüsse für die Bund/Länder-Finanzierung von Forschungseinrichtungen (Wissenschaftsgemeinschaft G.W. Leibniz)

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(683 88)	164	Zuschüsse im wettbewerblichen Verfahren	250.000	250.000	
(686 88)	164	Zuschüsse für den Kernhaushalt - Betriebshaushalt	13.154.636	13.816.500	
(687 88)	164	Finanzierung eines Nachwuchswissenschaftlerpools			0
(893 88)	164	Zuschüsse für Investitionen	789.999	790.000	
(894 88)	164	Zuschüsse für Investitionen			0

Nachrichtlich: Summe TGr. 88 14.856.500 0

TGr. 89 Zuschüsse für die Finanzierung von Forschungseinrichtungen, an der sich andere Länder beteiligen sowie Zuschüsse für Investitionen und Projektförderung zur Entwicklung neuer Technologien und zur Vergabe von Aufträgen zur Technologiefolgenabschätzung

Die Haushaltsansätze der Titelgruppe 89 sind gegenseitig deckungsfähig mit der Hauptgruppe 6 des Epl. 11. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen in der Titelgruppe 88 geleistet werden. Den Einrichtungen wird gestattet, Selbstbewirtschaftungsmittel in Höhe von bis zu 20 v.H. des Zuwendungsbetrages zu nutzen.

Erläuterungen:

Auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Artikel 91b GG vom 28.11.1975 und auf Empfehlung des Wissenschaftsrates zur außeruniversitären Agrarforschung im Land Brandenburg beteiligt sich das Land an der Finanzierung.

537 89	165	Vergabe von Aufträgen zur Technologiefolgenabschätzung		31.500	31.500
--------	-----	--	--	--------	--------

Erläuterungen:

Die Mittel dienen der Technikfolgenabschätzung, Ökobilanzanalyse Rechtsfolgenabschätzung, insbesondere zum Verbraucherschutz, zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes, zur Bewertung des stofflichen und energetischen Einsatzes nachwachsender Rohstoffe, zum Klima-, Wasser- und Bodenschutz in der Landwirtschaft für die entsprechenden Fachabteilungen des Ressorts.

686 89	165	Zuschüsse für den Betriebshaushalt	2.149.600	2.116.000	2.221.000
--------	-----	------------------------------------	-----------	-----------	-----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 686 89

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	177.100			177.100
2013	177.100			177.100
2014		100.000		100.000
2015				
2016 ff.				
Summen	354.200	100.000		454.200

Erläuterungen:

Die Finanzierung der nachfolgend genannten Einrichtungen erfolgt auf der Grundlage der Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom September 1991 und der sich darauf beziehenden Kabinettsbeschlüsse 476/91, 887/92, sowie von Verwaltungsvereinbarungen mit den Ländern Berlin, Sachsen-Anhalt und Sachsen. Grundstücke des allgemeinen Grundvermögens dürfen im Wege der Bestellung eines Erbbaurechtes an gemeinnützige außeruniversitäre Forschungseinrichtungen unentgeltlich zur Nutzung und Belegung überlassen werden.

Infrastrukturkosten (ISK)

Die Infrastrukturkosten der nachfolgend genannten Einrichtungen können durch Betriebskostenzuschüsse gefördert werden. Additiv besteht die Möglichkeit, durch ergänzende Projektförderung ausgewählte Forschungsthemen zu unterstützen. Aus dem Titel dürfen Entgelte für bis zu 16 Auszubildende finanziert werden.

Veranschlagt sind Fördermittel für folgende Einrichtungen:

- A Forschungsinstitut für Bergbaufolgelandschaften Finsterwalde e.V.
- B Länderinstitut für Bienenkunde Hohen Neuendorf e.V.
- C Institut für Binnenfischerei Potsdam-Sacrow e.V.
- D Milchwirtschaftliche Lehr- und Versuchsanstalt Oranienburg e.V.
- E Lehranstalt für Gartenbau und Floristik Großbeeren e.V.
- F Institut für Fortpflanzung landwirtschaftlicher Nutztiere Schönow e. V.

687 89	165	Zuschüsse zur Projektförderung für ausgewählte Forschungsthemen	1.819.992	1.820.000	1.911.000
--------	-----	--	------------------	------------------	------------------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	248.000
davon fällig:	
2013 bis zu	124.000
2014 bis zu	62.000
2015 bis zu	62.000
2016 ff. bis zu	

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 687 89

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012				
2013			124.000	124.000
2014			62.000	62.000
2015			62.000	62.000
2016 ff.				
Summen			248.000	248.000

Erläuterungen:

Fachprojekte (FP)

Förderung von Fachprojekten in den nachfolgend genannten Einrichtungen, die in Abstimmung mit den Fachreferaten gefördert werden sollen.

Veranschlagt sind Fördermittel für folgende Einrichtungen:

A Forschungsinstitut für Bergbaufolgelandschaften Finsterwalde e. V.

Aufgaben: Schaffung von Grundlagen für eine ökologisch und ökonomisch orientierte Wiederherstellung funktionsfähiger Landschaften in gestörten Gebieten vor allem des Braunkohlebergbaus durch Landschaftsentwicklung, Rekultivierung und Sanierung, Aufbau von Agro- und Forstökosystemen, Gewässerökologie und -sanierung gemäß EU-WRR.

B Länderinstitut für Bienenkunde Hohen Neuendorf e. V.

Aufgaben: Schaffung wissenschaftlicher Grundlagen auf allen Gebieten der Bienenkunde nach Bienezuchtgesetz und Belegstellen VO (u. a. Bienezuchtwertschätzung), Genetik und Zucht, Diagnostik und Vermeidungsstrategien für Bienenkrankheiten, Bestäubung als wirtschaftlicher und ökologischer Faktor, Honiganalytik für Verbraucherschutz und -aufklärung, praxisorientierte Weiterbildung/Beratung, Fachkräfte- und Nachwuchssicherung sowie Verbändeberatung.

C Institut für Binnenfischerei Potsdam-Sacrow e. V.

Aufgaben: Ökologische Aspekte der fischwirtschaftlichen Gewässernutzung, Gewässer- und Fischartenschutz, praxisbezogene Fischereiforschung (Binnenfischerei, Fischgesundheit, Handlungsempfehlungen zur Erzeugung des hochwertigen Lebensmittels Fisch) in Verbindung mit Verbraucherschutz und -aufklärung, Wiedereinbürgerung gefährdeter Fischarten (Lachsprogramm), Entwicklung und Anwendung der Aquakultur, praxisorientierte Weiterbildung und Beratung, Nachwuchssicherung.

D Milchwirtschaftliche Lehr- und Versuchsanstalt Oranienburg e. V.

Aufgaben: Ausbildung von Milchlaboranten/-innen, Molkereifachmännern/-frauen in der überbetrieblichen Ausbildung, gesetzliche Aufgaben (Pflichtaufgaben nach Butter-, Käse-, Schulmilch- und Güteprüfungsverordnung), fachbezogene Untersuchungen zum Gesundheits- und Verbraucherschutz, Qualität von Milch und Milcherzeugnissen, Forschung resultierend aus o. g. Verordnungen.

E Lehranstalt für Gartenbau und Floristik Großbeeren e. V.

Aufgaben: Gärtnerische Erstausbildung in der überbetrieblichen Ausbildung für die Länder Brandenburg und Berlin, berufliche Fort- und Weiterbildung für alle Sparten des Gartenbaus, Fachkräfte- und Nachwuchssicherung.

F Institut für Getreideverarbeitung GmbH Bergholz-Rehbrücke

Aufgaben: Industrienahes Forschungsinstitut für die Landwirtschaft und das mittelständische Verarbeitungsgewerbe auf den Gebieten Bio- und Lebensmitteltechnologie, Backwarentechnologie und Analytik sowie Biogene Rohstoffe. Forschungsschwerpunkte im öffentlichen Interesse: Verbraucherschutz, gesunde Ernährung, Qualitätsanalysen für Agrarrohstoffe und -produkte, Algenforschung, Wertstoffgewinnung.

G Institut für Fortpflanzung landwirtschaftlicher Nutztiere Schönow e. V.

Aufgaben: Gendiagnostische Untersuchungen (Abstammungskontrolle, Erbgesundheit) nach Tierzuchtgesetz und Zuchtbuchordnungen der Tierzuchtverbände, Effektivierung des Reproduktionsmanagements landwirtschaftlicher Nutztiere, Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Reproduktion, Fachkräfte- und Nachwuchssicherung, praxisorientierte Beratung.

H Lehr- und Versuchsanstalt für Tierzucht und Tierhaltung Ruhlsdorf/Groß Kreuz e. V.

Aufgaben: Etablierung innovativer Zuchtverfahren bei Rind, Schwein und Schaf.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 893 89

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	204.200
davon fällig:	
2013 bis zu	102.100
2014 bis zu	102.100
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012				
2013			102.100	102.100
2014			102.100	102.100
2015				
2016 ff.				
Summen			204.200	204.200

Erläuterungen:

Mittel dienen der Bauunterhaltung/kleine Baumaßnahmen unter 1 Mio. EUR der genutzten Liegenschaften und Gebäude sowie der Beschaffung von Geräten und Ausrüstungsgegenständen für die Forschung über einem Beschaffungswert von 5.000 EUR.

Nachrichtlich: Summe TGr. 89 **4.153.500** **4.361.400**

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **21.013.700** **6.656.600**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	664.600	1.060.000
HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	354.900	554.900
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	800	1.200

Gesamteinnahme		1.020.300	1.616.100
-----------------------	--	------------------	------------------

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.295.600	1.194.200
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	22.173.700	9.428.600
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	976.000	197.900
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	800	1.200

Gesamtausgabe		24.446.100	10.821.900
----------------------	--	-------------------	-------------------

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-23.425.800	-9.205.800
--------------------------------------	--	--------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	423	Sonstige Einnahmen		0	0
119 15	423	Rückflüsse aus Zuwendungen	502.827	250.000	250.000

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 546 10.

Erläuterungen:

Rückzahlungen und Zinsforderungen aus gewährten Zuwendungen des 2004 eingestellten Landesprogramms und aus der Verwendungsnachweisprüfung von Zuwendungen u.a. des Hauptstadtvertrages werden vereinnahmt. Die Berechnung der Zinsen erfolgt auf der Grundlage des § 49a VwVfGBbg.

173 25	423	Rückzahlungen aus Darlehen zur Erschließung von Wohngebieten (Bundesanteil)	16.931	0	0
--------	-----	--	--------	---	---

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 631 10.

Erläuterungen:

Zurückgezahlte Darlehen werden nicht mehr ausgereicht, sondern an den Bund abgeführt.

173 26	423	Rückzahlungen aus Darlehen zur Erschließung von Wohngebieten (Landesanteil)	13.545	0	0
--------	-----	--	--------	---	---

Summe HGr. 1:	250.000	250.000
---------------	---------	---------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

272 10	422	Zuschüsse von der EU für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (INTERREG IV B)	82.106	74.300	98.700
--------	-----	---	--------	--------	--------

Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Titel 537 21 verwendet werden.

Die Einnahmen fließen den Ausgaben bei Titel 537 21 zu.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 537 21. Die Ausgaben zur Finanzierung des INTERREG IV B - Projektes "URBAN Energy" werden von der EU zu 75 v.H. erstattet. Im Zeitraum 2009 bis 2012 werden Einnahmen i.H.v. insgesamt 240.000 € erwartet.

Mehr aufgrund von Änderungen im Programmverlauf und Umschichtungen zwischen den Leadpartnern.

Summe HGr. 2:	74.300	98.700
---------------	--------	--------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 17	423	Zuweisungen des Bundes für den experimentellen Wohnungs- und Städtebau (Vollfinanzierung)		0	0
--------	-----	--	--	---	---

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 17 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 17.

331 20	195	Zuweisungen des Bundes für denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen	15.009.000	13.558.000	12.110.000
--------	-----	---	------------	------------	------------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 331 20

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 20 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 20.
 Weniger in Anpassung an die Einnahmeerwartung.

331 27	423	Zuweisungen des Bundes für die soziale Stadt	3.348.000	3.404.000	2.720.000
---------------	-----	---	------------------	------------------	------------------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 27 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 27.
 Weniger in Anpassung an die Einnahmeerwartung.

331 30	423	Zuweisungen des Bundes für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen	12.710.000	9.979.000	7.385.000
---------------	-----	--	-------------------	------------------	------------------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 30 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 30.
 Weniger in Anpassung an die Einnahmeerwartung.

331 40	423	Zuweisungen des Bundes für Maßnahmen des Stadtumbaus	18.641.000	18.628.000	17.421.500
---------------	-----	---	-------------------	-------------------	-------------------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 40 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 40.
 Weniger in Anpassung an die Einnahmeerwartung.

331 45	423	Zuweisungen des Bundes zur Förderung der Innenentwicklung	803.000	1.784.000	2.436.000
---------------	-----	--	----------------	------------------	------------------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 45 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 45.
 Mehr in Anpassung an die Einnahmeerwartung.

331 50	423	Zuweisungen des Bundes zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen	4.978.000	5.142.000	3.163.000
---------------	-----	---	------------------	------------------	------------------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 50 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 50.
 Weniger in Anpassung an die Einnahmeerwartung.

331 55	423	Zuweisungen des Bundes für Maßnahmen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden		245.000	671.000
---------------	-----	--	--	----------------	----------------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 55 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 883 55.
 Mehr in Anpassung an die Einnahmeerwartung.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Summe HGr. 3: **52.740.000** **45.906.500**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

537 10	423	Ausgaben für Gutachten	126.154	72.000	72.000
---------------	------------	-------------------------------	----------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Es sind Gutachten insbesondere zur Evaluierung des INSEK-Verfahrens und zu Einzelfragen der Städtebauförderung sowie zur Klärung von Einzelaspekten im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Bauplanungs- und Bauordnungsrechts vorgesehen.

537 21	422	Ausgaben für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (INTERREG IV B) - EU-Mittel	74.287	78.000	7.500
---------------	------------	---	---------------	---------------	--------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 272 10 geleistet werden.

Die Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titel 272 10 veranschlagten Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

EU-Mittel

Veranschlagt sind die EU-Mittel für die Ausgaben zur Mitfinanzierung des Projektes "URBAN Energy" im Rahmen von INTERREG IV B. Ziel des Projektes ist die Organisation eines Informationsaustausches zur nachhaltigen, energetischen Sanierung von Wohngebieten und Stadtquartieren in Mitteleuropa.

Die EU beteiligt sich an den Gesamtausgaben mit einem Anteil von 75 v.H. Der Ansatz ergibt sich aus den im Jahr 2008 eingegangenen Verpflichtungen.

Das Projekt kann voraussichtlich erst 2012 abgeschlossen werden. Das Gesamtbudget bleibt unverändert.

537 22	422	Ausgaben für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (INTERREG IV B) - Landesmittel	24.762	26.000	2.500
---------------	------------	--	---------------	---------------	--------------

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung zu Titel 537 21. Mit den veranschlagten Mitteln werden die bei Titel 537 21 veranschlagten EU-Mittel kofinanziert.

541 10	423	Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe	68.439	99.000	99.000
---------------	------------	--	---------------	---------------	---------------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012
	EUR
Betrag:	70.000
davon fällig:	
2013 bis zu	70.000
2014 bis zu	
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 541 10

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012		70.000		70.000
2013			70.000	70.000
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen		70.000	70.000	140.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mittel zur Durchführung von Ausstellungen und Veranstaltungen zur Stadtentwicklung, zur Stadterneuerung und zum Stadtbau, zu Einzelfragen der Nachhaltigkeit im Kontext der Stadtentwicklung sowie zur Vorbereitung des Schinkelwettbewerbs.

546 10 423 Sonstiges 8.006 0 0

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 119 15 geleistet werden.

Erläuterungen:

Der Ansatz ist vorgesehen zur Erstattung von Zinsforderungen des Bundes (ohne IfG), für die keine Erstattungspflicht Dritter besteht und Rückzahlungen an Zuwendungsempfänger wegen zuviel erhobener Einnahmen im Rahmen der Prüfung von Verwendungsnachweisen (ohne Ausgaben für Investitionen). Die Höhe der notwendig werdenden Ausgaben ist nicht planbar.

546 20 423 Stadt- und Baukultur 45.000 45.000

Erläuterungen:

Baukultur dient u.a. der Stärkung der Lebensqualität in den Städten und Gemeinden im Rahmen einer integrierten Stadtentwicklungspolitik. Veranschlagt sind die Ausgaben wie Ausstellungen, Wettbewerbe, Fachforen, Projekte in Kooperation mit der Kulturland-Initiative und der Bundesstiftung Baukultur.

547 10 423 Sächliche Verwaltungsausgaben zur Umsetzung der Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) in der nachhaltigen Stadtentwicklung 11.651 20.400 13.200

Erläuterungen:

Die veranschlagten Mittel dienen der Durchführung von Wettbewerbsverfahren zur Vergabe der Zuwendungen aus dem ESF im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung sowie der anschließenden Betreuung der Wettbewerbssieger.

Mit den veranschlagten Mitteln werden die bei Kapitel 07 030 Titel 547 76 veranschlagten EU-Mittel kofinanziert.

Weniger gemäß ESF-Programmplanung.

Summe HGr. 5: 340.400 239.200

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

631 10 423 Abführungen von Darlehensrückflüssen an den Bund 16.931 0 0

Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 173 25 geleistet werden.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 631 10

Erläuterungen:

Die von den Zuwendungsempfängern zurückgezahlten Darlehen sind an den Bund abzuführen.

632 00	423	Anteil des Landes Brandenburg an den Kosten der Geschäftsstelle der ARGEBAU	7.947	8.500	8.500
---------------	------------	--	--------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Kostenbeteiligung des Landes Brandenburg aufgrund des Beitritts zur Verwaltungsvereinbarung der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Minister/Senatoren der Länder. Die Höhe des Anteils wird nach dem Königsteiner Schlüssel ermittelt.

633 00	423	Förderung der Kulturlandkampagne Brandenburg		100.000	0
---------------	------------	---	--	----------------	----------

Erläuterungen:

Die Mittel dienen der Durchführung von Projekten der Kulturlandkampagne Brandenburg unter Schirmherrschaft des MIL und des MWFK mit den Themenschwerpunkten Verkehr, Mensch und Kommunikation, Architektur und Städtebau, Produktion in Stadt und Land sowie Landwirtschaft im Spannungsfeld von Tradition und Moderne.

Streichung aufgrund der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

Summe HGr. 6:			108.500	8.500	8.500
----------------------	--	--	----------------	--------------	--------------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

883 17	423	Zuweisungen des Bundes für den experimentellen Wohnungs- und Städtebau (Vollfinanzierung)		0	0
---------------	------------	--	--	----------	----------

Ausgaben dürfen nur in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 331 17 geleistet werden.

Erläuterungen:

Der Bund stellt im Rahmen seines Bundesforschungsprogramms "Experimenteller Wohnungs- und Städtebau" Mittel als Vollfinanzierung zur Verfügung. Derzeit ist nicht absehbar, welche Projekte vom Bund gefördert werden.

883 20	195	Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in anerkannten historischen Stadt- und Ortskernen (Bundesanteil)	15.009.000	13.558.000	12.110.000
---------------	------------	---	-------------------	-------------------	-------------------

Ausgaben dürfen nur in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 331 20 geleistet werden.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen (VE) sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben und VE bei den Titeln 883 27, 883 30, 883 40, 883 45, 883 50 und 883 55.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	11.277.000
davon fällig:	
2013 bis zu	2.827.000
2014 bis zu	3.547.000
2015 bis zu	3.070.000
2016 ff. bis zu	1.833.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 883 20

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	8.800.000	3.108.000		11.908.000
2013	5.237.000	3.730.000	2.827.000	11.794.000
2014	1.833.000	3.108.000	3.547.000	8.488.000
2015		1.784.000	3.070.000	4.854.000
2016 ff.			1.833.000	1.833.000
Summen	15.870.000	11.730.000	11.277.000	38.877.000

Erläuterungen:

Gemäß den jährlichen Verwaltungsvereinbarungen gewährt der Bund Finanzhilfen zur Förderung des städtebaulichen Denkmalschutzes als Projektförderung im Rahmen der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Danach beträgt der Bundes- und Landesanteil jeweils 40 % und der Kommunalanteil 20%. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich auf jeweils 5 Jahre. Gefördert werden Bestandssicherungen von denkmalwerten Gebäuden, vorbereitende Untersuchungen, Instandsetzung und Modernisierung von Gebäuden mit denkmalwertem und stadtbildprägendem Charakter sowie Erhaltung und Umgestaltung von Straßen- und Platzräumen von geschichtlicher, künstlerischer und städtebaulicher Bedeutung.

Der Ansatz ergibt sich aus eingegangenen Verpflichtungen und der neuen Verwaltungsvereinbarung im Jahr 2012.

Weniger wegen geringerer Einnahmen aus Bundesmitteln.

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2012
	EUR
Vorbehalten	25.845.000
Hiervon veranschlagt	11.417.000
Vorbehalten bleiben	14.428.000
davon für	
Hj. 2013	8.390.000
Hj. 2014	4.461.000
Hj. 2015	1.577.000
Hj. 2016 ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzusendungen	11.183.000
Hiervon veranschlagt	693.000
Vorbehalten bleiben	10.490.000
Veranschlagt zusammen	12.110.000
Vorbehalten bleiben	24.918.000
Nachrichtlich:	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2010 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2010 zu Lasten von VE	28.581.000
davon fällig	
Hj. 2011	12.711.000
Hj. 2012	8.800.000
Hj. 2013	5.237.000
Hj. 2014	1.833.000

883 21 195 Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen (Landesanteil) 13.195.000 10.600.700 12.110.000

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen (VE) sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben und VE bei Titel 883 28, 883 31, 883 41, 883 46, 883 51 und 883 56.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 883 21

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	11.277.000
davon fällig:	
2013 bis zu	2.827.000
2014 bis zu	3.547.000
2015 bis zu	3.070.000
2016 ff. bis zu	1.833.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	8.800.000	3.108.000		11.908.000
2013	5.237.000	3.730.000	2.827.000	11.794.000
2014	1.833.000	3.108.000	3.547.000	8.488.000
2015		1.784.000	3.070.000	4.854.000
2016 ff.			1.833.000	1.833.000
Summen	15.870.000	11.730.000	11.277.000	38.877.000

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 883 20. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 20 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Mehr aufgrund gestiegener Einnahmen aus Bundesmitteln.

Von den Gesamtzuswendungen der Vorjahre bleiben

	2012
	EUR
Vorbehalten	25.845.000
Hiervon veranschlagt	11.417.000
Vorbehalten bleiben	14.428.000
davon für	
Hj. 2013	8.390.000
Hj. 2014	4.461.000
Hj. 2015	1.577.000
Hj. 2016 ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzuswendungen	11.183.000
Hiervon veranschlagt	693.000
Vorbehalten bleiben	10.490.000
Veranschlagt zusammen	12.110.000
Vorbehalten bleiben	24.918.000

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2010 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2010 zu Lasten von VE	26.269.840
davon fällig	
Hj. 2011	10.399.840
Hj. 2012	8.800.000
Hj. 2013	5.237.000
Hj. 2014	1.833.000

883 27	423	Zuweisungen für die soziale Stadt (Bundesanteil)	3.348.000	3.404.000	2.720.000
---------------	------------	---	------------------	------------------	------------------

*Angaben dürfen nur in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 331 27 geleistet werden.
 Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.*

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 883 27

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	3.036.000
davon fällig:	
2013 bis zu	788.000
2014 bis zu	970.000
2015 bis zu	800.000
2016 ff. bis zu	478.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	2.316.000	836.000		3.152.000
2013	1.338.000	1.003.000	788.000	3.129.000
2014	478.000	836.000	970.000	2.284.000
2015		478.000	800.000	1.278.000
2016 ff.			478.000	478.000
Summen	4.132.000	3.153.000	3.036.000	10.321.000

Erläuterungen:

Der Bund stellt seit dem Jahr 1999 im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung Finanzhilfen zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf- "Die soziale Stadt" - bereit. Die Förderung erfolgt als Projektförderung im Rahmen der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich auf jeweils 5 Jahre. Die Anteile von Bund, Land und Kommune betragen je ein Drittel.

Der Ansatz ergibt sich aus eingegangenen Verpflichtungen und der neuen Verwaltungsvereinbarung im Jahr 2012.

Die Ausgaben dürfen anteilig auch für konsumtive Zwecke im Rahmen von Modellvorhaben in den Gebieten der Sozialen Stadt nach Maßgabe der jeweiligen Verwaltungsvereinbarung eingesetzt werden.

Von den Gesamtzuswendungen der Vorjahre bleiben

	2012
	EUR
Vorbehalten	5.023.000
Hiervon veranschlagt	2.550.000
Vorbehalten bleiben	2.473.000
davon für	
Hj. 2013	1.619.000
Hj. 2014	713.000
Hj. 2015	141.000
Hj. 2016 ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzuswendungen	1.107.000
Hiervon veranschlagt	170.000
Vorbehalten bleiben	937.000
Veranschlagt zusammen	2.720.000
Vorbehalten bleiben	3.410.000

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2010 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2010 zu Lasten von VE	7.347.000
davon fällig	
Hj. 2011	3.215.000
Hj. 2012	2.316.000
Hj. 2013	1.338.000
Hj. 2014	478.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		
883 28	423	Zuweisungen für die soziale Stadt (Landesanteil)	3.348.000	2.516.000	2.720.000

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 21.
 Siehe Zweckbindungsvermerk bei Titel 883 27.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	3.036.000
davon fällig:	
2013 bis zu	788.000
2014 bis zu	970.000
2015 bis zu	800.000
2016 ff. bis zu	478.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	2.316.000	836.000		3.152.000
2013	1.338.000	1.003.000	788.000	3.129.000
2014	478.000	836.000	970.000	2.284.000
2015		478.000	800.000	1.278.000
2016 ff.			478.000	478.000
Summen	4.132.000	3.153.000	3.036.000	10.321.000

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 27. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 27 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Die in den Vorjahren ausgebrachte VE wurde nicht vollständig in Anspruch genommen, so dass die Ansätze von der Gesamtbelastung abweichen.

Im Rahmen der Haushaltswirtschaft erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2012
	EUR
Vorbehalten	5.023.000
Hiervon veranschlagt	2.550.000
Vorbehalten bleiben	2.473.000
davon für	
Hj. 2013	1.619.000
Hj. 2014	713.000
Hj. 2015	141.000
Hj. 2016 ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzusendungen	1.107.000
Hiervon veranschlagt	170.000
Vorbehalten bleiben	937.000
Veranschlagt zusammen	2.720.000
Vorbehalten bleiben	3.410.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 883 28

Nachrichtlich:	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2010 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2009 zu Lasten von VE	7.347.000
davon fällig	
Hj. 2011	3.215.000
Hj. 2012	2.316.000
Hj. 2013	1.338.000
Hj. 2014	478.000

883 30 423 Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen (Bundesanteil) 12.710.000 9.979.000 7.385.000

*Ausgaben dürfen nur in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 331 30 geleistet werden.
Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.*

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	4.372.000
davon fällig:	
2013 bis zu	1.135.000
2014 bis zu	1.398.000
2015 bis zu	1.151.000
2016 ff. bis zu	688.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	5.793.000	1.203.000		6.996.000
2013	2.435.000	1.444.000	1.135.000	5.014.000
2014	727.000	1.203.000	1.398.000	3.328.000
2015		689.000	1.151.000	1.840.000
2016 ff.			688.000	688.000
Summen	8.955.000	4.539.000	4.372.000	17.866.000

Erläuterungen:

Gemäß der jährlichen Verwaltungsvereinbarung gewährt der Bund Finanzhilfen zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen als Projektförderung im Rahmen der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich auf jeweils 5 Jahre. Der Bundes- und Landesanteil beträgt grundsätzlich jeweils 33 1/3 %. Der Kommunalanteil beträgt ebenfalls 33 1/3%.

Der Schwerpunkt der Förderung ist die Unterstützung der Innenstadtentwicklung einschließlich des Wohnens in den Innenstädten durch bedeutsame Stadtentwicklungsprojekte in Sanierungsgebieten nach § 136 BauGB. Insbesondere wird die Instandsetzung und Modernisierung von städtebaulich relevanten Gebäuden und von Einrichtungen der Infrastruktur sowie die Neugestaltung des öffentlichen Raumes gefördert (Straßen, Wege, Plätze, Spielplätze, Grün- und Freizeitanlagen sowie die Kosten von vorbereitenden Untersuchungen, Planungen und von Sanierungsträgern).

Der Ansatz ergibt sich aus eingegangenen Verpflichtungen und der neuen Verwaltungsvereinbarung im Jahr 2012.

Weniger wegen geringerer Einnahmen aus Bundesmitteln.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 883 30

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2012
	EUR
Vorbehalten	13.007.000
Hiervon veranschlagt	6.856.000
Vorbehalten bleiben	6.151.000
davon für	
Hj. 2013	3.716.000
Hj. 2014	1.795.000
Hj. 2015	640.000
Hj. 2016ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzusendungen	4.790.000
Hiervon veranschlagt	525.000
Vorbehalten bleiben	4.261.000
Veranschlagt zusammen	7.385.000
Vorbehalten bleiben	10.412.000

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2010 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2010 zu Lasten von VE	18.577.000
davon fällig	
Hj. 2011	9.622.000
Hj. 2012	5.793.000
Hj. 2013	2.435.000
Hj. 2014	727.000

883 31	423	Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen (Landesanteil)	12.710.000	9.979.000	7.385.000
---------------	------------	--	-------------------	------------------	------------------

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 21.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	4.372.000
davon fällig:	
2013 bis zu	1.135.000
2014 bis zu	1.398.000
2015 bis zu	1.151.000
2016 ff. bis zu	688.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	5.793.000	1.203.000		6.996.000
2013	2.435.000	1.444.000	1.135.000	5.014.000
2014	727.000	1.203.000	1.398.000	3.328.000
2015		689.000	1.151.000	1.840.000
2016 ff.			688.000	688.000
Summen	8.955.000	4.539.000	4.372.000	17.866.000

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 30. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 30 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 883 31

Weniger wegen geringerer Einnahmen aus Bundesmitteln.

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2012
	EUR
Vorbehalten	13.007.000
Hiervon veranschlagt	6.856.000
Vorbehalten bleiben	6.151.000
davon für	
Hj. 2013	3.716.000
Hj. 2014	1.795.000
Hj. 2015	640.000
Hj. 2016ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzusendungen	4.790.000
Hiervon veranschlagt	525.000
Vorbehalten bleiben	4.261.000
Veranschlagt zusammen	7.385.000
Vorbehalten bleiben	10.412.000

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2010 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2010 zu Lasten von VE	18.577.000
davon fällig	
Hj. 2011	9.622.000
Hj. 2012	5.793.000
Hj. 2013	2.435.000
Hj. 2014	727.000

883 40	423	Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Bundesmittel)	18.641.000	18.627.500	17.421.500
---------------	------------	---	-------------------	-------------------	-------------------

Ausgaben dürfen nur in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 331 40 geleistet werden. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	15.849.000
davon fällig:	
2013 bis zu	4.114.000
2014 bis zu	5.067.000
2015 bis zu	4.174.000
2016 ff. bis zu	2.494.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	13.036.000	4.361.000		17.397.000
2013	7.705.000	5.232.000	4.114.000	17.051.000
2014	2.494.000	4.361.000	5.067.000	11.922.000
2015		2.507.000	4.174.000	6.681.000
2016 ff.			2.494.000	2.494.000
Summen	23.235.000	16.461.000	15.849.000	55.545.000

Erläuterungen:

Der Bund stellt im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung seit dem Programmjahr 2002 jährlich Mittel für den Stadtumbau zur Verfügung.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 883 40

Die Schwerpunkte der Förderung liegen auf Maßnahmen zur Verringerung der Zahl leerstehender bzw. nicht mehr benötigter Wohnungen sowie weiteren investiven Maßnahmen, die im Zusammenhang mit dem Stadtumbau stehen. Dies sind insbesondere Maßnahmen zur gestalterischen Aufwertung in Stadtumbaugebieten, zur Sicherung der Funktionsfähigkeit von Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen und zur Neuordnung von brachgefallenden Flächen. Die Bewilligung erfolgt als Projektförderung auf der Grundlage der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Zuwendungsempfänger sind die Gemeinden.

Der Ansatz ergibt sich aus eingegangenen Verpflichtungen und der neuen Verwaltungsvereinbarung im Jahr 2012.

Weniger wegen zurückgehender Einnahmen aus Bundesmitteln.

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2012
	EUR
Vorbehalten	37.048.000
Hiervon veranschlagt	16.661.000
Vorbehalten bleiben	20.387.000
davon für	
Hj. 2013	12.071.000
Hj. 2014	6.133.000
Hj. 2015	2.183.000
Hj. 2016 ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzusendungen	15.286.500
Hiervon veranschlagt	760.500
Vorbehalten bleiben	14.526.000
Veranschlagt zusammen	17.421.500
Vorbehalten bleiben	34.913.000

	EUR
Nachrichtlich:	
Höhe der Festlegungen am 31.12.2010 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2010 zu Lasten von VE	41.010.000
davon fällig	
Hj. 2011	17.775.000
Hj. 2012	13.036.000
Hj. 2013	7.705.000
Hj. 2014	2.494.000

883 41	423	Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Landesmittel)	18.641.000	18.627.500	17.421.500
---------------	-----	---	-------------------	-------------------	-------------------

Siehe Deckungsvermerke bei Titel 883 21.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	15.849.000
davon fällig:	
2013 bis zu	4.114.000
2014 bis zu	5.067.000
2015 bis zu	4.174.000
2016 ff. bis zu	2.494.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 883 41

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	13.036.000	4.361.000		17.397.000
2013	7.705.000	5.232.000	4.114.000	17.051.000
2014	2.494.000	4.361.000	5.067.000	11.922.000
2015		2.507.000	4.174.000	6.681.000
2016 ff.			2.494.000	2.494.000
Summen	23.235.000	16.461.000	15.849.000	55.545.000

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei 883 40. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 40 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Weniger wegen zurückgehender Einnahmen aus Bundesmitteln.

Von den Gesamtzuswendungen der Vorjahre bleiben

	2012
	EUR
Vorhalten	37.048.000
Hiervon veranschlagt	16.661.000
Vorhalten bleiben	20.387.000
davon für	
Hj. 2013	12.071.000
Hj. 2014	6.133.000
Hj. 2015	2.183.000
Hj. 2016 ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzuswendungen	15.286.500
Hiervon veranschlagt	760.500
Vorhalten bleiben	14.526.000
Veranschlagt zusammen	17.421.500
Vorhalten bleiben	34.913.000
Nachrichtlich:	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2010 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2010 zu Lasten von VE	41.010.000
davon fällig	
Hj. 2011	17.775.000
Hj. 2012	13.036.000
Hj. 2013	7.705.000
Hj. 2014	2.494.000

883 45	423	Zuweisung für Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (Bundesanteil)	803.000	1.784.000	2.436.000
---------------	------------	--	----------------	------------------	------------------

Ausgaben dürfen nur in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 331 45 geleistet werden.
 Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 883 45

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	3.006.000
davon fällig:	
2013 bis zu	780.000
2014 bis zu	961.000
2015 bis zu	792.000
2016 ff. bis zu	473.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	1.451.000	828.000		2.279.000
2013	895.000	993.000	780.000	2.668.000
2014	434.000	828.000	961.000	2.223.000
2015		471.000	792.000	1.263.000
2016 ff.			473.000	473.000
Summen	2.780.000	3.120.000	3.006.000	8.906.000

Erläuterungen:

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2012
	EUR
Vorbehalten	5.889.000
Hiervon veranschlagt	2.267.000
Vorbehalten bleiben	3.622.000
davon für	
Hj. 2013	1.877.000
Hj. 2014	1.253.000
Hj. 2015	492.000
Hj. 2016 ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzusendungen	3.439.000
Hiervon veranschlagt	169.000
Vorbehalten bleiben	3.270.000
Veranschlagt zusammen	2.436.000
Vorbehalten bleiben	6.892.000

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2010 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2010 zu Lasten von VE	4.176.000
davon fällig	
Hj. 2011	1.396.000
Hj. 2012	1.451.000
Hj. 2013	895.000
Hj. 2014	434.000

Gemäß der jährlichen Verwaltungsvereinbarung gewährt der Bund seit dem Programmjahr 2008 Finanzhilfen zur Förderung der Innenentwicklung über das Programm "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" als Projektförderung im Rahmen der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich auf jeweils 5 Jahre. Der Bundes-, Landes- und kommunale Anteil beträgt grundsätzlich jeweils 33 1/3 v.H..

Schwerpunkt der Förderung ist die Unterstützung investiver Maßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung von zentralen Versorgungsbereichen als Standorte für Wirtschaft und Kultur sowie als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Leben.

Der Ansatz ergibt sich aus eingegangenen Verpflichtungen und der neuen Verwaltungsvereinbarung im Jahr 2012.

Mehr wegen höherer Einnahmen vom Bund.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

883 46 423 Zuweisungen für Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (Landesanteil) 803.000 904.000 2.436.000

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 21.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	3.006.000
davon fällig:	
2013 bis zu	780.000
2014 bis zu	961.000
2015 bis zu	792.000
2016 ff. bis zu	473.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	1.451.000	828.000		2.279.000
2013	895.000	993.000	780.000	2.668.000
2014	434.000	828.000	961.000	2.223.000
2015		471.000	792.000	1.263.000
2016 ff.			473.000	473.000
Summen	2.780.000	3.120.000	3.006.000	8.906.000

Erläuterungen:

Von den Gesamtzuswendungen der Vorjahre bleiben

	2012 EUR
Vorbehalten	5.889.000
Hiervon veranschlagt	2.267.000
Vorbehalten bleiben	3.622.000
davon für	
Hj. 2013	1.877.000
Hj. 2014	1.253.000
Hj. 2015	492.000
Hj. 2016 ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzuswendungen	3.439.000
Hiervon veranschlagt	169.000
Vorbehalten bleiben	3.270.000
Veranschlagt zusammen	2.436.000
Vorbehalten bleiben	6.892.000

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2010 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2010 zu Lasten von VE	4.176.000
davon fällig	
Hj. 2011	1.396.000
Hj. 2012	1.451.000
Hj. 2013	895.000
Hj. 2014	434.000

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 45. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 45 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Mehr wegen höherer Einnahmen vom Bund.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

883 50 423 Zuweisungen zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen (Bundesanteil) 4.978.000 5.142.000 3.163.000

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.

Ausgaben dürfen nur in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 331 50 geleistet werden.

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	3.163.000			3.163.000
2013	1.663.000			1.663.000
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen	4.826.000			4.826.000

Erläuterungen:

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

	2012
	EUR
Vorbehalten	4.856.000
Hiervon veranschlagt	3.163.000
Vorbehalten bleiben	1.663.000
davon für	
Hj. 2013	1.663.000
Hj. 2014	0
Hj. 2015	0
Hj. 2016 ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzusendungen	0
Hiervon veranschlagt	0
Vorbehalten bleiben	0
Veranschlagt zusammen	3.163.000
Vorbehalten bleiben	1.663.000

	EUR
Nachrichtlich:	
Höhe der Festlegungen am 31.12.2010 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2010 zu Lasten von VE	9.968.000
davon fällig	
Hj. 2011	5.142.000
Hj. 2012	3.163.000
Hj. 2013	1.663.000
Hj. 2014	0

Der Bund stellt im Rahmen des Investitionspakts zwischen Bund, Ländern und Gemeinden jährlich Mittel zur energetischen Modernisierung der sozialen Infrastruktur in Kommunen mit angespannter Haushaltsslage und in den Fördergebieten der Bund-Länder-Programme zur Städtebauförderung zur Verfügung. Die Finanzhilfen werden über jährliche Verwaltungsvereinbarungen mit einem Verfügungsrahmen über 5 Jahre gewährt und durch das Land als Projektförderung ausgereicht. Zuwendungsempfänger sind die Gemeinden.

Weniger wegen zurückgehender Einnahmen aus Bundesmitteln. Das Programm wird bis zum Jahr 2013 ausfinanziert.

883 51 423 Zuweisungen zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen (Landesanteil) 4.978.000 5.142.000 3.163.000

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 21.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 883 51

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	3.163.000			3.163.000
2013	1.663.000			1.663.000
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen	4.826.000			4.826.000

Erläuterungen:

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

2012
EUR

Vorhalten	4.856.000
Hiervon veranschlagt	3.163.000
Vorhalten bleiben	1.663.000
davon für	
Hj. 2013	1.663.000
Hj. 2014	0
Hj. 2015	0
Hj. 2016 ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzusendungen	0
Hiervon veranschlagt	0
Vorhalten bleiben	0
Veranschlagt zusammen	3.163.000
Vorhalten bleiben	1.663.000

Nachrichtlich:

EUR

Höhe der Festlegungen am 31.12.2010 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2010 zu Lasten von VE	9.968.000
davon fällig	
Hj. 2011	5.142.000
Hj. 2012	3.163.000
Hj. 2013	1.663.000
Hj. 2014	0

Siehe Erläuterung bei Titel 883 50. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 50 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Weniger wegen zurückgehender Einnahmen aus Bundesmitteln. Das Programm wird bis 2013 ausfinanziert.

883 55 423 Zuweisungen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden (Bundesanteil) 245.000 671.000

Angaben dürfen nur in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 331 55 geleistet werden.

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 20.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	769.000
davon fällig:	
2013 bis zu	199.000
2014 bis zu	246.000
2015 bis zu	203.000
2016 ff. bis zu	121.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 883 55

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	246.000	213.000		459.000
2013	203.000	255.000	199.000	657.000
2014	121.000	213.000	246.000	580.000
2015		117.000	203.000	320.000
2016 ff.			121.000	121.000
Summen	570.000	798.000	769.000	2.137.000

Erläuterungen:

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre bleiben

2012

EUR

Vorbehalten	2.156.000
Hiervon veranschlagt	632.000
Vorbehalten bleiben	1.524.000
davon für	
Hj. 2013	664.000
Hj. 2014	634.000
Hj. 2015	435.000
Hj. 2016 ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzusendungen	1.621.000
Hiervon veranschlagt	39.000
Vorbehalten bleiben	0
Veranschlagt zusammen	671.000
Vorbehalten bleiben	1.524.000

Nachrichtlich:

EUR

Höhe der Festlegungen am 31.12.2010 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2010 zu Lasten von VE	769.000
davon fällig	
Hj. 2011	199.000
Hj. 2012	246.000
Hj. 2013	203.000
Hj. 2014	121.000

Der Bund gewährt im Rahmen der jährlichen Verwaltungsvereinbarung seit dem Programmjahr 2010 Finanzhilfen zur Förderung des ländlichen Raums im Rahmen des Programms "Kleinere Städte und Gemeinden" als Projektförderung im Rahmen der jeweils geltenden Förderrichtlinie zur Städtebauförderung. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich jeweils auf 5 Jahre. Der Bundes-, Landes- und kommunale Anteil beträgt jeweils 33 1/3 v.H.

Schwerpunkt der Förderung ist die Unterstützung kleinerer Städte und Gemeinden im ländlichen Raum.

Der Ansatz ergibt sich aus den eingegangenen Verpflichtungen und der VV 2012.

Mehr wegen steigender Einnahmen vom Bund.

883 56	423	Zuweisungen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden (Landesanteil)	245.000	671.000
---------------	------------	--	----------------	----------------

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 21.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 883 56

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	769.000
davon fällig:	
2013 bis zu	199.000
2014 bis zu	246.000
2015 bis zu	203.000
2016 ff. bis zu	121.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	246.000	213.000		459.000
2013	203.000	255.000	199.000	657.000
2014	121.000	213.000	246.000	580.000
2015		117.000	203.000	320.000
2016 ff.			121.000	121.000
Summen	570.000	798.000	769.000	2.137.000

Erläuterungen:

Von den Gesamtzuswendungen der Vorjahre bleiben

	2012
	EUR
Vorhalten	2.156.000
Hiervon veranschlagt	632.000
Vorhalten bleiben	1.524.000
davon für	
Hj. 2013	664.000
Hj. 2014	634.000
Hj. 2015	435.000
Hj. 2016 ff.	0
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:	
Gesamtzuswendungen	1.621.000
Hiervon veranschlagt	39.000
Vorhalten bleiben	0
Veranschlagt zusammen	671.000
Vorhalten bleiben	1.524.000

Nachrichtlich:	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2010 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2010 zu Lasten von VE	769.000
davon fällig	
Hj. 2011	199.000
Hj. 2012	246.000
Hj. 2013	203.000
Hj. 2014	121.000

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 55. Mit den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden die bei Titel 883 55 veranschlagten Bundesmittel kofinanziert.

Mehr wegen steigender Einnahmen vom Bund.

892 10	423	Kostenerstattung an die Beauftragte für Projektprüfung, Bauüberwachung und Abrechnung von Fördermitteln des Städtebaues	162.649	162.700	162.700
---------------	------------	--	----------------	----------------	----------------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 892 10

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	162.700			162.700
2013	162.700			162.700
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen	325.400			325.400

Erläuterungen:

Das MIL lässt auf der Grundlage von Submissionsergebnissen einen sog. Kostenkatalog für den Bereich der Städtebauförderung seit 1992 erstellen und kontinuierlich fortschreiben. Die hierbei gewonnenen Daten sind Grundlage für die Beurteilung der Angemessenheit der Kosten der beantragten und abgerechneten Förderungen. Sie dienen gleichzeitig als vom Land vorgegebene Richtsätze im Zusammenhang mit der Baufachlichen Prüfung nach Nr. 6.3.1 VV/VVG zu § 44 LHO.

Die Fortführung dieser Datensammlung ist somit integraler Bestandteil des Förderverfahrens. Außer dem MIL greifen neben anderen Ressorts auch das Ministerium der Finanzen und der Landesrechnungshof (kostenfrei) auf diesen Katalog zurück.

Summe HGr. 8:	100.916.400	91.975.700
---------------	--------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	250.000	250.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	74.300	98.700
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	52.740.000	45.906.500
Gesamteinnahme		53.064.300	46.255.200

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	340.400	239.200
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	108.500	8.500
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	100.916.400	91.975.700
Gesamtausgabe		101.365.300	92.223.400
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-48.301.000	-45.968.200

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 060 **Angelegenheiten des Wohnungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	419	Gebühren, sonstige Entgelte	5.005	4.500	3.900
---------------	------------	------------------------------------	--------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Entgelte für bundesverbürgte Darlehen zur Sicherung der Finanzierung von in 1991 fertiggestellten Mietwohnungen.

119 10	419	Sonstige Einnahmen	1.800	0	0
---------------	------------	---------------------------	--------------	----------	----------

Erläuterungen:

Einnahmen aus Straf- und Verzugszinsen u.ä.

119 15	419	Rückflüsse aus Zuwendungen	5.683	0	0
---------------	------------	-----------------------------------	--------------	----------	----------

Erläuterungen:

Einnahmen aus Rückzahlungen von Fördermittel.

182 10	411	Darlehensrückflüsse aus der Wohnraumförderung	739.517	1.500.000	1.850.000
---------------	------------	--	----------------	------------------	------------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 892 10 und 893 13.

Erläuterungen:

Die Rückflüsse aus ab 2007 ausgereichten Darlehen aus Kompensationsleistungen auf der Grundlage des Entflechtungsgesetzes werden vereinnahmt und wieder für die Wohnraumförderung eingesetzt. Die Kompensationsmittel des Bundes sind zweckgebunden.

siehe Erläuterung zu Titel 893 13

Summe HGr. 1:			1.504.500	1.853.900	
----------------------	--	--	------------------	------------------	--

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	233	Anteil des Bundes an den Aufwendungen für Wohngeld	26.948.259	25.000.000	25.910.000
---------------	------------	---	-------------------	-------------------	-------------------

Siehe Vermerk bei Titel 681 00.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 681 00.

Mehr wegen gestiegener Ausgaben in Anpassung an den Bedarf.

Summe HGr. 2:			25.000.000	25.910.000	
----------------------	--	--	-------------------	-------------------	--

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 060 **Angelegenheiten des Wohnungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 10	411	Zuweisungen des Bundes zur Wohnraumförderung	28.039.000	27.904.000	28.545.400
---------------	------------	---	-------------------	-------------------	-------------------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei den Titeln 893 11 und 893 13 verwendet werden.

Erläuterungen:

Den Ländern stehen nach Art. 143c GG i.V.m. dem Entflechtungsgesetz ab 2007 Kompensationszahlungen aus dem Bundeshaushalt zu. Die Zuweisungen dienen der Finanzierung neuer Fördermaßnahmen im Wege der Projektförderung.

Mehr wegen Minderveranschlagung bei Titel 331 20.

331 20	411	Zuweisungen des Bundes zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus	2.238.000	2.373.000	1.731.600
---------------	------------	---	------------------	------------------	------------------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei den Titeln 893 11 und 893 12 verwendet werden.

Erläuterungen:

Den Ländern stehen nach Art. 143c GG i.V.m. dem Entflechtungsgesetz ab 2007 Kompensationszahlungen aus dem Bundeshaushalt zur Ausfinanzierung der bis zum 31. Dezember 2006 eingegangenen Verpflichtungen zu. Die zweckgebundenen Einnahmen werden über die Titel 893 11 und 893 12 dem Wohnungsbauvermögen direkt zugeführt.

331 40	423	Zuweisungen des Bundes für Investitionen zur Förderung von Wohneigentumsbildung in innerstädtischen Altbauquartieren	1.550.000	555.000	0
---------------	------------	---	------------------	----------------	----------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 893 20 verwendet werden.

Erläuterungen:

Die zweckgebundenen Einnahmen vom Bund wurden dem Landeswohnungsbauvermögen in voller Höhe im Jahr 2010 zugeführt.

siehe Erläuterungen bei Titel 893 20

Summe HGr. 3:			30.832.000	30.277.000	
----------------------	--	--	-------------------	-------------------	--

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

537 10	419	Kosten für Gutachten	12.043	69.200	69.200
---------------	-----	-----------------------------	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Es sind Gutachten u.a. zur Weiterentwicklung der Wohnungspolitik und des Fördermittelwettbewerbs, zur rechtlichen und inhaltlichen Ausgestaltung der künftigen Wohnraumförderung sowie zu Fragen des Wohngeldverfahrens und zu Aspekten der Umsetzung des Mietrechts vorgesehen.

541 10	419	Aufwendungen für Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe und Ausschreibungen	147.356	54.500	54.500
---------------	-----	---	----------------	---------------	---------------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	50.000
davon fällig:	
2013 bis zu	50.000
2014 bis zu	
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012		50.000		50.000
2013			50.000	50.000
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen		50.000	50.000	100.000

Erläuterungen:

Die Mittel dienen insbesondere der Durchführung von Fachveranstaltungen und Workshops zu Schwerpunktthemen der Wohnungspolitik im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des generationsgerechten Wohnens vor dem Hintergrund des demographischen Wandels.

Die Ergebnisse und Auswertungen von Tagungen sollen für Wohnungsunternehmen, Gemeinden und Fachöffentlichkeit durch Ausstellungen und Dokumentationen zugänglich gemacht werden.

541 20	419	Aufwendungen für Fortbildungsveranstaltungen	6.700	18.000	18.000
---------------	-----	---	--------------	---------------	---------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 541 20

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	10.000
davon fällig:	
2013 bis zu	10.000
2014 bis zu	
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012		10.000		10.000
2013			10.000	10.000
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen		10.000	10.000	20.000

Erläuterungen:

Die Fortbildungsveranstaltungen sollen eine einheitliche Rechtsanwendung bei übertragenen Aufgaben gewährleisten. Geplant sind Fortbildungsveranstaltungen zum Wohnungs- und Wohngeldrecht.

546 10 419 Sonstiges 0 0

546 40 419 Sonstige Gebühren und Entgelte im Zusammenhang mit der Durchführung des Wohngeldgesetzes 3.600 3.600

Erläuterungen:

Veranschlagt werden die durch Postbarüberweisungen des Wohngeldes entstehenden Gebühren sowie Entgelte für den verpflichtenden Datenabgleich zwischen IT-Dienstleister und der Datenstelle der Rentenversicherung bei der Durchführung des Wohngeldgesetzes.

Summe HGr. 5: 145.300 145.300

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

661 10 411 Zinszuschüsse entsprechend des Altschuldenhilfegesetzes 0 0

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Entsprechend § 7 des Altschuldenhilfegesetzes übernehmen Bund und Land für die Wohnungsunternehmen oder privaten Vermieter für die auf Altverbindlichkeiten zu zahlenden Zinsen jeweils 50 v.H.. Berechnungsgrundlage sind die der Wohnfläche des Unternehmens oder des privaten Vermieters nach § 4 Abs. 1 des ASHG zuzuordnenden Altverbindlichkeiten. Die Abwicklung erfolgt auf der Grundlage des 2. Nachtrages zum Mandatarvertrag voraussichtlich bis 2010.

663 11 411 Zuweisungen an das Landeswohnungsbauvermögen für konsumtive Zwecke 0 0

Minderausgaben im Epl. 11 können zum jeweiligen Jahresabschluss mit Einwilligung des MdF zur Leistung von Mehrausgaben, soweit sie der Deckung von Altverpflichtungen dienen, herangezogen werden.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 663 11

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 893 11.

681 00	233	Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz	58.753.311	50.000.000	51.820.000
---------------	------------	---	-------------------	-------------------	-------------------

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens wird nach Maßgabe des Wohngeldgesetzes auf Antrag Wohngeld als Zuschuss zu den Aufwendungen für den Wohnraum gewährt. Die Aufwendungen für Wohngeld werden gemäß § 33 WoGG vom Bund zur Hälfte erstattet.

Mehr in Anpassung an den Bedarf wegen gestiegener Ausgaben seit 2010.

682 30	411	Zuweisungen an die KfW für Zinsverbilligungen	2.485.671	2.300.000	1.000.000
---------------	------------	--	------------------	------------------	------------------

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	1.200.000			1.200.000
2013				
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen	1.200.000			1.200.000

Erläuterungen:

Ausfinanzierung der im Rahmen des KfW-Wohnraummodernisierungsprogramms II auf der Grundlage des Vertrages vom 8. Februar 2000 (letztmalig geändert am 27. Februar 2001) zwischen dem Bund, den neuen Bundesländern, Berlin und der KfW eingegangenen rechtlichen Verpflichtungen zur Vergabe von Zuschüssen für die 10-jährige Zinsverbilligung von Darlehen zur Modernisierung und Instandsetzung von Wohnraum für die Programmjahre 2000, 2001 und 2002.

Weniger wegen Neuberechnung des Bedarfs.

Summe HGr. 6:		52.300.000	52.820.000
---------------	--	-------------------	-------------------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

892 10	411	Kostenerstattung für Bautechnische Prüfung, Bauüberwachung und Abrechnung von Fördermitteln	561.371	0	0
---------------	------------	--	----------------	----------	----------

Die Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titel 182 10 veranschlagten Einnahmen geleistet werden

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	250.000
davon fällig:	
2013 bis zu	100.000
2014 bis zu	150.000
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 892 10

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	192.800	160.000		352.800
2013		220.000	100.000	320.000
2014			150.000	150.000
2015				
2016 ff.				
Summen	192.800	380.000	250.000	822.800

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die bautechnische Prüfung im Zusammenhang mit der Wohnraumförderung als Voraussetzung für die Bewilligung von Fördermitteln, die Baukontrolle und die Schlussrechnungsprüfung einschließlich Verwendungsnachweisprüfung. Die Begleitung der Fördermaßnahmen erfolgt regelmäßig über einen Zeitraum von rd. 3 Jahren. Die Ausgaben werden ab 2011 aus den Darlehensrückflüssen der Wohnraumförderung finanziert.

Siehe Erläuterungen bei Titel 893 13.

893 11 411 Zuweisung an das Landeswohnungsbauvermögen für investive Zwecke **0 0**

Siehe Vermerk bei den Titeln 331 10 und 331 20.

Erläuterungen:

Erläuterungen zu den Titeln 663 11 und 893 11:

Mit dem Gesetz über das Wohnungsbauvermögen des Landes Brandenburg vom 17. Dezember 1996 in der Fassung des Haushaltsstrukturgesetzes 1998, Artikel 2 vom 22.12.1997 ist zum 1. Januar 1997 ein Wohnungsbauvermögen als unselbständiges Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung gebildet worden. Das Sondervermögen wird von der InvestitionsBank des Landes Brandenburg verwaltet.

Veranschlagt sind die anteiligen Mittel des Landes sowie Kompensationsmittel des Bundes zur Ausfinanzierung der bis zur Errichtung des Sondervermögens entstandenen Verpflichtungen. Das Land beteiligt sich ab 2009 nicht mehr an der Ausfinanzierung.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 060 **Angelegenheiten des Wohnungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 893 11

Übersicht über den Wirtschaftsplan des Landeswohnungsbauvermögens

Titel	vorl. Ist 2010 EUR	Ansatz 2011 EUR	Ansatz 2012 EUR
Einnahmen			
111	102.092	80.000	80.000
112	5.000	0	C
119	1.317.979	250.000	250.000
162	1.952.844	5.248.000	7.000.000
182	244.140.101	95.000.000	90.000.000
185	462.923	0	C
222	0	0	C
davon:			
Schuldendiensthilfen (Wohnungsbauprogramme 1993-1996)			
	0	0	C
251	0	0	C
325	0	565.500.000	314.000.000
davon			
1. Refinanzierung am Kapitalmarkt			
	0	124.000.000	64.000.000
2. Liquidität für Zinssicherung			
	0	250.000.000	250.000.000
3. Verlängerung Termingeld - Anschlussfinanzierung*			
	0	191.500.000	C
332**	4.849.328	2.838.000	1.731.600
davon			
1. Zuweisungen für die Wohnungsbauprogramme 1991-1996			
	0	0	C
2. Zuweisungen LWV zur Ausfinanzierung der Verpflichtungen des Landes 1997 - 2006 - Kompensationsleistungen nach Art. 143 c GG			
	1.100.000	2.033.000	1.731.600
3. Zuweisungen LWV zur Ausfinanzierung der Verpflichtungen des Bundes 1991 - 2006 - Kompensationsleistungen nach Art. 143 c GG			
	2.238.000	340.000	C
4. Bundesfinanzhilfen nach Art. 104a (alt) GG (Städtebaul. Maßnahmen - innerstädt. Wohneigentumsbildung)			
	1.511.328	465.000	C
Zusammen	252.830.266	668.916.000	413.061.600
(darunter Bundesfinanzhilfen 2010 gesamt)	4.849.328	2.838.000	1.731.600

* Aufnahme Termingeld für Anschlussfinanzierung der kurzfristigen Darlehen ab dem Jahr 2009

** Die Durchleitung der Bundesmittel nach Art. 143c GG (Wohnungsbauprogramme 1997 bis 2006 und städtebauliche Maßnahmen - innerstädtisches Wohneigentum ab 2004) erfolgt über investive Zuweisungen des Landes an das Landeswohnungsbauvermögen.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 893 11

Titel		vorl. Ist 2010 EUR	Ansatz 2011 EUR	Ansatz 2012 EUR
Ausgaben				
546	Sonstige Verwaltungsausgaben	236.335	0	0
575	Zinsausgaben für Schuldenaufnahmen	85.500.650	102.787.629	94.856.301
	davon:			
	1. Zinsausgaben für Kontokorrentkredite	0	100.000	100.000
	2. Zinsausgaben für zinssichernde Maßnahmen - Zinsswap	8.464.000	20.310.250	21.184.554
	3. Zinsausgaben für Termingeld - außerhalb Zinsswap	2.411.414	854.000	12.000.000
	4. Zinsausgaben für Schuldenaufnahmen 1997-2010	74.625.236	79.914.852	53.894.709
	5. Zinsausgaben für Schuldenaufnahmen 2011	0	1.608.527	6.177.038
	6. Zinsausgaben für Schuldenaufnahmen 2012	0	0	1.500.000
595	Tilgungsausgaben für Schuldenaufnahmen	106.682.202	551.467.091	313.306.299
	davon:			
	1. Tilgungsausgaben für Zinsswap	0	150.000.000	0
	2. Tilgungsausgaben für Termingeld - außerhalb Zinsswap	25.000.000	56.188.200	0
	3. Tilgungsausgaben für Schuldenaufnahmen 1997-2010	81.682.202	79.778.891	24.617.276
	4. Tilgungsausgaben für endfällige Darlehen aus Schuldenaufnahmen 2000***	0	265.000.000	0
	5. Tilgungsausgaben für endfällige Darlehen aus Schuldenaufnahmen 2001***	0	0	140.000.000
	6. Tilgungsausgaben für endfällige Darlehen aus Schuldenaufnahmen 2002***	0	0	146.119.492
	7. Tilgungsausgaben für Schuldenaufnahmen 2011	0	500.000	1.882.962
	8. Tilgungsausgaben für Schuldenaufnahmen 2012	0	0	686.569
651	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0	0	0
663	Schuldendiensthilfen (Ausfinanzierung der Wohnungsbauprogramme bis einschl. 1996)	59.846.429	0	0
671	Erstattungen an Inland (Umsatzsteuer)	161.770	200.000	200.000
685	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	0	0
863	Darlehen	6.538.780	9.152.280	3.228.000
	davon:			
	1. Wohnungsbaudarlehen (Ausfinanzierung der Haushaltsdarlehen bis 1996)	3.715.946	3.048.000	1.362.000
	2. Auszahlung aus Plafondsdarlehen (Wohnungsbauprogramme 1993-1996)	0	257.700	46.000
	3. Wohnungsbaudarlehen LWV 1997-2006	2.822.834	5.846.580	1.820.000
893	Investive Zuschüsse	8.885.926	5.309.000	1.471.000
	davon:			
	1. Wohnungsbauzuschüsse (Ausfinanzierung der Programme bis 1996)	7.880.819	4.200.000	800.000
	2. Wohnungsbauzuschüsse LWV (Ausfinanzierung der Programmjahre 1997-2006)	1.005.106	1.109.000	671.000
912	Zuführungen an Rücklagen	0	0	0
Zusammen		267.852.091	668.916.000	413.061.600

*** Beginnend ab dem Jahr 2009 greift der im Jahr 2006 vereinbarte Zinsswap als zinssichernde Maßnahme. Damit ist für endfällige Darlehen aus den Jahren 2001 und 2002 ein Zinssatz in Höhe von 4,232 % p.a. für ein Volumen von 250 Mio. EUR vereinbart. Die Tilgung der endfälligen Darlehen (Umschuldung) ist in der Ausgabengruppe 595 dargestellt.

893 12 411 **Zuweisungen an das Landeswohnungsbauvermögen zur Ausfinanzierung der Verpflichtungen des Landes** **3.338.000** **2.373.000** **1.731.600**

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 331 20 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben zur Ausfinanzierung der im Rahmen der Kompensationszahlungen nach Art. 143c GG übernommenen Altverpflichtungen des Landes für die Soziale Wohnraumförderung für die Programmjahre bis einschließlich 2006. Die Mittel werden dem Landeswohnungsbauvermögen zugeführt. Siehe Erläuterung bei Titel 331 20.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 893 12

Weniger wegen vollständiger Ausfinanzierung von Altverpflichtungen des Bundes im Jahr 2011.

893 13 411 Zuweisungen zur Wohnraumförderung 30.638.027 27.904.000 28.545.400

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 331 10 aufkommenden Einnahmen geleistet werden. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 182 10 geleistet werden.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	31.000.000
davon fällig:	
2013 bis zu	16.000.000
2014 bis zu	15.000.000
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	11.000.000	16.000.000		27.000.000
2013		15.000.000	16.000.000	31.000.000
2014			15.000.000	15.000.000
2015				
2016 ff.				
Summen	11.000.000	31.000.000	31.000.000	73.000.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben zur Wohnraumförderung beginnend ab 2007. Es handelt sich um Kompensationsleistungen des Bundes nach Art. 143c GG. Vorgesehen ist der Einsatz für die Förderung von Wohneigentum und Mietwohnungen im Wege der Projektförderung.

Gefördert wird selbst genutztes Wohneigentum in Innenstädten mit Zuschüssen und Darlehen, die generationsgerechte Anpassung von Mietwohngebäuden durch Modernisierung und Instandsetzung mit Darlehen sowie die Nachrüstung barrierefreier Zugänge mit Zuschüssen. Des Weiteren werden Maßnahmen zur behindertengerechten Wohnraumanpassung und der Erwerb von Geschäftsanteilen an Wohnungsgenossenschaften mit Zuschüssen gefördert. Die Förderung ist in den jeweiligen Richtlinien geregelt.

893 20 423 Zuweisung an das Landeswohnungsbauvermögen zur Wohneigentumsbildung in innerstädtischen Altbauquartieren 1.672.727 645.000 25.000

Siehe Vermerk bei Titel 331 40.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 893 20

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	90.000			90.000
2013				
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen	90.000			90.000

Erläuterungen:

Ausfinanzierung eingegangener Verpflichtungen.

Das Programm wurde 2006 vollständig bewilligt. Für die Ausfinanzierung der Bewilligungen bis 2003 werden Mittel aus dem Landeshaushalt zur Komplementierung bereitgestellt. Siehe Erläuterungen bei Titel 331 40 und 893 11.

Die zweckgebundenen Einnahmen vom Bund wurden dem Landeswohnungsbauvermögen in voller Höhe im Jahr 2010 zugeführt.

Summe HGr. 8: **30.922.000** **30.302.000**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.504.500	1.853.900
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	25.000.000	25.910.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	30.832.000	30.277.000
Gesamteinnahme		57.336.500	58.040.900

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	145.300	145.300
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	52.300.000	52.820.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	30.922.000	30.302.000
Gesamtausgabe		83.367.300	83.267.300
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-26.030.800	-25.226.400

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(119 10)	512	Sonstige Einnahmen		0
(125 12)	531	Verrechnungstitel Holzeinnahmen		0

Summe HGr. 1: 0 0

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

281 40	531	Abführung des Landesbetriebes Forst an den Landeshaushalt		0
neu				

286 10	531	Erstattungen der EU für Leistungen im Landes- und Gesamtwald	250.651	0 0
---------------	-----	---	----------------	-----------------

Siehe Haushaltsvermerk bei Titel 682 15 und 891 10.

Summe HGr. 2: 0 0

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

352 10	851	Entnahme aus der Risikorücklage Wirtschaftsbetrieb	370.456	0 0
---------------	-----	---	----------------	-----------------

Siehe Titel 912 10.

352 11	851	Entnahme aus der Rücklage für Drittmittelprojekte	353.622	0 0
---------------	-----	--	----------------	-----------------

Siehe Titel 912 11.

356 10	851	Entnahme aus der Rücklage zur Unterhaltung der Forstliegenschaften	5.228.656	0 0
---------------	-----	---	------------------	-----------------

Siehe Titel 916 10.

359 20	011	Entnahme aus Investitionsrücklage		0
neu				

Summe HGr. 3: 0 0

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 080 **Forstwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 71 Oberste Forst- und Jagdbehörde

119 71 512 **Sonstige Einnahmen** **0**
 neu

Einnahmen fließen den Ausgaben bei Titelgruppe 71 zu.

Nachrichtlich: Summe TGr. 71 **0**

TGr. 72 Walderhaltungsabgabe

099 72 531 **Walderhaltungsabgabe** **529.044** **0** **0**

Einnahmen dürfen nur zu Leistungen von Ausgaben bei Titelgruppe 72 verwendet werden.

Erläuterungen:

Walderhaltungsabgabe gemäß § 8 Abs. 4 Landeswaldgesetz.

Nachrichtlich: Summe TGr. 72 **0** **0**

Nachrichtlich: Summe Einnahmen der Titelgruppen **0** **0**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

518 25	512	Mietzahlungen an den BLB	1.249.271	1.545.100	1.743.700
---------------	-----	---------------------------------	------------------	------------------	------------------

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume
Anschrift des Objektes (Nutzer)

			2012 EUR
1.	LFB, LFE, Alfred-Möller-Straße 1, 16225 Eberswalde		552.000
2.	LFB, LFE, Seeburger Chaussee 2, 14476 Potsdam OT Groß Glienicke		196.000
3.	LFB, Ast. Alt Ruppin, Friedrich-Engels-Straße 33a, 16827 Neuruppin OT Alt Ruppin		82.400
4.	LFB, SE Templin, Vietmannsdorfer Straße 39, 17268 Templin		77.500
5.	LFB, SE Eberswalde, Tramper Chaussee, 16255 Eberswalde		105.200
6.	LFB, SE Belzig, Forstweg 8, 14806 Belzig		88.300
7.	LFB, Ast. Müllrose, Bahnhofstraße 57, 15299 Müllrose		54.900
8.	LFB, SE Lübben, Bergstraße 25, 15907 Lübben (Spreewald)		95.400
9.	LFB, Ast. Peitz, August-Bebel-Straße 27, 03185 Peitz		96.400
10.	LFB, Ast. Wünsdorf, Steinplatz, 15838 Waldstadt		101.900
11.	LFB, Betriebszentrale, Zeppelinstraße 136, 14471 Potsdam		146.600
12.	LFB, Betriebszentrale, Zeppelinstraße 48 a, 14471 Potsdam		74.600
13.	LFB, Obf. Eberswalde, Schwappachweg 2, 16225 Eberswalde		51.200
14.	LFB, GPR, Templiner Str. 21, 14473 Potsdam		21.300
Summe			1.743.700

Mehr wegen Veranschlagung von Mietzahlungen an den BLB auf der Grundlage der abgeschlossenen Einzelnutzungsvereinbarungen (ENV).

Im Zuge der Umsetzung der Betriebsanweisung des Landesbetrieb Forst Brandenburg (LFB) wird es 2011/2012 zu Veränderungen in der Mietobjektstruktur kommen.

546 15	512	Entgelte für IT-Dienstleistungen und Statistikleistungen aufgrund von Servicevereinbarungen	0	1.705.000
---------------	-----	--	----------	------------------

Erläuterungen:

Neuveranschlagung wegen Einbeziehung des LFB in die Servicevereinbarungen.

			2012 EUR
1.	IT-Grundausstattung dauerhafter Arbeitsplätze		885.000
2.	weitere Servicevereinbarungen		820.000
3.	zusätzliche Leistungen für Arbeitsplätze gemäß Ziffer 1 und 2		0
4.	IT-Grundausstattung zusätzlicher zeitweiliger Arbeitsplätze		0
Summe			1.705.000

aus Titelgruppen:	77.900	70.100
--------------------------	---------------	---------------

Summe HGr. 5:	1.623.000	3.518.800
----------------------	------------------	------------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

Die Erläuterungen in Punkt 1 bis 7 sind verbindlich.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Mit der Einnahme der Zielstruktur für 1516 Mitarbeiter zur Umsetzung der Kabinettsbeschlüsse 400/06 und 537/07 ist ab 2012 für den Landesbetrieb Forst Brandenburg (LFB) kein Zuschuss mehr zur Bewirtschaftung des Landeswaldes (Titel 682 10) veranschlagt. Die Zuweisungen für die gemeinwohlorientierten und hoheitlichen Aufgaben (Titel 682 15) sind ab 2011 mit 48,13 Mio. € auf die Beschlusslage für 2015, incl. Tarifierhöhungen, reduziert. Die lt. Kabinettsentscheidung noch bis 2015 vorgesehenen Zuschüsse für die Landeswaldbewirtschaftung und höheren Zuweisungen für Gemeinwohl- und hoheitliche Leistungen werden zur Finanzierung der Mitarbeiter in passiver Altersteilzeit und im verbleibenden Umfang zur teilweisen Finanzierung von Mitarbeitern in Projekten eingesetzt.

Der LFB hat 2011 eine doppelte Buchführung eingeführt und eine Eröffnungsbilanz erstellt. Die Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2012 erfolgt im Anhalt an die Bilanzierungsrichtlinie (§ 26 LHO). Das Ist 2010 und der Ansatz 2011 wurde im Erfolgs- und Finanzplan entsprechend angepasst.

Mit den folgenden Erläuterungen werden die Bestimmungen aus Errichtungserlass und Betriebsanweisung für den LFB im Haushaltsplan aufgenommen (LFB, Titel 682 10 bis 682 57 - siehe Wirtschaftsplan in der Anlage zum Kapitel 11 080).

Zuweisungen und Zuschüsse an den Wirtschaftsplan des LFB

1. Der LFB erhält eine Globalzuweisung für den Bereich "Gemeinwohl und Hoheit" (Titel 682 15) sowie Zuweisungen zur Finanzierung der Mitarbeiter in der passiven ATZ (Titel 682 52) und zur teilweisen Finanzierung der Mitarbeiter in Projekten (Titel 682 56). Für die Bewirtschaftung des Landeswaldes (Titel 682 10) werden keine Zuschüsse gewährt. Die Forstliegenschaften (Titel 682 55) sind aus eigenen Einnahmen zu finanzieren.
2. Die Titel der HGr. 6 sind mit Ausnahme Titel 682 55, Liegenschaften, gegenseitig deckungsfähig. Titel 682 55 kann aus den Titeln 682 10 und 682 15 einseitig verstärkt werden. Titel 891 10 kann aus den Titeln 682 10, 682 15 und 682 55 verstärkt werden. Die im Wirtschaftsplan enthaltenen Mittel sind auf das folgende Jahr übertragbar.
3. Gemäß § 8 Abs. 3 der Betriebsanweisung für den LFB kann unter den dort genannten Voraussetzungen im Erfolgsplan eine Risikorücklage für die Landeswaldbewirtschaftung gebildet werden. Diese kann bis zu 20 v.H. der durchschnittlichen Jahreseinnahmen aus Holzverkäufen der letzten 5 Jahre betragen.
4. Einnahmen im Liegenschaftsbereich, Titel 682 55, die im Laufe des Haushaltsjahres noch nicht für Flächenarrondierungen oder für die Bauunterhaltung verwendet wurden, bzw. nach rechtlicher Bindung noch nicht abgeflossen sind, werden im Erfolgsplan einer Rücklage Forstgrundstock zugeführt. Soweit die Rücklage aus Flächenverkäufen resultiert, sind die Mittel für Arrondierungsankäufe einzusetzen, ansonsten für die Sanierung des Gebäudebestandes. Der im Titel 682 15 auf drittfinanzierte Projekte entfallende Anteil wird zu 100% einer Rückstellung sowie Überschüsse im Titel 682 55, Liegenschaften zu 100 % der Rücklage zugeführt.
5. Aufkommende Einnahmen bei Titel 682 55 können zur Deckung von Aufwendungen für Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten bei Forstgebäuden verwendet werden. Verkäufe von Landeswaldflächen sind ausschließlich zur Arrondierung und für Investitionen im Sinne des Investitionsvorranggesetzes zulässig. Die daraus resultierenden Einnahmen sind für Arrondierungsankäufe zur Erhaltung und Verbesserung der Struktur des Landeswaldes einzusetzen.
6. Der im Vergleich zur Personalzielzahl des LFB bestehende Personal- und Sachmittelmehrbedarf für Projekte (siehe Titel 682 56 und Erläuterungen) soll über zusätzliche Einnahmen finanziert werden. Soweit die Finanzierung des Personalmittelmehrbedarfes nicht durch Mehreinnahmen, Personalbeistandsleistungen oder anderen Projektfinanzierungen abgesichert werden kann, ist die Finanzierung über Einzelplan 11, ggf. durch Personalverstärkungsmittel über das MdF (siehe im Finanzplan unter Deckungsmittel), zu gewährleisten.
7. Der Stellenplan (vgl. Anlage zum Kapitel 11 080) ist verbindlich.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Übersicht über den Wirtschaftsplan des Landesbetrieb Forst Brandenburg

Ausgaben:	Ist 2010 EUR	Soll 2011 EUR	Soll 2012 EUR
1. Personalausgaben *	91.397.433	96.984.500	96.670.300
2. Sachausgaben	47.512.688	50.554.000	40.502.000
3. Ausgaben für Investitionen	2.010.812	2.400.000	2.070.000
4. planmäßige eigene Einnahmen	-64.682.400	-65.975.000	-63.527.000
5. Zusätzliche Einnahmeziele	-6.229.694	-16.775.700	-13.891.400
Zusammen:	70.008.839	67.187.800	61.823.900
Abzüglich Einnahmen:	0	0	0
Mithin Zuwendungsbedarf:	70.008.839	67.187.800	61.823.900
Der Zuwendungsbedarf soll gedeckt werden durch:	Ist 2010 EUR	Soll 2011 EUR	Soll 2012 EUR
2. Zuweisungen des Landes	67.095.654	64.787.800	59.753.900
3. Investitionszuweisungen des Landes	2.010.812	2.400.000	2.070.000
Zusammen:	69.106.466	67.187.800	61.823.900

* Der Personalkostenansatz im Soll 2012 beinhaltet die Tarifbasis 2011.

682 10 531 **Zuschüsse für die Bewirtschaftung des Landeswaldes** **11.692.887** **13.788.100** **0**

Erläuterungen:

Auf den bewirtschaftbaren Landeswaldflächen von 245.000 ha Holzbodenfläche ist ein Holzabsatz von 1.000.000 fm mit einem Durchschnittspreis von 44 €/fm vorgesehen. Aus der Eigenjagd sollen 2,5 Mio. € und aus forstlichen Nebenprodukten 2,8 Mio. € Einnahmen realisiert werden. Auftragsleistungen an forstliche Lohnunternehmer sind mit 18 Mio. € geplant.

682 15 531 **Zuweisungen zur Wahrnehmung von Gemeinwohl- und hoheitlichen Leistungen** **55.461.899** **52.465.200** **51.670.300**

Mehrausgaben dürfen in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 286 10 geleistet werden, soweit sie nicht bereits bei Titel 891 10 geleistet wurden.

Erläuterungen:

Die Zuweisungen sollen für folgende Aufgaben/Leistungen eingesetzt werden:

Produktgruppe	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
1. Waldumbau im Landeswald	4.800.000	7.300.000	7.100.000
2. Natur- und Landschaftsschutz	500.000	600.000	500.000
3. Biotop- und Artenschutz	2.400.000	2.000.000	2.000.000
4. Erholung im Wald	900.000	1.500.000	1.500.000
5. Waldpädagogik	3.500.000	4.100.000	4.100.000
6. Hoheitliche und behördliche Aufgaben	33.661.899	24.565.200	27.270.300
8. Leistungen für anderen Waldbesitz	4.400.000	5.100.000	4.000.000
7. Waldarbeiterausbildung, Fortbildung Mitarbeiter	5.300.000	7.300.000	5.200.000
Summe	55.461.899	52.465.200	51.670.300

682 52 531 **Entgelte der Beamten und Arbeitnehmer in der Altersteilzeit (passive Phase)** **4.515.933** **3.314.400** **6.680.000**

Erläuterungen:

Nach dem Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeit (TV ATZ) i.V.m. der jeweils geltenden Umsetzungsvereinbarung befinden sich ab dem 01.01.2012 220 Mitarbeiter des LFB in der passiven Phase der Altersteilzeit.

	Beamte	Beschäftigte	Waldarbeiter
1. Altersteilzeit passiv 2012	25	74	121
Summe	25	74	121

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 080 **Forstwirtschaft**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

682 53 531 Ausgaben für Mitarbeiter in Umschulung **1.106.791** **1.690.000** **0**

Erläuterungen:

Personalbezogene Ausgaben für Mitarbeiter, die sich mit der Absicht eines Wechsels in andere Bereiche der Landesverwaltung umschulen lassen oder für die nach der Umschulung in den aufnehmenden Verwaltungen noch keine Stellen und Finanzierungsmittel zur Verfügung stehen, sind, soweit keine anteilige Finanzierung Dritter erfolgt, aus zusätzlichen Einnahmen zu finanzieren (siehe Erläuterung Nr. 6 zu HGr. 6).

Eine anteilige Finanzierung aus Kapitel 20 020, TGr. 60 oder aus den aufnehmenden Dienststellen reduziert den Fehlbetrag.

682 55 531 Forstliegenschaften **-2.094.162** **0** **0**

Erläuterungen:

Die Aufwendungen der Liegenschaftsverwaltung und Bewirtschaftung sind durch die liegenschaftsbezogenen Einnahmen zu finanzieren. Soweit Mehrbedarf besteht, ist dieser aus der Rücklage Forstgrundstock zu finanzieren. Mehreinnahmen fließen der Rücklage Forstgrundstock zu.

682 56 531 Ausgaben für Personal in Projekten **2.642.000** **10.305.800** **1.403.600**

Erläuterungen:

Mitarbeiter, die nach der vorgesehenen Umorganisation nicht zur Wahrnehmung der Aufgaben Landeswaldbewirtschaftung, Gemeinwohl / Hoheit oder Forstliegenschaften eingesetzt sind, werden in Projekten innerhalb des LFB oder in der Landesverwaltung eingesetzt. Die erforderlichen Personal- und Sachausgaben in Höhe von 20.095.000 sollen mit dem veranschlagten Zuschuss und weiterer Einnahmenschließung finanziert werden.

siehe Vermerk und Erläuterung Nr. 6 zu HGr 6.

		Anzahl	Personalausgaben	Sachausgaben
1.	Beamte/Tarifbeschäftigte	140	5.600.000	0
2.	Waldarbeiter	372	13.100.000	1.400.000
Summe		512	18.700.000	1.400.000

682 57 531 Einnahmezielstellung zur Deckung der Personalausgaben der Beamten und Arbeitnehmer in der Altersteilzeitarbeit, Umschulung und Projekten **-6.229.694** **-16.775.700** **0**

Erläuterungen:

Weniger wegen veränderter Veranschlagung.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(682 51) 531 Entgelte der Beamten und Arbeitnehmer in der Altersteilzeit (aktive Phase) **0**

aus Titelgruppen: **135.900** **135.900**

Summe HGr. 6: **64.923.700** **59.889.800**

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Die Erläuterungen sind verbindlich.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 080 Forstwirtschaft

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Siehe Wirtschaftsplan in der Anlage zum Kapitel 11 080.

Zuschüsse für Investitionen des LFB

Einsparungen oder Mehrerträge gegenüber den im Haushaltsplan unter HGr. 6 ausgewiesenen Ansätze dürfen zur Verstärkung der Investitionsaufwendungen herangezogen werden.

891 10	531	Zuschüsse für Investitionen des Landesbetrieb Forst Brandenburg	2.010.812	2.400.000	2.070.000
---------------	------------	--	------------------	------------------	------------------

Mehrausgaben dürfen in Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 286 10 geleistet werden, soweit sie nicht bereits im Titel 682 15 geleistet wurden.

Erläuterungen:

Die Mittel dienen zur Ersatzbeschaffung von Kraftfahrzeugen, für Investitionen im IT-Bereich sowie der Beschaffung von Technik im Wirtschaftsbereich des LFB.

Für die Verwaltung und Transporte im Wirtschaftsbereich werden 40 Fahrzeuge als Ersatzinvestition beschafft. Für den Wirtschaftsbereich werden 2 Wegegrader zur Sicherstellung des Wegebaus und des Holztransportes sowie 2 Hebebühnen zur Gewährleistung der Verkehrssicherung beschafft.

Summe HGr. 8:			2.400.000	2.070.000
----------------------	--	--	------------------	------------------

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

912 10	851	Zuführung zu der Risikorücklage Wirtschaftsbetrieb	3.108.234	0	0
---------------	------------	---	------------------	----------	----------

Siehe Titel 352 10.

912 11	851	Zuführung zu der Rücklage für Drittmittelprojekte	393.750	0	0
---------------	------------	--	----------------	----------	----------

Siehe Titel 352 11.

916 10	851	Zuführung zu der Rücklage zur Unterhaltung der Forstliegenschaften	6.716.127	0	0
---------------	------------	---	------------------	----------	----------

Siehe Titel 356 10.

919 20 neu	851	Zuführung zur Investitionsrücklage	389.188		0
----------------------	------------	---	----------------	--	----------

Summe HGr. 9:			0	0
----------------------	--	--	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 71 Oberste Forst- und Jagdbehörde

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

526 71	512	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	18.858	32.000	28.800
---------------	-----	---	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

	2012
	EUR
1. Kooperationsvereinbarung Phönix	10.000
2. Sonstiges	18.800
Summe	28.800

Weniger aufgrund der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

546 71	512	Sonstiges	29.806	45.900	41.300
---------------	-----	------------------	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

	2012
	EUR
1. Wildursprungsscheine	9.000
2. Wildmarken	19.000
3. Vermischte Ausgaben	13.300
Summe	41.300

Weniger aufgrund der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

683 71	512	Zuschuss bei Waldbränden	7.497	52.800	52.800
---------------	-----	---------------------------------	--------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Bei Waldbrandschäden in Körperschafts- und Privatwald erhält der Waldbesitzer auf Antrag nach Maßgabe des Haushaltes 80 vom Hundert der entsprechenden Wiederaufforstungskosten als Zuschuss durch das Land, soweit vom Schädiger kein Ersatz zu erlangen ist.

686 71	512	Beiträge an Vereine und Organisationen	79.024	83.100	83.100
---------------	-----	---	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Beiträge und Kostenbeteiligungen des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft an forstwirtschaftlichen Vereinen und Organisationen:

	2012
	EUR
1. Deutscher Forstwirtschaftsrat e.V.	5.000
2. Kuratorium für Waldarbeit und Forsttechnik e.V.	66.900
3. Tarifgemeinschaft Deutscher Länder - Projektgruppe Tarifpflege	4.800
4. Landesbeirat Holz	6.400
Summe	83.100

Die Veranschlagung erfolgt in Höhe der Beitragssätze.

Nachrichtlich: Summe TGr. 71	213.800	206.000
-------------------------------------	----------------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

TGr. 72 Walderhaltungsabgabe

*Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 099 72 geleistet werden.*

Erläuterungen:

Verwendungsmöglichkeiten der Walderhaltungsabgabe sind: Maßnahmen für Waldstabilisierung, Steigerung der ökologischen Leistungsfähigkeit des Waldes, Erstaufforstung, Anlage von Waldrändern und Rekultivierung zum Zwecke der Erstaufforstung

633 72	531	Zuschüsse zur Erhöhung der Stabilität und ökologischen Leistungsfähigkeit des Waldes an Gemeinden und Gemeindeverbände		0	0
682 72	531	Zuschüsse zur Erhöhung der Stabilität und ökologischen Leistungsfähigkeit des Waldes an den Landesbetrieb Forst Brandenburg		0	0
686 72	531	Zuschüsse zur Erhöhung der Stabilität und ökologischen Leistungsfähigkeit des Waldes an Privatwaldbesitzer		0	0
821 72	531	Zuschüsse für den Grunderwerb mit dem Ziel der Erstaufforstung an den Landesbetrieb Forst Brandenburg		0	0
883 72	531	Zuschüsse zur Erstaufforstung und Rekultivierung von Landschaftsschäden an Gemeinden und Gemeindeverbände		0	0
891 72	531	Zuschüsse zur Erstaufforstung und Rekultivierung von Landschaftsschäden an den Landesbetrieb Forst Brandenburg		0	0
893 72	531	Zuschüsse zur Erstaufforstung und Rekultivierung von Landschaftsschäden an Privatwaldbesitzer		0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 72				0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen				213.800	206.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	0	0
HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0
Gesamteinnahme		0	0

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.623.000	3.518.800
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	64.923.700	59.889.800
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.400.000	2.070.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0
Gesamtausgabe		68.946.700	65.478.600
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-68.946.700	-65.478.600

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Forst Brandenburg

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2010 - EUR -	Ansatz 2011 - EUR -	Ansatz 2012 - EUR -
1	2	3	4	5	6
Erfolgsplan					
Erträge					
<u>1. Umsatzerlöse</u>					
1		Erlöse aus der Bewirtschaftung des Landeswaldes (PB 1)	52.023.602	54.130.000	49.300.000
2		Erlöse aus Gemeinwohl- und Hoheitsaufgaben (PB 2 - 5)	7.192.900	8.445.000	6.022.000
3		Erlöse aus Verwaltung und Veräußerung von Liegenschaften (PB 6)	6.819.900	3.400.000	3.405.000
4		Erlöse aus Projekten und Umschulung	3.748.791	2.600.000	4.800.000
5		Zuschuss für die Bewirtschaftung des Landeswaldes (PB 1)	11.692.887	13.788.100	0
6		Zuweisung des Landes für Gemeinwohl- und Hoheitsaufgaben (PB 2 - 5)	55.461.899	52.465.200	51.670.300
7		Zuweisung des Landes für Mitarbeiter in passiver ATZ	0	0	6.680.000
8		Finanzierungsmittel des Landes für Projekte/Personalverstärkungsmittel	2.035.030	0	1.403.600
9		Erstattungen der EU	250.651	0	0
		Summe zu 1. Umsatzerlöse	139.225.660	134.828.300	123.280.900
<u>2. Bestandsänderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen</u>					
1		Bestandsänderungen	0	0	0
		Summe zu 2. Bestandsänderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0
<u>3. Entnahme aus Rücklagen</u>					
1		Entnahme aus der Konjunkturrücklage (PB 1)	0	3.108.200	0
2		Entnahme aus den Rücklagen für zweckgebundene Drittmittel	724.078	393.800	0
3		Entnahme aus der Rücklage Forstgrundstock (PB 6)	5.228.656	2.000.000	0
		Summe zu 3. Entnahme aus Rücklagen	5.952.734	5.502.000	0
<u>4. Sonstige Erträge</u>					
1		sonstige Erträge	2.481.104	0	0
		Summe zu 4. Sonstige Erträge	2.481.104	0	0
		Gesamtsumme Erträge	147.659.498	140.330.300	123.280.900

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Forst Brandenburg

Ktn.	Konto	Zweckbestimmung	Ist	Ansatz	Ansatz
Grp			2010	2011	2012
1	2	3	- EUR -	- EUR -	- EUR -
			4	5	6
Aufwendungen					
<u>5. Aufwendungen für Material und Unternehmerleistungen</u>					
1		Aufwendungen für Material zur Bewirtschaftung des Landeswaldes (PB 1)	6.057.500	6.203.000	6.000.000
2		Aufwendungen für Material für Gemeinwohl- und Hoheitsaufgaben (PB 2 - 5)	5.271.100	6.000.000	4.800.000
3		Aufwendungen für Material im Liegenschaftsbereich (PB 6)	233.837	200.000	750.000
4		Aufwendungen für Material für Projekte	0	0	1.400.000
5		Aufwendungen für Unternehmerleistungen zur Bewirtschaftung des Landeswaldes (PB 1)	17.681.491	19.376.300	18.000.000
6		Aufwendungen für Unternehmerleistungen für Gemeinwohl- und Hoheitsaufgaben (PB 2-5)	8.498.087	8.050.000	4.102.000
7		Aufwendungen für Unternehmerleistungen im Liegenschaftsbereich (PB 6)	3.660.396	4.200.000	1.750.000
		Summe zu 5. Aufwendungen für Material und Unternehmerleistungen	41.402.411	44.029.300	36.802.000
<u>6. Personalaufwand</u>					
1		Personalaufwand für Bewirtschaftung des Landeswaldes (PB 1)	36.196.310	33.915.100	21.600.000
2		Personalaufwand für Gemeinwohl- und Hoheitsleistungen (PB 2-5)	45.581.499	46.854.200	48.790.300
3		Personalaufwand im Liegenschaftsbereich (PB 6)	1.354.900	905.000	905.000
4		Personalaufwand für passive ATZ	4.515.933	5.015.000	6.680.000
5		Personalaufwand für Projekte und Umschulung	3.748.791	8.710.700	18.695.000
		Summe zu 6. Personalaufwand	91.397.433	95.400.000	96.670.300
<u>7. Abschreibungen</u>					
1		Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens	0	646.800	490.800
2		Abschreibungen auf Gebäude und Gebäudeeinrichtungen	0	2.000.000	2.000.000
3		Abschreibungen auf technische Anlagen und Maschinen	0	4.600.000	3.800.000
4		Abschreibungen Wege und Brücken	0	2.856.200	2.856.200
5		Sonstige Abschreibungen	0	0	0
		Summe zu 7. Abschreibungen	0	10.103.000	9.147.000
<u>8. Aufwand für Steuern und sonstige Abgaben</u>					
1		Steuern für Bewirtschaftung des Landeswaldes (PB 1)	3.781.188	4.000.000	3.605.000
2		Steuern für Gemeinwohl- und Hoheitsaufgaben (PB 2-5)	0	6.000	5.000
3		Steuern für Liegenschaftsbereich (PB 6)	83.296	95.000	90.000
		Summe zu 8. Aufwand für Steuern und sonstige Abgaben	3.864.484	4.101.000	3.700.000
<u>9. Zuführungen zu den Rücklagen</u>					
1		Zuführungen zur Konjunkturücklage (PB 1)	3.108.234	0	0
2		Zuführungen zur Rücklage für zweckgebundene Drittmittel	393.750	0	0
3		Zuführungen zur Rücklage Forstgrundstock (PB 6)	6.716.127	0	0
		Summe zu 9. Zuführungen zu den Rücklagen	10.218.111	0	0

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Forst Brandenburg

Ktn.	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2010 - EUR -	Ansatz 2011 - EUR -	Ansatz 2012 - EUR -
Grp					
1	2	3	4	5	6
		<u>10. Sonstige Aufwendungen</u>			
1		sonstige Aufwendungen	0	0	0
		Summe zu 10. Sonstige Aufwendungen	0	0	0
		Gesamtsumme Aufwendungen	146.882.439	153.633.300	146.319.300
		Abschluss			
		Erträge	147.659.498	140.330.300	123.280.900
		Aufwendungen	146.882.439	153.633.300	146.319.300
		Ablieferungen	777.059		
		Zuführungen		13.303.000	23.038.400
		Seit 01.01.2011 bucht der LFB doppisch.			
		Eine bestätigte Eröffnungsbilanz lag bei Aufstellung des Wirtschaftsplans noch nicht vor. Abschreibungen wurden gutachterlich geschätzt.			
		Für die Jahre 2010 und 2011 wurden die kameralen Ergebnisse/Ansätze auf die kaufmännische Struktur angepasst.			
		Finanzplan			
		Deckungsmittel			
1		Abschreibungen	0	0	0
2		Jahresüberschuss laufendes Geschäftsjahr	0	0	0
3		Investitionszuschuss des Landes	2.400.000	2.400.000	2.070.000
4		Zuführungen aus der Investitionsrücklage	0	389.200	0
5		Zuführungen aus den Rückstellungen	0	8.500.000	9.200.000
6		Fehlbetragsfinanzierung aus dem Landeshaushalt	0	10.103.000	17.638.400
		Zusammen	2.400.000	21.392.200	28.908.400
		Finanzbedarf			
1		Investitionen	2.010.812	2.789.200	2.070.000
2		Jahresfehlbetrag	0	13.303.000	23.038.400
3		Zuführung zur Investitionsrücklage	389.188	0	0
4		Zuführung zu den Rückstellungen	0	5.300.000	3.800.000
		Zusammen	2.400.000	21.392.200	28.908.400

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Forst Brandenburg

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2010 - EUR -	Ansatz 2011 - EUR -	Ansatz 2012 - EUR -
1	2	3	4	5	6
<p>zu den Deckungsmitteln:</p> <p>1. Zuführung sowie Entnahme aus den Rückstellungen für Altersteilzeit sind geschätzt, da eine bestätigte Eröffnungsbilanz bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes noch nicht vorlag. 2011 wird durch höhere Entnahmen als Zuführungen zu den Rückstellungen Altersteilzeit eine Entlastung des Lohnkontos von 3,2 Mio €, 2012 von 5,4 Mio €, buchmäßig bewirkt. Da echte finanzielle Rückstellungen nicht gebildet wurden, wären die Beträge aus dem Landeshaushalt zuzuführen.</p> <p>2. Die Fehlbetragsfinanzierung umfasst die kalkulatorischen Abschreibungen zuzüglich des nach Verrechnung des positiven Effektes aus der Auflösung der Rückstellungen verbliebenen Fehlbetrages.</p>					
<p>Stellenplan/-übersicht</p>					
			Stellenanzahl		
			Soll 2011	Soll 2012	
Planmäßige Beamte					
B4	hD	Direktor des Landesbetrieb Forst Brandenburg		1,00	1,00
B2	hD	Abteilungsleiter		1,00	1,00
A16	hD	Leitender Forstdirektor		7,00	7,00
A15	hD	Forstdirektor		33,00	10,00
A14	hD	Oberforstrat		79,00	76,00
A13	hD	Forstrat		20,00	20,00
A12	gD	Forstamtsrat		100,00	29,00
A11	gD	Forstamtmann		194,00	194,00
A10	gD	Forstoberinspektor		137,00	207,00
A9	gD	Forstinspektor		13,00	13,00
A9	mD	Regierungsamtsinspektor		1,00	1,00
Zusammen:				586,00	559,00
Arbeitnehmer					
E 15				0,00	6,00
E 14				24,00	31,00
E 11				20,00	14,00
E 10				174,00	159,00
E 9				72,00	72,00
E 8				186,00	170,00
E 7				14,00	23,00
E 6				98,00	119,00
E 5				891,00	848,00
E 4				24,00	22,00
E 3				8,00	7,00
Zusammen:				1.511,00	1.471,00
Stellen Auszubildende:					
AZUBI				160,00	112,00
Zusammen:				160,00	112,00

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Forst Brandenburg

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2010 - EUR -	Ansatz 2011 - EUR -	Ansatz 2012 - EUR -
1	2	3	4	5	6

Begründung der Änderungen im Stellenplan-/in der Stellenübersicht

Stellenhebungen/-senkungen

Planstellen

A 15: Abgang 23 Planstellen

Umwandlung von 6 Planstellen in 6 Stellen E 15 (zielstrukturkonform)
 Umwandlung von 7 Planstellen in 7 Stellen E 14 (zielstrukturkonform)
 Einsparung von 10 Planstellen durch Altersabgänge und Personalvermittlung im hD

A 14: Abgang 3 Planstellen

Einsparung von 3 Planstellen durch Altersabgänge im hD

A 12: Abgang 71 Planstellen

Umwandlung von 70 Planstellen in A 10 (zielstrukturkonform)
 Einsparung von 1 Planstelle durch Altersabgang im gD

A 10: Zugang 70 Planstellen

Umwandlung von 70 Planstellen aus A 12 (zielstrukturkonform)

Stellen für Arbeitnehmer

E 15: Zugang 6 Stellen

Umwandlung von 6 Planstellen aus A 15 (zielstrukturkonform)

E 14: Zugang 7 Stellen

Umwandlung von 7 Planstellen aus A 15 (zielstrukturkonform)

E 11: Abgang 6 Stellen

Einsparung von 6 Stellen durch Altersabgang und Personalvermittlung im gD

E 10: Abgang 15 Stellen

Einsparung von 15 Stellen durch Altersabgang und Personalvermittlung im gD

E 8: Abgang 16 Stellen

Einsparung von 16 Stellen durch Altersabgang und Personalvermittlung

E 4: Abgang 2 Stellen

Einsparung von 2 Stellen durch Altersabgang

E 3: Abgang 1 Stelle

Einsparung von 1 Stelle durch Altersabgang

Stellen für Tarifbeschäftigte TV-Forst (Waldarbeiter)

E 7: Zugang 9 Stellen

Umwandlung von 9 Stellen aus E 5 TV-Forst wegen Umsetzung des Mechanisierungskonzeptes (zielstrukturkonform)

E 6: Zugang 21 Stellen

Umwandlung von 21 Stellen aus E 5 TV-Forst wegen Umsetzung des Mechanisierungskonzeptes (zielstrukturkonform)

E 5: Abgang 43 Stellen

Umwandlung von 9 Stellen in E 7 TV-Forst wegen Umsetzung des Mechanisierungskonzeptes (zielstrukturkonform)
 Umwandlung von 21 Stellen in E 6 TV-Forst wegen Umsetzung des Mechanisierungskonzeptes (zielstrukturkonform)
 Einsparung von 13 Stellen durch Altersabgang und Personalvermittlung

Stellen Auszubildende

AZUBI: Abgang 48 Stellen

Abgang von 48 Stellen wegen Anpassung an die Zielstruktur (jährlich 30 neue Ausbildungsverträge)

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2010 - EUR -	Ansatz 2011 - EUR -	Ansatz 2012 - EUR -
1	2	3	4	5	6
Übersicht zu Leerstellen					
Leerstellen ATZ – Freistellungsphase					
				ATZ- Freistellung sphase am 01.01.2011	ATZ- Freistellung sphase am 01.01.2012
		Beamte			
		A16		3	2
		A14		1	4
		A11		8	12
		A10		4	7
		Zusammen:		16	25
		Tarifbeschäftigte			
		E14		5	6
		E10		17	23
		E 9		12	8
		E8		3	3
		E6		4	6
		E5		17	20
		E4		2	5
		E3		3	3
		Zusammen Tarifbeschäftigte		63	74
		Tarifbeschäftigte nach TV-Forst (Waldarbeiter)			
		E8		5	6
		E7		0	1
		E6		10	15
		E5		65	99
		Zusammen:		80	121
		Gesamt:		159	220
<p>Der Zugang an Leerstellen ergibt sich aus dem Anstieg der Anzahl der Beschäftigten, die in die Freistellungsphase der Altersteilzeit eintreten.</p> <p>159 Leerstellen aus 2010 – 28 Stellen Beendigung der Freistellungsphase + 89 Stellen Beginn der Freistellungsphase</p> <p>220 Leerstellen ATZ – Freistellungsphase zum 01.01.2012.</p>					

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Forst Brandenburg

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2010 - EUR -	Ansatz 2011 - EUR -	Ansatz 2012 - EUR -
1	2	3	4	5	6
Übersicht zu kw-Vermerken					
Die Zuordnung der personenbezogenen kw-Vermerke ist im Rahmen der Umsetzung des Reformprozesses vorzunehmen.					
kw-Vermerke ohne Umsetzungsverpflichtung nach § 47 LHO (Beginn der ATZ - Freistellungsphase bis zum 31.12.2014 und Altersausscheiden bis zum 31.12.2014)				Soll 2011	Soll 2012
Beamte					
A16				2	1
A14				11	9
A12				5	1
A11				21	16
A10				19	13
Zusammen:				58	40
Tarifbeschäftigte					
E 14				15	12
E 11				6	0
E 10				34	3
E 9				18	15
E 8				17	4
E 6				11	11
E 5				13	13
E 4				3	0
E 3				6	5
Zusammen				123	63
Tarifbeschäftigte nach TV-Forst (Waldarbeiter)					
E 8				10	9
E 7				5	4
E 6				8	5
E 5				174	130
Zusammen:				197	148
Gesamt:				378	251
Ausbringung von personenbezogenen kw-Vermerken gem. § 47 LHO und TV-Umbau mit Umsetzungsverpflichtung innerhalb der Landesverwaltung					
Hinsichtlich der folgenden kw-Vermerke besteht eine Umsetzungsverpflichtung innerhalb der gesamten Landesverwaltung gemäß § 47 LHO mit der Maßgabe, dass die personalwirtschaftliche Um- oder Versetzung der Tarifbeschäftigten gemäß TV-Umbau zulässig sein muss. Die Umsetzung im Beamtenbereich besteht im gesetzlichen Umfang, wobei auch Laufbahnwechsel einzuleiten sind. Der Anstieg der Stellen resultiert aus der Rückkehr von Beschäftigten aus den Wasser- und Bodenverbänden.					
Beamte					
A 14				0	11
A 13				7	0
Zusammen				7	11
Tarifbeschäftigte					
E 14				9	0
E 5				4	17
E 4				4	18
Zusammen				24	35

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Forst Brandenburg

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2010 - EUR -	Ansatz 2011 - EUR -	Ansatz 2012 - EUR -
1	2	3	4	5	6
		Tarifbeschäftigte nach TV-Forst (Waldarbeiter)			
		E 8		0	31
		E 5		179	186
		Zusammen Waldarbeiter		179	217
		Gesamt		203	263
		<u>Übersicht zum Stellenplan-/Stellenübersicht in Bezug zur PBP 2014</u>			
		Planstellen Beamte			559
		Stellen Arbeitnehmer			1.471
		Zusammen			2.030
		davon kw-Vermerke ohne Umsetzungsverpflichtung			-251
		davon kw-Vermerke mit Umsetzungsverpflichtung in andere Ressorts/Einrichtungen			-263
		Plan-/Stellen 2015			1.516
		davon Stellen für hoheitlich- und gemeinwohlorientierte Aufgaben			1.010
		davon Stellen für die Landeswaldbewirtschaftung			506

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	511	Gebühren, sonstige Entgelte	488.431	593.000	593.000
--------	-----	-----------------------------	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Einnahmen im Zusammenhang mit den Aufgaben des Landesamtes für:

- Pflanzenschutz
- Saatgutenerkennung
- Tierzucht und Tierhaltung
- Grenzeinlassdienst

111 13	511	Einnahmen aus dem Prüfungswesen	67.781	70.000	70.000
--------	-----	---------------------------------	--------	--------	--------

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 539 10.

112 10	511	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	1.769	0	0
--------	-----	--	-------	---	---

119 10	511	Sonstige Einnahmen	71.010	8.800	8.800
--------	-----	--------------------	--------	-------	-------

119 12	011	Zweckgebundene Einnahme Güterfelde		0	0
--------	-----	------------------------------------	--	---	---

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 711 12.

119 30	511	Einnahmen aus Nebentätigkeiten		0	0
--------	-----	--------------------------------	--	---	---

124 10	511	Mieten und Pachten	169.577	140.000	170.000
--------	-----	--------------------	---------	---------	---------

Siehe Zufließvermerk bei Titel 546 40.

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Einnahmen aus der Vermietung von Landes(eigenen) Wohnungen	0
2.	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen	11.000
3.	Sonstige Einnahmen (Fischereipacht)	159.000
	Summe	170.000

Summe HGr. 1:	811.800	841.800
---------------	---------	---------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

232 10	511	Erstattungen durch andere Länder		0	0
--------	-----	----------------------------------	--	---	---

Siehe Verstärkungsvermerk bei TG 72.

Erläuterungen:

Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch das Land Berlin.

261 20	511	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch die Übertragungsstelle OST	11.068	0	0
--------	-----	---	--------	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 62 Übertragungsstelle OST gemäß Milchabgabenverordnung (MilchAbgV)

Siehe Verstärkungsvermerk bei TG 62.

111 62	511	Gebühren	92.609	0	0
382 62	891	Übertragung von Anlieferungsreferenzmenge	3.868.407	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 62 0 0

TGr. 66 Forschungs-, Untersuchungs-, Entwicklungs- und Erprobungsarbeiten, einschließlich Erntearbeiten

Siehe Verstärkungsvermerk bei TG 66.

119 66	511	Einnahmen aus Untersuchungsaufträgen Dritter	419.302	0	0
125 66	511	Einnahmen aus Ernteprodukten	30.869	0	0
235 66	511	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit		0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 66 0 0

Nachrichtlich: Summe Einnahmen der Titelgruppen 0 0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

422 10	511	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	2.215.570	2.850.200	2.587.500
--------	-----	---	------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	2.587.500
2.	Aufwandsentschädigung	0
3.	Sonstige Leistungen	0
Summe		2.587.500

In Anpassung an den Bedarf.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2011	2012
Präsident des Landesamtes für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung	B4	hD	1,00	1,00
Abteilungsleiter	B2	hD	1,00	1,00
Leitender Regierungsdirektor	A16	hD	4,00	4,00
Regierungsdirektor	A15	hD	4,00	4,00
Oberregierungsrat	A14	hD	11,00	11,00
Regierungsrat	A13	hD	13,00	13,00
Regierungsoberrat	A13	gD	1,00	1,00
Amtsrat	A12	gD	6,00	6,00
Regierungsamtsrat	A12	gD	2,00	2,00
Regierungsamtsmann	A11	gD	24,00	24,00
Regierungsoberspezialist	A10	gD	19,00	19,00
Regierungsamtsinspektor	A9	mD	2,00	2,00
Regierungshauptsekretär	A8	mD	5,00	5,00
Zusammen:			93,00	93,00

Leerstellen:

Regierungsrat	1) A13	hD	0,00	1,00
Regierungsamtsmann	1) A11	gD	0,00	2,00
Regierungsoberspezialist	1) A10	gD	0,00	2,00
Regierungshauptsekretär	A8	mD	1,00	0,00
Zusammen:			1,00	5,00

sonstige Stellenplanvermerke:

- 1) Es sind 5 Leerstellen für Beamte des Verbandes für Landentwicklung und Flurneuordnung (vlf) ausgebracht, da diese eine Rückkehrproption in den Landesdienst gemäß § 4 Absatz 3, Satz 3 BbgLandEntwG haben.

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2012

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen				
1,00	A13 hD	Regierungsrat		Rückkehrproption in den Landesdienst gemäß § 4 Absatz 3, Satz 3 Bbg-LandEntwG
2,00	A11 gD	Regierungsamtsmann		Rückkehrproption in den Landesdienst gemäß § 4 Absatz 3, Satz 3 Bbg-LandEntwG
2,00	A10 gD	Regierungsoberspezialist		Rückkehrproption in den Landesdienst gemäß § 4 Absatz 3, Satz 3 Bbg-LandEntwG
5,00	Zugänge neue Stellen			
5,00	Stellen Zugänge insgesamt			

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 422 10

Abgänge:

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)

1,00	A8 mD	Regierungshauptsekretär	Leerstelle wird nicht benötigt
1,00	Sonstige Abgänge		
1,00	Stellen Abgänge insgesamt		
4,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

427 10 511 Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige **0 0**

427 20 511 Entgelte für Aushilfen **305.799 332.400 332.400**

Erläuterungen:

Es sind Mittel für den Einsatz von Aushilfen im Prüfwesen und für Kräfte in der Feldanerkennung veranschlagt. Der Einsatz der Aushilfen wird jährlich bedarfsgerecht wegen saisonaler Schwankungen neu festgelegt.

427 49 511 Entgelte für Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung **0 0**

Erläuterungen:

Ein Nachweis von Entgelten bei diesem Titel setzt die Zuweisung zusätzlicher Stellen zu Förderung von Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung voraus. Die zugewiesenen Stellen dürfen nur im Rahmen der als förderungswürdig anerkannten Maßnahmen und nur für die Dauer der Zuweisung der Arbeitnehmer durch die Arbeitsverwaltung in Anspruch genommen werden.

428 10 511 Entgelte der Arbeitnehmer **15.915.641 20.767.800 21.346.300**

Erläuterungen:

Mehr wegen berücksichtigter Tarifierpassungen und nachträglich berücksichtigter PVM.

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2011	2012
AT I	1,00	1,00
E 15	12,00	12,00
E 14	16,00	16,00
E 13	5,00	3,00
E 11	20,00	20,00
E 10	51,00	51,00
E 9	92,00	92,00
E 8	25,00	25,00
E 6	44,00	44,00
Zusammen:	266,00	264,00

Auszubildende:

AZUBI	16,00	16,00
Zusammen:	16,00	16,00

Leerstellen:

E 13		1,00	1,00
E 11	1)	0,00	6,00
E 10	1)	0,00	2,00
E 9	1)	6,00	1,00
E 8	1)	3,00	14,00
E 6	1)	0,00	1,00
E 5		8,00	0,00
E 4		2,00	0,00
Zusammen:		20,00	25,00

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 101 **Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 428 10

sonstige Stellenplanvermerke:

- 1) Es sind 24 Leerstellen für Beschäftigte des Verbandes für Landentwicklung und Flurneuordnung (vlf) ausgebracht, da diese eine Rückkehroption in den Landesdienst gemäß § 4 Absatz 3, Satz 3 BbgLandEntwG haben.

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2012

Umwandlung / Umsetzung

Abgänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

2,00	E 13	Umsetzung nach 11 010 / 428 10	Umsetzung gem. § 50 Abs.1 LHO
2,00	Umwandlungen / Umsetzungen		
2,00	Stellen Abgänge insgesamt		
-2,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen

6,00	E 11	Rückkehroption in den Landesdienst gemäß § 4 Absatz 3, Satz 3 Bbg-LandEntwG
2,00	E 10	Rückkehroption in den Landesdienst gemäß § 4 Absatz 3, Satz 3 Bbg-LandEntwG
11,00	E 8	Rückkehroption in den Landesdienst gemäß § 4 Absatz 3, Satz 3 Bbg-LandEntwG
1,00	E 6	Rückkehroption in den Landesdienst gemäß § 4 Absatz 3, Satz 3 Bbg-LandEntwG
20,00	Zugänge neue Stellen	
20,00	Stellen Zugänge insgesamt	

Abgänge:

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)

5,00	E 9	Leerstellen werden nicht benötigt
8,00	E 5	Leerstellen werden nicht benötigt
2,00	E 4	Leerstellen werden nicht benötigt
15,00	Sonstige Abgänge	
15,00	Stellen Abgänge insgesamt	
5,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

453 10 511 **Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen** **21.306** **25.000** **25.000**

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

	2012 EUR
1. Trennungsgeld	17.000
2. Umzugskostenvergütungen	8.000
3. Auslandsbeschäftigungsvergütungen	0
Summe	25.000

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(429 20) 511 **Personalausgaben für Zivildienstleistende** **0**

aus Titelgruppen: **270.000** **270.000**

Summe HGr. 4: **24.245.400** **24.561.200**

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10 511 **Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände** **155.444** **282.600** **254.300**

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 511 10

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Geschäftsbedarf	70.000
2.	Bücher, Zeitschriften	50.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	119.300
4.	Sonstiges	15.000
Summe		254.300

511 20 511 Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren 167.861 202.500 182.300

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Postgebühren	73.300
2.	Mobilfunkanschlüsse	20.000
3.	Fernmeldegebühren	79.000
4.	Sonstiges	10.000
Summe		182.300

514 10 511 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl. 438.108 384.300 345.900

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	215.900
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	5.000
3.	Verbrauchsmittel	120.000
4.	Sonstiges	5.000
Summe		345.900

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2011		Soll 2012	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast
Kleinbus	2	0	1	0
Personenwagen	0	0	0	0
PKW	54	40	51	40
LKW	1	0	1	0
Anhänger	24	0	24	0
Arbeitsmaschine	19	0	19	0
Gabelstapler	2	0	2	0
Geländefahrzeug	0	0	0	0
Mehrzweckfahrzeug	8	0	9	0
Messwagen	4	0	3	0
Parzellenmähdrescher	5	0	5	0
Traktor	18	0	18	0
Zusammen	137	40	133	40

514 25 511 Ausgaben für die Inanspruchnahme von Fahrdiensten beim BLB 10.730 65.000 25.000

Erläuterungen:

Weniger wegen Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

517 10 511 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume **220.289** **330.300** **297.300**

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Heizung	117.300
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	75.000
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	60.000
4.	Grundbesitzabgaben	0
5.	Bewachungskosten	44.000
6.	Sonstiges	1.000
Summe		297.300

Für

- verwaltungseigene Gebäude und bauliche Anlagen
- gemietete oder gepachtete bauliche Anlagen und Räume, soweit die Bewirtschaftungskosten nicht Gegenstand des Mietvertrages und bei Titel 518 10 bzw. 518 25 zu veranschlagen sind.

518 10 511 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume **14.561** **40.000** **20.000**

Erläuterungen:

Für Mieten und Pachten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

Bezeichnung	Haupt- und Nebenfläche m²	Jahresmiete EUR
1. Pacht für Flächen (Versuchsflächen)		10.000
2. Anmietung von Schulungs- und Versammlungsräumen		9.000
3. Nutzung von Gewächshäusern		1.000
Summe		20.000

Weniger wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf und Umverteilung nach 531 10.

518 20 511 Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge **858** **9.000** **8.100**

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Miete für Mähdrescher	3.100
2.	Miete für Kopierer	1.000
3.	Miete für Stahlflaschen	1.000
4.	Sonstiges	3.000
Summe		8.100

518 25 511 Mietzahlungen an den BLB **1.991.369** **2.186.000** **2.211.300**

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 518 25

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2012
		EUR
1.	03050 Cottbus, Vom-Stein-Straße 30	34.400
2.	12521 Schönefeld, Flughafen	162.300
3.	14513 Teltow, OT Ruhlsdorf, Dorfstraße 1	123.200
4.	14532 Stahnsdorf, OT Güterfelde, Berliner Straße	179.600
5.	14641 Paulinenaue, Gutshof 7	97.100
6.	14656 Brieselang, Wustermarker Allee 1	2.300
7.	15236 Frankfurt (Oder), Müllroser Chaussee 49,51,54	564.900
8.	17291 Prenzlau, Grabower Str. 33	103.200
9.	15236 Frankfurt (Oder), Buckower Str. 27	56.200
10.	15517 Fürstenwalde, Rathausstraße 6	87.800
11.	15806 Zossen, OT Wünsdorf, Steinplatz 1	340.500
12.	15926 Luckau, Karl-Marx-Straße 21	102.900
13.	16816 Neuruppin, Fehrbelliner Straße 4 e	172.900
15.	14476 Potsdam, OT Groß Glienicke, Seeburger Chausseestr. 2	176.900
14.	16816 Neuruppin, Fehrbelliner Str. 31	2.900
16.	03222 Lübbenau Schulstr. 9	2.800
17.	15907 Lübben, Bergstr. 25	1.400
Summe		2.211.300

518 30 511 Leasing von Dienstkraftfahrzeugen **74.737 81.000 72.900**

Die Erläuterungen sind nach § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Anzahl der im Leasingverfahren beschafften Dienstfahrzeuge	2011		2012	
	vorhanden		davon neu	
PKW	40	40	40	0
Zusammen	40	40	40	0

519 10 511 Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen **39.028 68.000 61.200**

Erläuterungen:

		2012
		EUR
1.	Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	31.200
2.	Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	30.000
Summe		61.200

525 10 511 Aus- und Fortbildung **53.031 62.100 70.000**

Erläuterungen:

Der Mehrbedarf resultiert aus Qualifizierungsmaßnahmen, die im Zusammenhang mit der Umsetzung des "TV-Umbau" stehen und durch den Abschluss interner Qualifizierungsvereinbarungen.

526 10 511 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten **5.255 21.200 19.100**

527 10 511 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen **105.385 104.400 94.000**

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

531 10 511 Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation 9.789 31.500 63.700

Erläuterungen:

Mehr wegen Auflösung der Technischen Zentrale und somit Vergabe von Druckaufträgen an Dritte.

537 12 511 Aufwendungen für Versuche 184.500 166.000 166.000

Erläuterungen:

Um eine eigene Tierhaltung bei der Durchführung von Futtermittelversuchen sowie von Versuchen für eine optimale Tierhaltung zu vermeiden, wird auf Vertragsbasis der Tierbestand der Lehr- und Versuchsanstalt Tierproduktion Ruhlsdorf/Groß Kreuz genutzt und eine entsprechende Aufwandserstattung vorgenommen.

Die Ausgaben basieren auf einer entsprechenden Kalkulation gem. §§ 37, 53 Berufsbildungsgesetz 2005

537 13 511 Aufträge an Dritte, insbesondere für die berufliche Fort- und Weiterbildung 102.298 92.000 92.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	<u>92.000</u>
davon fällig:	
2013 bis zu	92.000
2014 bis zu	
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012				
2013			92.000	92.000
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen			92.000	92.000

Erläuterungen:

Seit dem Jahr 1998 haben sich sieben unterschiedlich organisierte Landwirtschaftsschulen zum koordinierten Agieren auf dem Gebiet der agrarischen Weiterbildung unter dem Dach der Regionalstellen für Bildung im Agrarbereich (RBA) zusammengefunden. Über aus Landesmitteln finanzierte Werkverträge (LELF RBA) konnten in den Jahren zahlreiche bildungsrelevante Aufgaben gemeinsam realisiert werden. Jede RBA leistete und leistet in ihrem jeweiligen regionalen Wirkungskreis einen unverzichtbaren Beitrag zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit von Brandenburger Agrarbetrieben aller Kategorien. Das Kerngeschäft der RBA sind zur Qualitätssicherung und -erhöhung unverzichtbare prüfungsvorbereitende Kurse sowohl für angehende Facharbeiter als auch für Meister.

Mit den veranschlagten Mitteln werden vom Land flächendeckend qualitativ hochwertige Angebote für Bildungsanbieter und Bildungsnutzer finanziert. Diese notwendige Partnerschaft wird auch zukünftig von existenzieller Bedeutung für die agrarische Weiterbildungslandschaft Brandenburgs sein.

539 10 511 Prüfungswesen gemäß § 34 ff Berufsbildungsgesetz 428.727 545.100 538.000

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 111 13 geleistet werden.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 539 10

Erläuterungen:

Die veranschlagten Mittel sind vorgesehen für die praktische Durchführung von Prüfungen, Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Prüfer und Abschlussveranstaltungen der Prüfungsverfahren.

541 10	511	Aufwendungen für Veranstaltungen	12.137	12.300	11.100
---------------	-----	---	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Fachveranstaltungen des LELF

- Winterschulungen (Informationsveranstaltungen des Pflanzenschutzes)
- Milchrindtag
- Stallbautag
- Brandenburger Feldtage
- Tage der offenen Tür
- Milchschaaf- und Ziegenzüchertag
- Forum Nutztierhaltung
- Brandenburger Fleischrindertag
- Groß Kreuzer Schaftag
- Paulinenauer Maistag
- Brandenburger Pferdetag
- Veranstaltungen der Beruflichen Bildung mit den Unterausschüssen, den Fachausschüssen und dem Berufsbildungsausschuss

546 10	511	Sonstiges	164.861	57.600	30.000
---------------	-----	------------------	----------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Weniger wegen Anpassung an den Bedarf.

		2012
		EUR
1.	Mitgliedsbeiträge	15.000
2.	Sonstiges	15.000
Summe		30.000

546 15	511	Entgelte für IT-Dienstleistungen und Statistikleistungen aufgrund von Servicevereinbarungen			1.110.300
---------------	-----	--	--	--	------------------

neu

Erläuterungen:

		2012
		EUR
1.	IT-Grundausrüstung je Arbeitsplatz	304.600
2.	IT-Grundausrüstung zusätzlicher zeitweiliger Arbeitsplätze	95.100
3.	zusätzliche Leistungen für Arbeitsplätze gem. Ziffer 1. und 2. (Spezial-APC, mobile Technik)	234.600
4.	weitere Servicevereinbarungen	
4.1	SV LVN	399.000
4.2	SV Fachverfahren FAKOL	25.000
4.3	IT-Fortbildung	25.000
4.4	SV KVBB	27.000
Summe		1.110.300

Bisher mitveranschlagt bei Kapitel 11 020 Titel 546 15.

546 30	511	Kosten für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	13.085	30.000	27.000
---------------	-----	---	---------------	---------------	---------------

546 40	511	Ausgaben für Umsatzsteuer	25.978	25.000	22.500
---------------	-----	----------------------------------	---------------	---------------	---------------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 546 40

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 124 10 aufkommenden Mehrwertsteuereinnahme geleistet werden.

546 50	511	Vergabe an Dritte	82.273	289.800	282.700
---------------	-----	--------------------------	---------------	----------------	----------------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	400.000
davon fällig:	
2013 bis zu	200.000
2014 bis zu	200.000
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	85.000	237.000		322.000
2013		322.000	200.000	522.000
2014			200.000	200.000
2015				
2016 ff.				
Summen	85.000	559.000	400.000	1.044.000

Erläuterungen:

Durch Auflösung von Versuchsstationen ist zur Absicherung der fachrechtlichen Aufgaben im Rahmen der amtlichen Sortenprüfung sowie beim Pflanzenschutz eine externe Vergabe von Sortenprüfungen und Feldversuchen an geeigneten Standorten im Land Brandenburg notwendig.

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

aus Titelgruppen:			615.800	558.300
--------------------------	--	--	----------------	----------------

Summe HGr. 5:			5.701.500	6.563.000
----------------------	--	--	------------------	------------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

683 16	511	Zuschüsse für die Durchführung der Leistungsprüfung lt. Tierzuchtgesetz (TZG)	838.746	840.000	840.000
---------------	-----	--	----------------	----------------	----------------

Summe HGr. 6:			840.000	840.000
----------------------	--	--	----------------	----------------

HGr. 7: Baumaßnahmen

711 12	011	Baumaßnahme Güterfelde	41.911	0	0
---------------	-----	-------------------------------	---------------	----------	----------

Ausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei Titel 119 12 geleistet werden.

Summe HGr. 7:			0	0
----------------------	--	--	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10 511 Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen 57.058 138.000 74.000

Erläuterungen:

Neubeschaffungen:

2012		2012
		EUR
1	Mehrzweckfahrzeug	20.000
Zusammen		20.000

Ersatzbeschaffungen:

2012		2012
		EUR
3	PKW	54.000
Zusammen		54.000

Aussonderung:

2012	
1	Kleinbus
1	Messwagen
3	PKW
5	Zusammen

Weniger wegen Umverteilung nach Titel 812 10.

812 10 511 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland 81.989 228.000 371.500

Erläuterungen:

Mehr wegen Umverteilung aus Titel 811 10 i.H.v. 64.000 € und wegen der Beschaffung und Ausstattung für den BBI.

		2012
		EUR
1.	Neubeschaffungen	
1.1	Ausstattungen	89.000
	Summe zu 1.	89.000
2.	Ersatzbeschaffungen	
2.1	Ausstattungen	166.400
	Summe zu 2.	166.400
3	Sondertatbestand BBI	
3.1	Büroraumausstattungen	14.300
3.2	Ausstattung der Untersuchungsräume	38.000
3.3	Archiv- und Lagerräume	9.800
3.4	sonstige Räume	8.500
3.5	Telefonanlage/IT-Netz	5.000
3.5	Untersuchungsräume - technische Geräte	40.500
	Summe zu 3	116.100
	Summe	371.500

aus Titelgruppen: 45.000 65.000

Summe HGr. 8: 411.000 510.500

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 62 Übertragungsstelle OST gemäß Milchabgabenverordnung (MilchAbgV)

*Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei TG 62 geleistet werden.
 Die Ausgaben der TG sind gegenseitig gegenseitig deckungsfähig.*

427 62	511	Beschäftigungsentgelte	44.687	0	0
511 62	511	Geschäftsbedarf und Kommunikation	66	0	0
514 62	511	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.		0	0
517 62	511	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume		0	0
518 62	511	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume		0	0
525 62	511	Aus- und Fortbildung		0	0
526 62	511	Sachverständige und Gerichtskosten		0	0
527 62	511	Reisekosten für Dienstreisen	482	0	0
538 62	511	Software	3.082	0	0
546 62	511	Sonstiges	40	0	0
812 62	511	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen		0	0
982 62	891	Übertragung von Anlieferungsreferenzmenge	3.868.407	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 62 0 0

TGr. 63 Zentraler technischer Prüfdienst für Ausgaben aus dem EAGFL und kofinanzierten Maßnahmen des ELER

Die Ausgaben der Titelgruppe sind deckungsfähig.

Erläuterungen:

Veranschlagung der Mittel für die Aufgaben des Zentralen technischen Prüfdienstes als notwendige Voraussetzung zur Vermeidung von Anlastungen der EU (VOEG 1290/2005).

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 101 **Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

427 63 511 **Personalkostenerstattung für Saisonkräfte** 128.891 270.000 270.000

511 63 511 **Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände** 9.606 22.500 22.500

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Geschäftsbedarf	2.000
2.	Bücher, Zeitschriften	1.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	7.500
4.	Postgebühren	1.000
5.	Mobilfunkanschlüsse	5.000
6.	Fernmeldegebühren	5.000
7.	Sonstiges	1.000
Summe		22.500

514 63 511 **Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.** 81.581 109.400 105.400

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	99.400
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	5.000
3.	Verbrauchsmittel	1.000
4.	Sonstiges	0
Summe		105.400

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2011		Soll 2012	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast
Geländewagen	27	0	27	0
Zusammen	27	0	27	0

Weniger wegen Umverteilung nach Titel 811 63.

525 63 511 **Aus- (und Fort)bildung** 4.923 27.000 27.000

527 63 511 **Reisekostenvergütungen für Dienstreisen** 11.054 22.500 19.000

Erläuterungen:

Weniger wegen Umverteilung nach Titel 538 63.

538 63 511 **ADV-Hardware, Unterhaltung** 14.137 9.000 15.000

Erläuterungen:

Mehr wegen Umverteilung aus Titel 527 63 i.H.v. 13.500 € und Anpassung an den Bedarf.

546 63 511 **Sonstiges** 612 27.000 1.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 546 63

Erläuterungen:

Vergabe an Dritte
 Weniger wegen Anpassung an den Bedarf und Umverteilung nach 811 63.

811 63 511 Erwerb von Dienstfahrzeugen 0 30.000

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffungen:
2012

		2012	2012
		EUR	
1	Geländefahrzeug		30.000
Zusammen			30.000

Umverteilung aus den Titeln 546 63 i.H.v. 26.000 € und 514 63 i.H.v. 40.000 €. Mehr wegen der notwendigen Ersatzbeschaffung eines Geländewagens.

812 63 511 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland 9.950 30.000 30.000

Erläuterungen:

		2012
		EUR
2.	Ersatzbeschaffungen	
2.1	Ausstattungen	30.000
	Summe zu 2.	30.000
	Summe	30.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 63 **517.400 519.900**

TGr. 66 Forschungs-, Untersuchungs-, Entwicklungs- und Erprobungsarbeiten, einschließlich Erntearbeiten

*Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei TG 66 geleistet werden.
 Die Ausgaben der Titelgruppe sind deckungsfähig.*

427 66 511 Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige 11.158 0 0

428 66 511 Entgelte der Arbeitnehmer 0 0

511 66 511 Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen 13.144 0 0

514 66 511 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen 15.462 0

525 66 511 Aus- und Fortbildung 0 0

527 66 511 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen 2.488 0 0

546 66 511 Sonstiges 395.741 0 0

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

811 66 511 Erwerb von Dienstfahrzeugen 11.720 0 0

812 66 511 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen 5.365 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 66 0 0

TGr. 72 Zusammenarbeit mit dem Land Berlin

*Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 232 10 geleistet werden.
 Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.*

428 72 511 Entgelte der Arbeitnehmer 0 0

511 72 511 Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte, Ausrüstungen und Ausstattungen 0 0

527 72 511 Reisekostenvergütungen 0 0

538 72 511 Software 0 0

546 72 511 Sonstiges 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 72 0 0

TGr. 79 Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk

Erläuterungen:

Die Titelgruppe ist eingerichtet für Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk, die aufgrund der Einsparverpflichtungen aus der Personalbedarfsplanung bis 2014 sowie aus sonstigen Gründen entfallen sollen. Die Ausgaben werden im Rahmen des Personalbudgets finanziert.

422 79 011 Planstellen mit kw-Vermerk (Beamte) 0 0

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2011	2012
Regierungsoberinspektor	A10	gD	7,00	7,00
davon kw:				
3,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)				
3,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)				
1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)				
Regierungsobersekretär	A7	mD	2,00	2,00
davon kw:				
1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)				
1,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)				

Zusammen: 9,00 9,00

428 79 011 Stellen mit kw-Vermerk (Arbeitnehmer) 0 0

11
11 101

Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 428 79

Stellenübersicht:

EntgeltGr.		2011	2012
E 15		2,00	1,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
E 13		19,00	13,00
davon kw:	2,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)		
	9,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
	2,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)		
E 9		40,00	26,00
davon kw:	3,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)		
	3,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)		
	20,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
E 8		7,00	4,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)		
	2,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)		
	1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
E 6		11,00	7,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)		
	6,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
E 5		2,00	2,00
davon kw:	2,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
E 4		4,00	1,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
Zusammen:		85,00	54,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2012

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung		
1,00	E 15	Einsparung 2011 gemäß Personalbedarfsplanung
6,00	E 13	Einsparung 2011 gemäß Personalbedarfsplanung
14,00	E 9	Einsparung 2011 gemäß Personalbedarfsplanung
3,00	E 8	Einsparung 2011 gemäß Personalbedarfsplanung
4,00	E 6	Einsparung 2011 gemäß Personalbedarfsplanung
3,00	E 4	Einsparung 2011 gemäß Personalbedarfsplanung
31,00	Abgänge durch Personalbedarfsplanung	
31,00	Stellen Abgänge insgesamt	
-31,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

Nachrichtlich: Summe TGr. 79

0 0

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung

511 99	511	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	74.916	27.000	20.000
--------	-----	--	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

	2012 EUR
1. Hardware	13.000
2. Software	3.000
3. Unterhaltung	4.000
4. Kommunikation	0
5. Sonstiges	0
Summe	20.000

518 99	511	Mieten	208.010	0	0
--------	-----	---------------	----------------	----------	----------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 101 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 518 99

Erläuterungen:

Weniger, weil Ansatz gem. KV nach Verrechnungsmodell in Titel 546 15 eingeht.

525 99 511 Aus- und Fortbildung 5.000 18.000 10.000

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	10.000
2.	Lehr- und Lernmittel	0
Summe		10.000

538 99 511 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen 277.612 353.400 338.400

Erläuterungen:

Benutzungsentgelte für DV-Verfahren

		2012 EUR
1.	Landentwicklungsfachinformationssystem	120.000
2.	mobile digitale Feldbonitur	10.000
3.	FAKOL (Pflegevertrag)	25.000
4.	Pflege Fachverfahren (bestehende Verträge)	70.000
5.	Pflege PIAF (incl. SAS) (bestehender Vertrag)	17.000
6.	Pflege Kleinverfahren (bestehende Verträge)	20.000
7.	Pflege KIVID/GEOfraf (bestehender Vertrag)	15.000
8.	Sicherheitskonzept	4.400
9.	Schnittstelle Dokumentenmanagementsystem	15.000
10.	Entwicklung Schnittstelle Laborsystem	10.000
11.	GEOfraf/KIVID ALKIS-Modul	15.000
12.	GIS-Projektpflege (bestehender Vertrag)	17.000
Summe		338.400

812 99 511 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen 16.000 15.000 5.000

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Ersatzbeschaffung	
1.1.	Hardware	3.000
1.2.	Systemsoftware	2.000
1.3.	Kommunikation	0
<i>Summe zu 1.</i>		<i>5.000</i>
Summe		5.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 99 **413.400 373.400**

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **930.800 893.300**

11
11 101

Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	811.800	841.800
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0
Gesamteinnahme		811.800	841.800

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	24.245.400	24.561.200
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	5.701.500	6.563.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	840.000	840.000
HGr. 7	Baumaßnahmen	0	0
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	411.000	510.500
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0
Gesamtausgabe		31.197.900	32.474.700
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-30.386.100	-31.632.900

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	422	Sonstige Einnahmen	11.790	20.000	20.000
--------	-----	---------------------------	---------------	---------------	---------------

Summe HGr. 1:	20.000	20.000
---------------	---------------	---------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 20	422	Zuweisungen vom Bund für EFRE Ziel 3 Projekte		0	0
--------	-----	--	--	----------	----------

Siehe Verstärkungsvermerke bei Titel 537 22.

Erläuterungen:

Die Einnahmen dienen zur Finanzierung von EFRE Ziel 3 Ausgaben im Titel 537 22 (Förderperiode 2007 bis 2013).

232 10	422	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern -Gemeinsame Verwaltungseinrichtung	903.863	1.027.000	1.027.000
--------	-----	--	----------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Die Einnahmen beinhalten die Erstattung des Landes Berlin für die Gemeinsame Landesplanungsabteilung in Höhe von 50 v. H. der Ausgaben.

272 20	422	Sonstige Zuschüsse der EU für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (EFRE Ziel 3/INTERREG IV)	73.056	371.000	370.000
--------	-----	---	---------------	----------------	----------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 537 22.

Erläuterungen:

Die Einnahmen dienen zur Finanzierung der Ausgaben für EFRE Ziel 3/INTERREG IV B und C-Projekte im Titel 537 22 mit einem Förderanteil von 75%.

Mehr in Anpassung an die tatsächliche Einnahmeerwartung.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(231 10)	422	Erstattungen von Personalausgaben für Härteausgleichsstelle		0	
----------	-----	--	--	----------	--

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 427 10.

(272 10)	422	Sonstige Zuschüsse von der EU für verschiedene Projekte des INTERREG II C und III B Programmes	82.088	0	
----------	-----	---	---------------	----------	--

Summe HGr. 2:	1.398.000	1.397.000
---------------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 61 Finanzierung der Braunkohlesanierung

119 61	631	Sonstige Einnahmen	806.821	0	0
---------------	-----	---------------------------	----------------	----------	----------

Siehe Verstärkungsvermerk bei TG 61.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 61				0	0
-------------------------------------	--	--	--	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen				0	0
--	--	--	--	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(427 10)	422	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	0		
Summe HGr. 4:			0		0

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	422	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	31.173	31.500	30.000
--------	-----	---	--------	--------	--------

Erläuterungen:

				2012
				EUR
1.	Geschäftsbedarf			13.000
2.	Bücher, Zeitschriften			6.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände			10.500
4.	Sonstiges			500
Summe				30.000

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

511 20	422	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	8.582	18.000	10.000
--------	-----	--	-------	--------	--------

Erläuterungen:

				2012
				EUR
1.	Postgebühren			7.700
2.	Mobilfunkanschlüsse			500
3.	Fernmeldegebühren			1.300
4.	Sonstiges			500
Summe				10.000

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

514 10	422	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.		400	300
--------	-----	---	--	-----	-----

Erläuterungen:

				2012
				EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen			0
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände			0
3.	Verbrauchsmittel			300
4.	Sonstiges			0
Summe				300

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

514 25	422	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Fahrdiensten beim BLB	24.644	41.500	30.000
--------	-----	--	--------	--------	--------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 200 **Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 514 25

Erläuterungen:

Veranschlagt sind für:

		2012 EUR
1.	personengebundenen Fahrdienst	5.000
2.	allgemeinen Fahrdienst	25.000
	Summe	30.000

Veranschlagt sind Ausgaben für die Inanspruchnahme von Fahrdiensten des BLB für den Fahrzeugpool in Potsdam.

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

517 10	422	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	88.643	11.700	10.600
518 10	422	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	202.713	14.100	11.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	248.000			248.000
2013	248.000			248.000
2014	248.000			248.000
2015				
2016 ff.				
Summen	744.000			744.000

518 20	422	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge		500	400
518 25	719	Mietzahlungen an den BLB	112.373	367.900	388.600

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2012 EUR
1.	Müllroser Chaussee 50, Frankfurt (Oder), GL6 , Fläche 554,85 qm	59.200
2.	Gulbener Str.24, Cottbus, GL7 , Fläche 631,16 qm	54.600
3.	Lindenstr. 34 A Potsdam, Fläche 1755,43 qm	261.600
4.	Dortustr. Potsdam, Fläche 133.20 qm	13.200
	Summe	388.600

Mehr wegen neuer Einzelnutzungsvereinbarungen mit dem BLB.

519 10	422	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen		9.000	8.100
---------------	------------	--	--	--------------	--------------

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	0
2.	Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	8.100
	Summe	8.100

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 519 10

Der Mietvertrag für die Räume in der Lindenstraße sieht Schönheitsreparaturen zulasten des Mieters vor.

525 10 422 **Aus- und Fortbildung** 10.738 18.900 15.000

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	15.000
2.	Lehr- und Lernmittel	0
Summe		15.000

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

526 10 422 **Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten** 195.732 189.000 188.500

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 633 10.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	100.000
davon fällig:	
2013 bis zu	100.000
2014 bis zu	
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012		100.000		100.000
2013			100.000	100.000
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen		100.000	100.000	200.000

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Sachverständige und rechtliche Beratung in Rechtsstreitverfahren	34.100
2.	Sachverständige und rechtliche Beratung in Angelegenheiten der Europäischen Raumentwicklung	25.000
3.	Sachverständige und rechtliche Beratung in Angelegenheiten des Raumordnungsprogramms und der Raumordnungspläne	30.400
4.	Sachverständige und rechtliche Beratung in Angelegenheiten der Raumentwicklung und Strukturpolitik	39.000
5.	Sachverständige und rechtliche Beratung in Angelegenheiten der Raumordnungsverfahren und Regionalentwicklung	40.000
6.	Sachverständige und rechtliche Beratung Braunkohle- und Sanierungsplanung	20.000
Summe		188.500

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 200 **Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

527 10 422 **Reisekostenvergütungen für Dienstreisen** 22.712 23.400 21.000

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

531 10 422 **Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation** 22.934 90.000 70.000

Verpflichtungsermächtigungen:

2012
EUR

Betrag: **20.000**
 davon fällig:
 2013 bis zu 20.000
 2014 bis zu
 2015 bis zu
 2016 ff. bis zu

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012		20.000		20.000
2013			20.000	20.000
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen		20.000	20.000	40.000

Erläuterungen:

	2012 EUR
1. Kosten für gesetzliche Veröffentlichungen der Raumordnung, Landesentwicklung, Regionalplanung und andere Publikationen.	70.000
Summe	70.000

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

535 10 422 **Kartographische Arbeiten in der Landes- und Regionalplanung** 26.319 67.500 35.000

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 633 10.

Verpflichtungsermächtigungen:

2012
EUR

Betrag: **30.000**
 davon fällig:
 2013 bis zu 30.000
 2014 bis zu
 2015 bis zu
 2016 ff. bis zu

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 535 10

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012		30.000		30.000
2013			30.000	30.000
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen		30.000	30.000	60.000

Erläuterungen:

	2012 EUR
1. Kosten für kartographische Arbeiten zur Schaffung von Landesplanungsgrundlagen	3.000
2. Kartographieaufwand und Digitalisierung des Raumordnungskatasters	31.500
3. Kartographische Aufwendungen für die Braunkohlen- und Sanierungsplanung	500
Summe	35.000

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

537 10 422 Braunkohle- und Sanierungsplanung 115.628 135.000 285.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	140.000
davon fällig:	
2013 bis zu	60.000
2014 bis zu	60.000
2015 bis zu	20.000
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012		150.000		150.000
2013		150.000	60.000	210.000
2014			60.000	60.000
2015			20.000	20.000
2016 ff.				
Summen		300.000	140.000	440.000

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 200 **Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 537 10

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Kosten für den Braunkohlenausschuss	5.000
2.	Erarbeitung von Beschlussvorlagen durch Mitwirkung Dritter für den Braunkohlenausschuss zu den Tagebauen und Umsiedlungsplanungen sowie Sanierungsgebieten	210.000
3.	Kosten für die gutachterliche Bearbeitung von Braunkohleplänen	70.000
Summe		285.000

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

537 20 422 Raumwissenschaftliche Arbeiten und Planungen 234.267 317.000 170.000

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 633 10.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	50.000
davon fällig:	
2013 bis zu	30.000
2014 bis zu	20.000
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	20.000	50.000		70.000
2013		30.000	30.000	60.000
2014			20.000	20.000
2015				
2016 ff.				
Summen	20.000	80.000	50.000	150.000

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Gutachten in Angelegenheiten der Europäischen Raumentwicklung	10.000
2.	Gutachten in Angelegenheiten des Raumentwicklungsprogramms und der Raumordnungspläne	50.000
3.	Gutachten in Angelegenheiten der Raumentwicklung und der Strukturpolitik	30.000
4.	Gutachten in Angelegenheiten von Raumordnungsverfahren und Regionalentwicklung	60.000
5.	Raumordnungsbericht, Raumbbeobachtung, Monitoring	20.000
Summe		170.000

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

537 22 422 Ausgaben für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (EFRE/INTERREG IV) 601.351 644.100 534.100

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 20 und 272 20 geleistet werden.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 537 22

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	500.000
davon fällig:	
2013 bis zu	200.000
2014 bis zu	200.000
2015 bis zu	100.000
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	280.000	250.000		530.000
2013	260.000	300.000	200.000	760.000
2014	260.000	250.000	200.000	710.000
2015			100.000	100.000
2016 ff.				
Summen	800.000	800.000	500.000	2.100.000

Erläuterungen:

	2012 EUR
1. Finanzierung von Projekten der transnationalen Zusammenarbeit INTERREG IV B und C	374.100
2. Technische Hilfe transnationale Zusammenarbeit INTERREG IV	160.000
Summe	534.100

Das Land beabsichtigt, sich am Förderprogramm der EU zur transnationalen Zusammenarbeit zu beteiligen. Die Maßnahmen werden mit EU- Mitteln bis zu 75% gefördert. Das Land kann in Vorleistung treten.

Die in den Vorjahren ausgebrachte VE wurde nicht vollständig in Anspruch genommen, so dass die Ansätze von der Gesamtbelastung abweichen. Im Rahmen der Haushaltswirtschaft erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

538 10 422 Ausgaben für Datenverarbeitung 91.096 108.000 117.000

Erläuterungen:

Softwarekosten für das Planungsinformationssystem (PLIS) insbesondere das digitalisierte Raumordnungskataster sowie Wartung und Pflege der eingesetzten Software im sonstigen Verwaltungsbereich.

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

541 10 422 Aufwendungen für Veranstaltungen 212.758 94.500 73.000

Erläuterungen:

	2012 EUR
1. Technische Ausstattung	20.000
2. Bewirtung und Organisation	48.000
3. Sonstiges	5.000
Summe	73.000

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 200 **Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

546 10 422 Sonstiges 16.693 13.500 12.400

546 15 422 Entgelte für IT-Dienstleistungen und Statistikleistungen aufgrund von Servicevereinbarungen neu 0

Siehe Vermerk bei Kapitel 11 020 Titel 546 15

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(537 21) 422 Ausgaben für INTERREG III B Projekte 0

Summe HGr. 5: 2.195.500 2.010.000

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

633 10 422 Zuschüsse an Gebietskörperschaften sowie gemeinnützige Träger 0 0

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den Titeln 526 10, 535 10, 537 20 und 537 22 geleistet werden.

Erläuterungen:

Zuschüsse an die Projektträger im Rahmen der von der EU geförderten Transnationalen Zusammenarbeit in europäischen Großräumen sowie für regionale Entwicklungsvorhaben.

aus Titelgruppen: 4.125.800 4.125.800

Summe HGr. 6: 4.125.800 4.125.800

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

812 10 422 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland 6.876 10.000 9.000

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Erstbeschaffungen	
1.1	Büroausstattung	1.000
1.2	Präsentations- und Dokumentationstechnik	2.000
1.3	Informationstechnik	1.000
	<i>Summe zu 1.</i>	<i>4.000</i>
2.	Ersatzbeschaffungen	
2.1	Büroausstattung	3.000
2.2	Bürotechnik	2.000
	<i>Summe zu 2.</i>	<i>5.000</i>
	Summe	9.000

aus Titelgruppen: 31.674.200 28.924.200

Summe HGr. 8: 31.684.200 28.933.200

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 61 Finanzierung der Braunkohlesanierung

Ausgaben dürfen nur zur Komplementierung der entsprechend dem ergänzenden Verwaltungsabkommen zu finanzierenden Maßnahmen geleistet werden.

Die Ausgaben der Titelgruppe 61 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben bei Titel 685 61 sind übertragbar.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 893 61 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der im Titel 119 61 erzielten Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Maßnahmen nach § 2 des Vierten Verwaltungsabkommens Braunkohlesanierung (VA IV Braunkohlesanierung)

Aufgrund des dritten ergänzenden Verwaltungsabkommens zum Verwaltungsabkommen über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten (VA-Altlastenfinanzierung) in der Fassung vom 10. Januar 1995 über die Finanzierung der Braunkohlesanierung in den Jahren 2008 bis 2012 (VA IV Braunkohlesanierung) vom 2. Juli 2007 zwischen der Bundesregierung und den neuen Ländern wurde festgelegt, dass im Zeitraum 2008 bis 2012 eine Plafondsumme i.H.v. 630, 2 Mio. Euro für die bergbauliche Sanierung, Rekultivierung und Wiedernutzbarmachung eingesetzt wird. Diese Summe wird im Verhältnis 75 % / 25 % zwischen dem Bund und den Ländern aufgeteilt. Ferner stellt der Projektträger, die Lausitzer- und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) Eigenanteile i.H.v. 33,3 Mio. Euro zur Verfügung.

Für das Haushaltsjahr 2012 teilen sich der Bund und die Länder den Plafond zu 64,1 Mio. Euro und 21,35 Mio. Euro. Von dem Länderanteil stellt das Land Brandenburg 11,4 Mio. Euro bereit.

Maßnahmen nach § 3 VA IV Braunkohlesanierung

Im § 3 des VA IV Braunkohlesanierungs wurde für den Zeitraum 2008 bis 2012 festgelegt, dass für die Abwehr von Gefährdungen im Zusammenhang mit dem bergbaubedingten Wiederanstieg des Grundwassers der Bund und die Länder zu gleichen Anteilen einen Betrag i.H.v. 262,1 Mio. Euro zur Verfügung stellen, davon der Bund und die Länder jeweils 131, 05 Mio. Euro

Für das Haushaltsjahr 2012 werden zugunsten von Maßnahmen des Landes Brandenburg insgesamt 21,7 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, davon durch den Bund und das Land Brandenburg jeweils 10,85 Mio. Euro. Projektträger ist die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV).

Maßnahmen nach § 4 VA IV Braunkohlesanierung einschließlich Fördermittel der Europäischen Union

Für weitere Maßnahmen der Braunkohlesanierung, insbesondere zur Erhöhung des Folgenutzungsstandards stellen die Länder einen Finanzrahmen i.H.v. 100 Mio. Euro bereit. Im Haushaltsjahr 2012 stellt das Land Brandenburg einen Betrag in Höhe von 10,8 Mio. Euro bereit.

Neben der Projektträgerschaft der LMBV werden kommunale oder gleichwertige Projektträgerschaften zugelassen.

Für Investitionsvorhaben im Lausitzer Seenland (Land Brandenburg) sind im Zeitraum der EU-Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 Fördermittel aus dem Europäischen Fonds für die regionale Entwicklung (EFRE) i.H.v. insgesamt 5 Mio. Euro vorgesehen. Die Mittel sind im Einzelplan 08 veranschlagt und werden durch Bewirtschaftungsbefugnis an die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) übertragen. Sie sind dem Förderprogramm Gemeinschaftsaufgabe Regionales Wachstum - Infrastruktur (GRW-I) zugeordnet.

Hinzu kommen über den Zeitraum der EU-Förderperiode 2007 bis 2013 Fördermittel aus dem Entwicklungsplan für den ländlichen Raum Berlin-Brandenburg (EPLR) i.H.v. insgesamt 5 Mio. Euro. Diese Mittel sollen im Wesentlichen zu Gunsten von Maßnahmen im Lausitzer Seenland (Land Brandenburg) eingesetzt werden. Die Mittel sind im Einzelplan 11 veranschlagt und werden dem Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF) zur Bewirtschaftung übertragen.

685 61	631	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige im Inland	4.166.235	4.125.800	4.125.800
883 61	631	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	300.000	300.000	300.000

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 200 **Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

893 61 631 **Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland** **35.613.598** **31.374.200** **28.624.200**

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	152.911.100
davon fällig:	
2013 bis zu	9.110.000
2014 bis zu	9.231.100
2015 bis zu	44.660.000
2016 ff. bis zu	89.910.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	34.250.000			34.250.000
2013		34.250.000	9.110.000	43.360.000
2014		33.458.900	9.231.100	42.690.000
2015			44.660.000	44.660.000
2016 ff.			89.910.000	89.910.000
Summen	34.250.000	67.708.900	152.911.100	254.870.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2013 und 2014 werden für Maßnahmen und Projekte der §§ 2, 3 und 4 mit unabweisbarem Mehrbedarf und mittelfristiger Laufzeit benötigt. Sie sind im VA IV Braunkohlesanierung begonnen worden und können aufgrund von Umfang und Komplexität nicht innerhalb des VA IV abgeschlossen werden.

Das VA IV Braunkohlesanierung beginnt mit dem Haushaltsjahr 2008 und endet mit dem Haushaltsjahr 2012. Die Verhandlungen zu einem VA V Braunkohlesanierung beginnen mit dem Haushaltsjahr 2011. Das VA V Braunkohlesanierung beginnt voraussichtlich mit dem Haushaltsjahr 2013 und endet mit dem Haushaltsjahr 2017.

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

972 61 881 **Globale Minderausgabe** **-2.300.000** **-2.000.000**

Erläuterungen:

Die GMA soll bei den Einnahmen und Ausgaben der TG 61 nachgewiesen werden.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61 **33.500.000** **31.050.000**

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **33.500.000** **31.050.000**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	20.000	20.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.398.000	1.397.000
Gesamteinnahme		1.418.000	1.417.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	2.195.500	2.010.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	4.125.800	4.125.800
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	31.684.200	28.933.200
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	-2.300.000	-2.000.000
Gesamtausgabe		35.705.500	33.069.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-34.287.500	-31.652.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	719	Gebühren, sonstige Entgelte	1.247.940	1.200.000	1.300.000
--------	-----	------------------------------------	------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an die Ist- Entwicklung.

112 10	719	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	84.469	60.000	80.000
--------	-----	---	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Enthalten sind Geldstrafen und Geldbußen auf der Grundlage nachstehender gesetzlicher Bestimmungen:

- Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
- § 61 Personenbeförderungsgesetz
- § 45 Verordnung über Betrieb von Kraftfahrtunternehmen im Personenverkehr
- §§ 88 und 94 Güterkraftverkehrsgesetz
- § 41 Landeshafengesetz
- § 89 Landesschiffahrtsgesetz.

Mehr in Anpassung an die Ist-Entwicklung.

119 10	719	Sonstige Einnahmen	146	4.000	4.000
--------	-----	---------------------------	------------	--------------	--------------

119 20	165	Einnahmen aus Veröffentlichungen	1.230	200	200
--------	-----	---	--------------	------------	------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 531 10.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus dem Verkauf von Broschüren (Schutzgebühren).

132 10	719	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		100	100
--------	-----	--	--	------------	------------

Erläuterungen:

					2012
					EUR
1.		Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen			0
2.		Erlöse aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen			100
		Summe			100

Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen sind im Kapitel 11 020 veranschlagt.

Summe HGr. 1:	1.264.300	1.384.300
---------------	------------------	------------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

232 10	719	Erstattung von Verwaltungsausgaben - Gemeinsame Verwaltungseinrichtung	100.391	99.300	99.300
--------	-----	---	----------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Die Einnahmen beinhalten die Erstattung des Landes Berlin für die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg. Im Erstattungsbetrag sind die anteiligen Kosten für den Leiter der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (19.800 EUR) enthalten.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 400 **Landesamt für Bauen und Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

232 20	751	Erstattung von Personalausgaben gemeinsamer Verwaltungseinrichtungen	77.391	0	0
---------------	-----	---	---------------	----------	----------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 428 20.

		Summe HGr. 2:	99.300	99.300	
--	--	---------------	---------------	---------------	--

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

382 10	891	Kostenanteil des Landes Berlin für die Luftaufsicht	105.667	105.700	105.700
---------------	-----	--	----------------	----------------	----------------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 982 10 verwendet werden.

Erläuterungen:

Die Einnahmen beinhalten den vom Land Berlin an die Berliner Flughafengesellschaft mbH zu zahlenden Kostenanteil für die Luftaufsicht.

		Summe HGr. 3:	105.700	105.700	
--	--	---------------	----------------	----------------	--

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

422 10	719	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	2.266.266	2.765.200	2.691.000
---------------	-----	---	------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

	2012 EUR
1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	2.691.000
2. Aufwandsentschädigung	0
3. Sonstige Leistungen	0
Summe	2.691.000

Weniger aufgrund der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2011	2012
Präsident des Landesamtes für Bauen und Verkehr	B3	hD	1,00	1,00
Leitender Regierungsdirektor	A16	hD	4,00	3,00
Regierungsdirektor	A15	hD	7,00	7,00
Oberregierungsrat	A14	hD	8,00	8,00
Regierungsoberamtsrat	A13	gD	13,00	13,00
Regierungsamtsrat	A12	gD	14,00	14,00
Regierungsamtmann	A11	gD	33,00	33,00
Regierungsoberinspektor	A10	gD	13,00	13,00
Zusammen:			93,00	92,00

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2012

Umwandlung / Umsetzung

Abgänge:

Umwandlungen und Umsetzungen				
1,00	A16 hD	Leitender Regierungsdirektor	Umsetzung nach 11 010 / 422 10	Umsetzung gem. § 50 Abs.1 LHO
1,00	Umwandlungen / Umsetzungen			
1,00	Stellen Abgänge insgesamt			
-1,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)			

427 20	719	Entgelte für Aushilfen		0	0
---------------	-----	-------------------------------	--	----------	----------

428 10	719	Entgelte der Arbeitnehmer	6.595.404	8.218.000	8.331.800
---------------	-----	----------------------------------	------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Weniger aufgrund der Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 428 10

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2011	2012
AT I	1,00	1,00
E 15	3,00	3,00
E 14	16,00	16,00
E 13	11,00	11,00
E 11	3,00	3,00
E 10	12,00	12,00
E 9	8,00	8,00
E 8	25,00	25,00
E 6	16,00	16,00
E 4	3,00	3,00
Zusammen:	98,00	98,00

428 20 719 Personalausgaben gemeinsamer Verwaltungseinrichtungen 72.387 0 0

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 232 20 geleistet werden.

Erläuterungen:

Beschäftigung von bis zu 7 Tarifbeschäftigten für die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) gemäß Luftfahrtstaatsvertrag zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg vom 4. Mai 2006 i. V. mit der Verwaltungsvereinbarung zwischen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und dem Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung vom 04.05.2006. Erstattung in voller Höhe durch das Land Berlin.

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2011	2012
E 15	1,00	1,00
E 11	2,00	2,00
E 10	1,00	1,00
E 9	1,00	1,00
E 8	2,00	2,00
Zusammen:	7,00	7,00

453 10 719 Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen 9.467 10.000 20.000

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

		2012
		EUR
1.	Trennungsentschädigung	5.000
2.	Umzugskostenvergütung	15.000
Summe		20.000

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(427 30) 422 Entgelte für Aushilfen bis zu 3 Jahren 0

(427 31) 719 Entgelte für Aushilfen bis zu 2 Jahren 0

Summe HG. 4: 10.993.200 11.042.800

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	719	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	82.642	139.200	153.300
--------	-----	--	---------------	----------------	----------------

Die Einnahmen aus Entgelten für die Nutzung von Kopier- und Druckgeräten fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Geschäftsbedarf	30.000
2.	Bücher, Zeitschriften	70.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	45.000
4.	Sonstiges	8.300
Summe		153.300

Mehr auf Grund gestiegener Kosten für Ergänzungslieferungen.

511 20	719	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	75.336	77.000	79.000
--------	-----	---	---------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Postgebühren	46.000
2.	Mobilfunkanschlüsse	5.000
3.	Fernmeldegebühren	28.000
4.	Sonstiges	0
Summe		79.000

Im Landesamt sind 19 Mobiltelefone im Einsatz.

514 10	719	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	54.982	43.200	48.000
--------	-----	--	---------------	---------------	---------------

Kostenerstattungen für die private Nutzung von Dienst-Kfz fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	47.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	1.000
3.	Verbrauchsmittel	0
4.	Sonstiges	0
Summe		48.000

Mehr wegen den gestiegenen Kraftfahrzeugkosten.

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2011		Soll 2012	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast
Kleinbus	2	0	2	0
PKW	9	2	10	2
Anhänger	1	0	1	0
Wasserfahrzeug	1	0	1	0
Zusammen	13	2	14	2

517 10	719	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	7.735	2.700	8.000
--------	-----	---	--------------	--------------	--------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 517 10

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Heizung	0
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	0
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	0
4.	Grundbesitzabgaben	0
5.	Bewachungskosten	0
6.	Sonstiges	8.000
Summe		8.000

Veranschlagt sind Ausgaben für Leistungen, die nicht vom BLB im Rahmen der Einzelnutzungsvereinbarungen abgedeckt sind. Mehr, da in diesem Jahr die Prüfungen der ortsveränderlichen elektrischen Betriebsmittel durchgeführt werden muss.

518 20 719 **Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge** **16.745** **16.000** **17.000**

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Mieten für Maschinen und Geräte	17.000
2.	Mieten für Software	0
3.	Mieten für Rechenzeiten	0
Summe		17.000

Miete von 8 Kopiergeräten.

Mehr, da mit Aufnahme der Arbeit der örtlichen Luftaufsicht am neuen Verkehrsflughafen die Erweiterung des bestehenden Pool - Vertrages um ein Gerät erforderlich ist.

518 25 719 **Mietzahlungen an den BLB** **906.654** **824.600** **833.800**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2012 EUR
1.	Lindenallee 51, 15366 Hoppegarten (LBV-Hauptsitz)	306.400
2	Gulbener Straße 24, 03046 Cottbus (LBV-Außenstelle Cottbus)	190.300
3	Müllroser Chaussee 48 (Haus 7), 15236 Frankfurt (LBV-Außenstelle Frankfurt)	103.100
4	Mittelstraße 9, 12529 Schönefeld (Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg)	162.200
5	Breite Straße 7a, 14467 Potsdam (LBV-Außenstelle Potsdam)	47.000
6	Flughafen Berlin-Schönefeld, OPS Gebäude, 12521 Berlin (Örtliche Luftaufsicht)	600
7	Flughafen Berlin-Tegel, Bauteil V, 13405 Berlin (Örtliche Luftaufsicht)	24.200
Summe		833.800

Mehr in Anpassung an die Einzelnutzungsvereinbarungen und den erhöhten Betriebsnebenkosten.

518 30 719 **Leasing von Dienstkraftfahrzeugen** **3.891** **4.000** **3.000**

Die Erläuterungen sind nach § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.
Mehrausgaben können bis zur Höhe der Jahresleasingrate aus Titel 811 10 gedeckt werden.

Erläuterungen:

Anzahl der im Leasingverfahren beschafften Dienstfahrzeuge	2011	2012	
		vorhanden	davon neu
PKW	2	2	0
Zusammen	2	2	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

525 10 719 **Aus- und Fortbildung** 311.190 126.000 102.200

Erläuterungen:

	2012 EUR
1. Aus- und Fortbildung	102.200
2. Lehr- und Lernmittel	0
Summe	102.200

Weniger wegen der Veranschlagung von Maßnahmen bei Titel 527 10.

526 10 719 **Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten** 59.545 236.700 129.000

Erläuterungen:

Weniger wegen Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

527 10 719 **Reisekostenvergütungen für Dienstreisen** 20.334 22.500 43.000

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Mehr wegen der Veranschlagung von Maßnahmen, die in den Vorjahren dem Titel 525 10 zugeordnet waren.

531 10 719 **Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation** 14.003 22.500 7.000

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 20 geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Aufgaben der Raumbesichtigung und der Städtebauförderung erfordern professionelle Vermittlung der Arbeitsergebnisse an Ministerien, Kommunen und andere Nachfrager. Erhöhter Aufwand durch Trend zur Professionalisierung von Veröffentlichungen. Durch Outputverbesserung, insbesondere in den Bereichen deutsch-polnische Kooperation, Stadtbau erhöhter quantitativer Bedarf.

Weniger wegen Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

535 10 719 **Ausgaben für Zwecke des Vermessungs- und Katasterwesens** 5.536 4.500 13.000

Erläuterungen:

Mehr wegen bestehenden Nachholebedarfs beim Kartendatenkauf für die Aufgaben der Raumbesichtigung.

537 10 719 **Landes- und Ortsplanung sowie sonstige Planungen** 16.419 45.000 0

Erläuterungen:

Weniger wegen Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

541 10 719 **Ausgaben für Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe** 417 7.700 8.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 400 Landesamt für Bauen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

546 10 719 Sonstiges 3.904 3.600 4.000

Erläuterungen:

Zahlungen an das Kraftfahrt-Bundesamt für Auskünfte aus dem Verkehrszentralregister.

546 15 011 Entgelte für IT-Dienstleistungen und Statistikleistungen auf- 464.700
neu grund von Servicevereinbarungen

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	IT- Grundausstattung je Arbeitsplatz	194.700
2.	IT-Grundausstattung zusätzlicher zeitweiliger Arbeitsplätze	10.000
3.	zusätzliche Leistungen für Arbeitsplätze	14.600
4.	Weitere Servicevereinbarungen	
4.1	Betrieb Fachverfahren	10.400
4.2	LVN-Kosten	209.600
4.3	Kommunikation	19.400
4.4	TK-Verbund	0
4.5	Datenverbund	0
4.6	IT-Weiterbildung	6.000
Summe		464.700

Im Vorjahr mitveranschlagt bei 11 020 546 15. Mehr wegen der Veranschlagung des Verrechnungssatzes - Entgelt an den Dienstleister - ZIT-BB

546 20 719 Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte 1.351 0 0

Erläuterungen:

Zahlungen aus Ansprüchen gegen das Land, die auf Rechtsstreitigkeiten (gerichtlich oder außergerichtlich) beruhen.

547 10 719 Sonstige Dienstleistungen 0
neu

siehe Deckungsvermerk bei Kapitel 11 460 Titel 891 10.

Erläuterungen:

Die Durchführung der Anhörungsverfahren für mehrere große Straßenbaumaßnahmen sind nicht von der Anhörungsbehörde allein zu bewältigen. Zur Unterstützung (Organisation, Protokollführung, technische Ausstattung u.ä.) sollen Firmen beauftragt werden, die sich auf ein derartiges Verfahren spezialisiert haben.

aus Titelgruppen: 299.300 182.800

Summe HGr. 5: 1.874.500 2.095.800

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

685 10 751 Personalkostenerstattung Luftaufsicht BER 0 60.000

Erläuterungen:

Personalkostenzuschuss für die örtliche Luftaufsicht, welche durch beliehenes Personal durchgeführt wird.

Summe HGr. 6: 0 60.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10	719	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	7.562	51.100	40.600
--------	-----	---	--------------	---------------	---------------

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Siehe Haushaltsvermerk bei Titel 518 30.

Ausgaben für den Erwerb von Dienstfahrzeugen, die im Wege des Leasings beschafft werden, sind gesperrt, soweit sie nicht zur Deckung der Leasinggebühren bei Titel 518 30 verwendet werden.

Erläuterungen:

Neubeschaffungen:		2012
		EUR
1	PKW	40.600
Zusammen		40.600

Für die Luftaufsicht auf dem Verkehrsflughafen BER ist ein zweites Dienstfahrzeug mit der kompletten Ausrüstung für den ordnungsgemäßen Betrieb notwendig, weil die Fläche des neuen Flughafens mehr als doppelt so groß ist wie der alte Flughafen Schönefeld.

Darüber hinaus ist spätestens ab dem Jahr 2012 von einer Personalausstattung von 6 Bediensteten der Luftaufsicht (bisher 3) auszugehen, die im Schichtbetrieb während des Flugbetriebes zwischen 5:00 und 24: 00 mit einer Überschneidung der Schichtperioden tätig sein werden. Zur Wahrnehmung der Aufgaben ist somit ein zweites als Bürofahrzeug nutzbares Dienstfahrzeug (PKW-Kombi) notwendig .

812 10	719	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	7.356	10.000	10.000
--------	-----	--	--------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffungen

		2012
		EUR
1.	Ausstattungsgegenstände	10.000
Summe		10.000

aus Titelgruppen: **81.100** **39.200**

Summe HGr. 8: **142.200** **89.800**

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

982 10	891	Kostenanteil des Landes Berlin für die Luftaufsicht	105.667	105.700	105.700
--------	-----	--	----------------	----------------	----------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Titel 382 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Weiterleitung des vom Land Berlin an die Berliner Flughafengesellschaft mbH zu zahlenden Kostenanteils für die Luftaufsicht.

Summe HGr. 9: **105.700** **105.700**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 79 Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk

Erläuterungen:

Die Titelgruppe ist eingerichtet für die Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk, die aufgrund der Einsparverpflichtung aus der Personalbedarfsplanung bis 2014 sowie aus sonstigen Gründen entfallen sollen.

422 79	719	Planstellen mit kw-Vermerk (Beamte)		0	0
428 79	719	Stellen mit kw-Vermerk (Arbeitnehmer)		0	0

Stellenübersicht:

EntgeltGr.		2011	2012
E 13		1,00	1,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012)		
E 10		3,00	3,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013) 2,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)		
E 9		10,00	9,00
davon kw:	3,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014) 2,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012) 4,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013)		
E 6		5,00	5,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2012 (bis 31.12.; PBP 2012) 2,00 im Jahr 2013 (bis 31.12.; PBP 2013) 2,00 im Jahr 2014 (bis 31.12.; PBP 2014)		
Zusammen:		19,00	18,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2012

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung		
1,00	E 9	Einsparung 2011 laut Personalbedarfsplanung
1,00		Abgänge durch Personalbedarfsplanung
1,00		Stellen Abgänge insgesamt
-1,00		Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Nachrichtlich: Summe TGr. 79		0	0
-------------------------------------	--	---	---

TGr. 99 Ausgaben der Datenverarbeitung

511 99	719	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	29.821	68.000	42.000
--------	-----	--	--------	--------	--------

Erläuterungen:

		2012 EUR
1	Hardware	0
2	Software	2.000
3	Unterhaltung	30.000
4	Kommunikation	5.000
5	Sonstiges	5.000
	Summe	42.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 400 Landesamt für Bauen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 511 99

Weniger wegen der Umsetzung von Mitteln an den ZIT-BB .

518 99	719	Mieten		0	0
525 99	719	Aus- und Fortbildung	10.151	13.500	15.000

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	15.000
2.	Lehr- und Lernmittel	0
Summe		15.000

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

		2012 EUR
1.	Initialtext	0
Summe		0

538 99	719	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	53.107	217.800	125.800
---------------	-----	---	---------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Weniger wegen Übergabe von Mitteln an den ZIT-BB.

812 99	719	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	267.274	81.100	39.200
---------------	-----	---	----------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

		2012 EUR
1.	Erstbeschaffungen	
1.1	Hardware	0
1.2	Software	35.000
1.3	Kommunikation	0
<i>Summe zu 1.</i>		<i>35.000</i>
2.	Ersatzbeschaffungen	
2.1	Hardware	0
2.2	Software	0
2.3	Kommunikation	0
<i>Summe zu 2.</i>		<i>0</i>
3.	Sonstiges	
3.1	Sonstiges	4.200
<i>Summe zu 3.</i>		<i>4.200</i>
Summe		39.200

Weniger wegen Übergabe von Mitteln an den ZIT-BB.

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 99	380.400	222.000
-----------------------	---------------	----------------	----------------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Ausgaben der Titelgruppen	380.400	222.000
-----------------------	---------------------------------	----------------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.264.300	1.384.300
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	99.300	99.300
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	105.700	105.700
Gesamteinnahme		1.469.300	1.589.300

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	10.993.200	11.042.800
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.874.500	2.095.800
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	60.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	142.200	89.800
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	105.700	105.700
Gesamtausgabe		13.115.600	13.394.100
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-11.646.300	-11.804.800

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 15	725	Rückflüsse aus Zuwendungen	1.352	0	0
--------	-----	----------------------------	-------	---	---

Erläuterungen:

Der Titel ist vorsorglich für Rückflüsse aus Verwendungsnachweisprüfungen eingerichtet.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(124 10)	723	Mieten und Pachten		0	
----------	-----	--------------------	--	---	--

Summe HGr. 1:			0	0	0
---------------	--	--	---	---	---

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

281 40	711	Abführungen des Landesbetriebes Straßenwesen an den Landeshaushalt		0	0
--------	-----	--	--	---	---

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(231 30)	722	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch den Bund im Rahmen des Gemeinschaftsaufwandes		0	
----------	-----	--	--	---	--

(233 20)	724	Erstattungen von Kommunen für erbrachte Winterdienstleistungen		0	
----------	-----	--	--	---	--

(233 30)	724	Erstattungen von Kommunen für erbrachte Unterhaltungsleistungen an Kreisstraßen		0	
----------	-----	---	--	---	--

(281 30)	729	Erstattungen von Dritten für Unterhaltungsarbeiten		0	
----------	-----	--	--	---	--

Summe HGr. 2:			0	0	0
---------------	--	--	---	---	---

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 10	725	Zuweisungen für Investitionen vom Bund für Straßen- und Brückenbau gemäß Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG)	32.529.600	32.529.600	32.529.600
--------	-----	--	------------	------------	------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 883 10

Erläuterungen:

Den Ländern stehen nach Art. 143c GG i.V.m. dem Entflechtungsgesetz ab 2007 Kompensationszahlungen aus dem Bundeshaushalt zu.

Diese Fördermittel werden zur Verbesserung des kommunalen Straßenbaus und des ÖPNV eingesetzt. Veranschlagt ist der Anteil der Kompensationsmittel zur Verbesserung des Kommunalen Straßenbaus.

389 01	729	Einnahmen des Bundes zur Ausgleichsfinanzierung -Investitionen an Bundesfernstraßen-		0	0
--------	-----	--	--	---	---

*Siehe Vermerk bei Titel 989 01.
 (§ 17 Abs. 3 LHO)*

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 989 01.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(331 11)	722	Erstattung vom Bund für Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht an Bundesstraßen		0	
(331 12)	721	Erstattungen vom Bund für Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht für Bundesautobahnen		0	
(333 11)	724	Erstattungen von Kommunen für Investitionen		0	
(337 10)	723	Erstattungen von Dritten für Investitionen im Straßen- und Brückenbau		0	
Summe HGr. 3:				32.529.600	32.529.600

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 90 Projekt easy Way (Connect)

Erläuterungen:

Die EU- Kommission gewährt einen Zuschuss für Vorhaben von gemeinsamen Interesse "EasyWay" -2007-EU - 50010 - P- auf dem Gebiet der europaweiten Einführung von intelligenten Verkehrssystemen auf dem wichtigsten Korridoren des transeuropäischen Netzes (TEN- V).

Das Projekt wird fortgesetzt. Es werden Planungs- und Baukosten für den Aufbau und die Erneuerung von intelligenten Verkehrssystemen (Straße) im Land Brandenburg zu jeweils 20% gefördert.

Die Einnahmen werden u.a. für den Aufbau des gemeinsamen Verkehrsmanagements Berlin- Brandenburg, für den Umbau der Verkehrsbeeinflussungsanlage A 10 sowie für den Verkehrsdatenaustausch mit der Republik Polen genutzt.

331 90	011	Zuschuss des Bundes für das Projekt easy Way (Connect)	231.329	0	0
---------------	------------	---	----------------	----------	----------

Die Ist- Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei der Titelgruppe 90.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 90	0	0
-------------------------------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0
--	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Innerhalb des Kapitels sind die Verpflichtungsermächtigungen folgender Titel gegenseitig deckungsfähig:
682 50, 682 51, 891 10, 891 11 und 891 12

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	723	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	4.225	1.500	1.500
--------	-----	--	--------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Veröffentlichung von Planfeststellungsbeschlüssen.

537 10	711	Kosten für Gutachten	10.000	50.000	50.000
--------	-----	-----------------------------	---------------	---------------	---------------

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012		20.000		20.000
2013		20.000		20.000
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen		40.000		40.000

Erläuterungen:

Gutachterliche Unterstützung bei der Überprüfung und Weiterentwicklung von Anpassungsstrategien an den demographischen und wirtschaftlichen Wandel.

541 10	711	Aufwendungen für Ausstellungen, Wettbewerbe, Ausschreibungen, Veranstaltungen		3.000	3.000
--------	-----	--	--	--------------	--------------

aus Titelgruppen:

200.000 **114.800**

Summe HGr. 5:

254.500 **169.300**

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

682 40	711	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Personalkosten	82.281.194	83.407.300	81.702.400
--------	-----	---	-------------------	-------------------	-------------------

682 50	711	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit	7.507.100	6.913.600	7.118.500
--------	-----	---	------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Zuschuss für Aufwendungen für die verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit z.B. Bürobedarf, Brief- und Paketgebühren, Post- und Fernmeldebereich, Fachliteratur, Mieten und Pachten, Entschädigungen und Ersatzleistungen an Dritte.

Mehr wegen zunehmender (Rechts)verpflichtungen (Finanzierung des VMM, ZIT, Finanzierung der neu einzuführenden Fachverfahren).

682 51	723	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für betriebliche Tätigkeit	30.950.297	28.940.000	26.700.000
--------	-----	---	-------------------	-------------------	-------------------

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 682 51

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	21.000.000
davon fällig:	
2013 bis zu	15.000.000
2014 bis zu	5.000.000
2015 bis zu	1.000.000
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	5.000.000	15.000.000		20.000.000
2013		5.000.000	15.000.000	20.000.000
2014			5.000.000	5.000.000
2015			1.000.000	1.000.000
2016 ff.				
Summen	5.000.000	20.000.000	21.000.000	46.000.000

Erläuterungen:

Weniger wegen Konsolidierungsvorgaben der Landesregierung.

683 10	723	Erstattungen von Aufwendungen an nicht bundeseigene Eisenbahninfrastrukturunternehmen	283.213	410.000	410.000
---------------	------------	--	----------------	----------------	----------------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	350.000
davon fällig:	
2013 bis zu	300.000
2014 bis zu	50.000
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012				
2013			300.000	300.000
2014			50.000	50.000
2015				
2016 ff.				
Summen			350.000	350.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 683 10

Erläuterungen:

Für die Unterhaltung und den Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Landesstraßen und Wegen sowie für sonstige Leistungen werden nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) Aufwendungen erstattet.
 Mehr aufgrund der verstärkten Übernahme von Strecken durch nichtbundeseigene Eisenbahninfrastrukturunternehmen (NEB).

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(682 41)	711	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für eingesetztes Personal incl. Auszubildende an Bundesautobahnen		0	
(682 43)	711	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Personal der Verkehrsrechnerzentrale		0	
(682 44)	711	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für eingesetztes Personal an Kreisstraßen		0	
Summe HGr. 6:				119.670.900	115.930.900

HGr. 7: Baumaßnahmen

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(799 10)	725	Minderausgaben bei den Baumaßnahmen			
Summe HGr. 7:					

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

883 10	725	Zuweisungen für Investitionen des Bundes für den kommunalen Straßen- und Brückenbau gemäß Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG)	32.529.600	32.529.600	32.529.600
---------------	-----	--	-------------------	-------------------	-------------------

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von Mehreinnahmen bei Titel 331 10 geleistet werden.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	27.500.000
davon fällig:	
2013 bis zu	19.000.000
2014 bis zu	6.000.000
2015 bis zu	2.500.000
2016 ff. bis zu	

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 883 10

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	8.500.000	19.000.000		27.500.000
2013	2.500.000	6.000.000	19.000.000	27.500.000
2014		2.500.000	6.000.000	8.500.000
2015			2.500.000	2.500.000
2016 ff.				
Summen	11.000.000	27.500.000	27.500.000	66.000.000

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 331 10.

Die auf der Grundlage des Entflechtungsgesetzes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden durchzuführende investive Förderung hat u.a. das Ziel:

- Verbesserung der Verkehrsverhältnisse durch den Ausbau von verkehrswichtigen Straßen und Brücken,
- Verbesserung der Verkehrssicherheit und des Erscheinungsbildes in Ortsdurchfahrten,
- Schaffung sicherer Schulwege durch den Ausbau von Radwegen.

891 10	723	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Straßenplanung und Straßenbau	72.217.900	50.036.000	50.085.000
---------------	------------	--	-------------------	-------------------	-------------------

Minderausgaben dienen zur Deckung von Ausgaben Kapitel 11 400 Titel 547 10.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	54.000.000
davon fällig:	
2013 bis zu	25.000.000
2014 bis zu	22.000.000
2015 bis zu	7.000.000
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	23.203.700	30.000.000		53.203.700
2013	4.766.600	20.000.000	25.000.000	49.766.600
2014		5.000.000	22.000.000	27.000.000
2015			7.000.000	7.000.000
2016 ff.				
Summen	27.970.300	55.000.000	54.000.000	136.970.300

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 891 10

Erläuterungen:

Mit dem Zuschuss soll der Landesbetrieb Straßenwesen die ihm übertragenen Ausgaben in folgenden Bereichen erfüllen:

- Planungs- und Entwurfsbearbeitung an Bundesfern- und Landesstraßen, Brücken und Radwegen,
- Um-, Ausbau von Landesstraßen und Brücken,
- Neubau von Landesstraßen und Brücken,
- Maßnahmen des Radwegeprogramms,
- Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen von Landesstraßen und Brücken,
- Kreuzungsmaßnahmen,
- Grunderwerb für Landesstraßen.

Übersicht über vorgesehene Straßenbaumaßnahmen ab 500 T€ (Maßnahmen sind nicht verbindlich)

Bei den Maßnahmen handelt es sich um EFRE- und landesmittelfinanzierte, die sowohl dem Titel 891 10 als auch dem Titel 891 12 zuzuordnen sind.

Neu-, Um-, Ausbau- und Erhaltungsmaßnahmen

1. Neubaumaßnahmen:

lfd. Nr.	Maßnahme	vorauss. Gesamtkosten 1.000 EUR	vorauss. verausgabt bis 2011 1.000 EUR	Ansatz 2012 1.000 EUR	Vorbehalten für 2013ff 1.000 EUR
	L 66 NE Mühlberg	5.110,0	2.981,0	1.797,0	332,0
	L 40 Neubau Güterfelder Eck	10.126,0	3.849,0	2.000,0	4.277,0
	L 40 OU Güterfelde	44.132,0	17.195,0	3.885,0	23.052,0
	L 76 Mahlow 2.BA	9.973,0	1.568,0	4.360,0	4.045,0
	L33 vierstreifiger Ausbau AS Marzahn-OL Hönnow	5.682,0	1.897,0	3.288,0	497,0
	L17 RW Henningsdorf- Marwitz	917,0	154,0	551,0	212,0
	L 303 RW Eggersdor- K6419	1.036,0	125,0	850,0	61,0
	L 96 RW Jerchel -Marquede	864,0	62,0	500,0	302,0
	L 90 RW Werder-Phöben	1.950,0	132,0	900,0	918,0
	L 73 RW Zauchwitz - Stücken	2.016,0	55,0	915,0	1.046,0
	L 73 Stücken - Fresdorf	1.585,0	64,0	511,0	1.010,0
	L 911 RW Brandenburg- K 6941	1.555,0	920,0	635,0	0,0
	L 200 RW Bernau - Rüdnitz	1.023,0	313,0	578,0	132,0
	Summe	85.969,0	29.315,0	20.770,0	35.884,0

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 891 10

Übersicht über vorgesehene Straßenbaumaßnahmen ab 500 T€ (Die Maß-
nahmen sind nicht verbindlich)

2. Um- und Ausbaumaßnahmen (L 76 und L 33) sowie Erhaltungsmaß-
nahmen

Ifd. Nr.	Maßnahme	vorauss. Gesamtkosten 1.000 EUR	vorauss. verausgabt bis 2011 1.000 EUR	Ansatz 2012 1.000 EUR	Vorbehalten für 2013ff 1.000 EUR
	L 66 Freie Strecke von der B 183 - Mäglenz	5.563,0	1.645,0	1.525,0	2.393,0
	L 239 Br.ü. d. Weise und über die Dievernitz	1.224,0	579,0	645,0	0,0
	L21 OD Liebenwalde	1.023,0	89,0	865,0	69,0
	L 258 Brücke über d. Köhntop	556,0	51,0	505,0	0,0
	L 172 ODVelten, 3.+4. BA	2.468,0	1.695,0	714,0	59,0
	L 26 FS Kleptow-Prenzlau, 1.+2, BA (einschl. RW)	8.157,0	5.238,0	2.225,0	694,0
	L 40 BW Storkower Kanal bei Kummersdorf	1.668,0	138,0	515,0	1.015,0
	L 372 OD Ziltendorf	2.316,0	168,0	1.408,0	740,0
	L 303 OD Eggersdorf	2.445,0	1.704,0	741,0	0,0
	L 16 OD Neuruppin, OE - LAS Klinik	5.529,0	2.270,0	2.528,0	731,0
	L 338 OD Neuenhagen KP L 338/ K6425	719,0	110,0	551,0	58,0
	L 14 OD Lellichow	1.697,0	276,0	1.070,0	351,0
	L 16/18 KP Abzw. Storbeck	785,0	56,0	700,0	29,0
	L 147 BW ü.d. Dosse bei Freyenstein	598,0	70,0	500,0	28,0
	L 14 Kyritz Westfahlenallee +BW	1.650,0	436,0	1.214,0	0,0
	L 18 OD Katerbow	1.214,0	334,0	880,0	0,0
	L 982/991 O Nennhausen	1.970,0	78,0	700,0	1.192,0
	L 82 BW 5 ü.d. Funder bei Niemegek	1.349,0	419,0	500,0	430,0
	Summe	40.931,0	15.356,0	17.786,0	7.789,0

891 11 723 Zuführung für Investitionen des Landesbetriebes Straßenwesen 6.370.000 5.000.000 5.000.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	4.500.000
davon fällig:	
2013 bis zu	3.500.000
2014 bis zu	1.000.000
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	100.000	3.500.000		3.600.000
2013		1.000.000	3.500.000	4.500.000
2014			1.000.000	1.000.000
2015				
2016 ff.				
Summen	100.000	4.500.000	4.500.000	9.100.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 891 11

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Zuführungen für die Beschaffung von Kraftfahrzeugen, Investitionen im IT-Bereich und Beschaffung von Fahrzeugen für den Betriebsdienst zur Erledigung der Aufgaben.

Für den Verwaltungsbereich werden 2012 3 DKfz als Ersatz beschafft, für den Betriebsdienst Spezialfahrzeuge und Geräte wie u.a. 3 Buschholzhacker, 6 6t Asphalt-Thermo-Behälter auf Tandemanhänger, 16 Radlager mit Anbaugeräten, 1 LKW mit Streuer und Pflug, 9 Kolonnenfahrzeuge.

Die Veranschlagung der Mittel für Investitionen deckt jedoch nicht die jährlichen Abschreibungen für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge von durchschnittlich 6 Mio Euro /Jahr. Damit ist der Landesbetrieb Straßenwesen nicht in der Lage, die notwendigen Ersatzbeschaffungen vorzunehmen.

891 12	723	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen zur Kofinanzierung von EU- finanzierten Planungen und Baumaßnahmen	7.280.789	13.300.000	9.500.000
---------------	------------	---	------------------	-------------------	------------------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	840.000
davon fällig:	
2013 bis zu	500.000
2014 bis zu	340.000
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	4.578.700	800.000		5.378.700
2013	1.833.400	800.000	500.000	3.133.400
2014			340.000	340.000
2015				
2016 ff.				
Summen	6.412.100	1.600.000	840.000	8.852.100

Erläuterungen:

Mit den veranschlagten Ausgaben werden die bei Kapitel 08 050 veranschlagten EU-Mittel kofinanziert. Weniger wegen Auslaufen der EFRE-Förderperiode im Jahr 2013.

aus Titelgruppen:	1.300.000	1.351.800
Summe HGr. 8:	102.165.600	98.466.400

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

989 01	729	Ausgaben zur Vorfinanzierung von Investitionen an Bundesfernstraßen	0	0
---------------	------------	--	----------	----------

Ausgaben dürfen im Vorgriff auf erwartete Einnahmen bei Titel 389 01 bis zur Höhe von 20 Mio. € geleistet werden.

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 989 01

Erläuterungen:

Ausgaben dürfen bis zu einer Höhe von 20 Mio € für Investitionen des Bundes während des laufenden Haushaltsjahres vorübergehend geleistet werden, soweit der Bund entsprechende zusätzliche Mittelzuweisungen in Aussicht stellt. Die geleisteten Ausgaben werden noch vor Abschluss des Haushaltsjahres durch Bundesmittel ausgeglichen.

Summe HGr. 9:

0

0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Bauliche Maßnahme an Landesstraßen, Sonderfinanzierung

1. Die Ausgaben der TG sind gegenseitig deckungsfähig.

518 60 723 Finanzierungskosten für Sonderfinanzierungen 282.313 200.000 114.800

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	72.400	190.000		262.400
2013	48.900	140.000		188.900
2014	24.800	90.000		114.800
2015		50.000		50.000
2016 ff.				
Summen	146.100	470.000		616.100

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Zinszahlungen des Landes im Rahmen der Finanzierung für die Baumaßnahme "OU Fürstenwalde". Weniger wegen geringeren Zinszahlungen.

in Euro

Voraussichtliche Gesamtkosten: 7.376.483
bisher bewilligt und verausgabt: 7.123.283
Ansatz 2011: 114.800
Vorbehalten bis 2015: 138.400

823 60 723 Investitionskosten für Sonderfinanzierungen 1.239.992 1.300.000 1.351.800

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	863.200	600.000		1.463.200
2013	886.600	600.000		1.486.600
2014	910.700	650.000		1.560.700
2015		650.000		650.000
2016 ff.				
Summen	2.660.500	2.500.000		5.160.500

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 823 60

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die anfallenden Tilgungsraten des Landes im Rahmen der Finanzierung für die Baumaßnahme "OU Fürstenwalde".

	in Euro
Voraussichtliche Gesamtkosten:	16.403.992
bisher bewilligt und verausgabt:	11.726.392
Ansatz 2011:	1.351.800
Vorbehalten bis 2015:	3.325.800

Mehr wegen höheren Tilgungsraten.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(972 60) 881 **Globale Minderausgabe** 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 60 1.500.000 1.466.600

TGr. 90 Projekt easy Way (Connect)

1. Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 331 90 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

2. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

546 90 011 **Ausgaben für das Projekt easy Way (Connect)** 0 0

891 90 011 **Zuschuss an den Landesbetrieb für das Projekt CONNECT** 231.329 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 90 0 0

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen 1.500.000 1.466.600

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	32.529.600	32.529.600
Gesamteinnahme		32.529.600	32.529.600

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	254.500	169.300
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	119.670.900	115.930.900
HGr. 7	Baumaßnahmen		
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	102.165.600	98.466.400
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0
Gesamtausgabe		222.091.000	214.566.600
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-189.561.400	-182.037.000

Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Straßenwesen

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2010 - EUR -	Ansatz 2011 - EUR -	Ansatz 2012 - EUR -
1	2	3	4	5	6
Erfolgsplan					
Erträge					
1		Umsatzerlöse	2.275.699	2.100.000	2.100.000
2		Erlöse aus Zuschüssen für laufende Aufwendungen (682 40, 682 50, 682 51)	91.642.099		
2		- davon Erlöse aus Zuschuss des Landes für Personal (682 40)*	0	83.407.300	81.702.400
2		- davon Erlöse aus Zuschuss des Landes für verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit (682 50)*	0	6.913.600	7.118.500
2		- davon Erlöse aus Zuschuss des Landes für betriebliche Tätigkeit (682 51)*	0	28.940.000	26.700.000
2		Erlöse aus investiven Zuschüssen (Land 891 10, 891 12)	79.730.018	63.336.000	59.585.000
2		Erlöse aus investiven Zuschüssen (EU)	21.238.369	40.000.000	28.500.000
2		Erstattungen Dritter im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung (für Personal, Betriebsdienst, Planung und Bau)	47.344.425	38.397.000	40.157.000
3		sonstige betriebliche Erträge	12.248.190	11.000.000	11.000.000
4		Zinsen und außerordentliche Beträge	134		
5		Erträge aus der Entnahme von Rücklagen			
		Summe zu	254.478.934	274.093.900	256.862.900
		Gesamtsumme Erträge	254.478.934	274.093.900	256.862.900
Aufwendungen					
6		Materialaufwand	13.073.303	10.500.000	11.500.000
7		Bezogene Leistungen	110.034.450	138.993.900	118.785.000
8		Personalaufwand	106.245.245	106.100.000	108.351.300
9		Abschreibungen	8.054.161	8.500.000	8.200.000
10		Sonstige betriebliche Aufwendungen	17.063.559	10.000.000	10.026.600
11		Zinsen und außerordentliche Aufwendungen, sonstige Steuern	8.216	0	0
12		Abführungen an den Landeshaushalt	0	0	0
		Summe zu	254.478.934	274.093.900	256.862.900
		Gesamtsumme Aufwendungen	254.478.934	274.093.900	256.862.900
Abschluss					
		Erträge	254.478.934	274.093.900	256.862.900
		Aufwendungen	254.478.934	274.093.900	256.862.900
Ablieferungen					
Zuführungen					

Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Straßenwesen

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2010 - EUR -	Ansatz 2011 - EUR -	Ansatz 2012 - EUR -
1	2	3	4	5	6
<p>* Da der Wirtschaftsprüfer derzeit diese Positionen im Rahmen des Jahresabschlusses 2010 prüft, können die Daten (Ist 2010) nicht ausgewiesen werden.</p> <p>nachrichtlich: Im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung werden vom LS weitere Leistungen erbracht. Vorbehaltlich der Bestätigung des Bundeshaushaltes stehen dafür Bundesmittel für die Straßenunterhaltung und für Investitionen im Bundesfernstraßenhaushalt i.H.v. rund 280 Mio. € (2010: 278.331.000 €; 2011: 283.548.000 €) zur Verfügung. Die Bewirtschaftung dieser Mittel erfolgt nach den Grundsätzen der Kameralistik.</p> <p>Erläuterungen zu den Positionen: 1 Erträge aus Gebühren und Entgelten 2 Zuweisung MIL für Personal, Verwaltung und Betriebsdienst Zuweisung MIL für Planung und Bau aus Kapitel 11 460 Zuweisung MIL für Planung und Bau aus Kapitel 08 050 Erstattungen Dritter für verauslagte Personalkosten im Rahmen des Gemeinschaftsaufwandes, der Zweckausgaben etc. 3 Passiv. Abschreibung der Sonderposten für Investitionszuschüsse, Schadenersatz, Auflösung Rückstellungen 4 Sonst. außerordentliche Erträge 5 Erträge aus der Entnahme von Rücklagen 6 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Energie, Ersatzteile 7 Fremdleistungen für Planung, Bau und Unterhaltung sowie Fremdreparaturen 8 Vergütung der Beamten und Beschäftigten einschl. Sozialaufwendung AG-Anteil und sonst. Personalkosten 9 Abschreibung auf techn. Anlagen, Maschinen und Geräte, Betriebs- und Geschäftsausstattung 10 Mieten, Pachten, Leasing, Gebühren, Telekommunikation, Ergebnisverwendung 11 Sonst. und periodenfremde Aufwendungen</p>					
<p>Finanzplan</p>					
<p>Deckungsmittel</p>					
14		Zuweisungen des Landes für Investitionen des Betriebes	6.370.000	5.300.000	5.000.000
		Zusammen	6.370.000	5.300.000	5.000.000
<p>Finanzbedarf</p>					
15		Investitionen für Verwaltung und Betrieb	6.370.000	5.300.000	5.000.000
		Zusammen	6.370.000	5.300.000	5.000.000
<p>Stellenplan/-übersicht</p>					
				Stellenanzahl	
				Soll 2011	Soll 2012
Planmäßige Beamte					
B4	hD	Präsident des Landesbetriebs Straßenwesen		1,00	1,00
B2	hD	Direktor beim Landesbetrieb Straßenwesen		3,00	3,00
A16	hD	Leitender Regierungsdirektor		5,00	5,00
A15	hD	Regierungsdirektor		14,00	14,00
A14	hD	Oberregierungsrat		19,00	19,00
A13	hD	Regierungsrat		5,00	3,00

Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Straßenwesen

Ktn.	Konto	Zweckbestimmung	Ist	Ansatz	Ansatz
Grp			2010	2011	2012
1	2	3	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6
A13	gD	Regierungsoberamtsrat		39,00	39,00
A12	gD	Regierungsamtsrat		95,00	93,00
A11	gD	Regierungsamtmann		128,00	124,00
A10	gD	Regierungsoberinspektor		60,00	60,00
A9	mD	Regierungsamtsinspektor		13,00	13,00
A8	mD	Regierungshauptsekretär		9,00	9,00
Zusammen:				391,00	383,00
Arbeitnehmer					
AT I				1,00	1,00
E 15				18,00	18,00
E 14				7,00	7,00
E 13				40,00	37,00
E 11				88,00	84,00
E 10				130,00	129,00
E 9				77,00	76,00
E 8				241,00	239,00
E 7				418,00	418,00
E 6				222,00	218,00
E 5				501,00	490,00
E 4				92,00	75,00
E 3				24,00	24,00
Zusammen:				1.859,00	1.816,00
Stellen Auszubildende:					
AZUBI				67,00	67,00
Zusammen:				67,00	67,00
Bemerkungen					
In o. a. Stellenplan-/übersicht ist folgendes drittmittelfinanziertes Personal veranschlagt:					
1 Stelle E 13					
4 Stellen E 9					
113 Stellen E 8					
113 Stellen E 7					
34 Stellen E 6					
177 Stellen E 5					
24 Stellen E 3					
20 Stellen AZUBI					
466 Arbeitnehmer					
- davon 445 für auf Bundesautobahnen eingesetztes Straßenunterhaltungspersonal - Erstattung in voller Höhe durch den Bund;					
- davon 5 für den Betrieb der Verkehrsrechnerzentrale, deren Finanzierung das Land Brandenburg entsprechend einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Land Berlin in der Weise trägt, dass die Personalkosten von insgesamt 10 beschäftigten Arbeitnehmern zu gleichen Teilen von beiden Ländern getragen wird;					
- davon 16 für auf Kreisstraßen eingesetztes Straßenunterhaltungspersonal - Erstattung in voller Höhe durch den Landkreis Teltow-Fläming.					
20 Auszubildende					
- für die Straßenwärter-Ausbildung auf Bundesautobahnen - Erstattung in voller Höhe durch den Bund.					
Der Stellenplan ist verbindlich.					

Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Straßenwesen

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2010 - EUR -	Ansatz 2011 - EUR -	Ansatz 2012 - EUR -
1	2	3	4	5	6
Leerstellen Altersteilzeit:					
A 15	hD	Regierungsdirektor		1,00	1,00
A 13	hD	Regierungsrat		1,00	1,00
A 13	gD	Oberamtsrat		1,00	1,00
A 12	gD	Regierungsamtsrat		1,00	1,00
A 11	gD	Regierungsamtmann		1,00	1,00
E 15				0,00	1,00
E 14				1,00	0,00
E 13				2,00	3,00
E 12				13,00	10,00
E 11				21,00	21,00
E 10				12,00	14,00
E 9				14,00	16,00
E 8				20,00	20,00
E 7				7,00	6,00
E 6				13,00	12,00
E 5				21,00	17,00
E 4				1,00	3,00
E 3				1,00	0,00
Zusammen:				131,00	128,00
Begründung der Änderungen im Stellenplan bzw. der Stellenübersicht					
Abgänge infolge Einsparung gemäß PBP 2011					
2,00	A 13 hD	Regierungsrat			
2,00	A 12	Regierungsamtsrat			
4,00	A 11	Regierungsamtmann			
3,00	E 13				
4,00	E 11				
1,00	E 10				
1,00	E 9				
2,00	E 8				
4,00	E 6				
11,00	E 5				
17,00	E 4				
51,00	Stellen Abgänge insgesamt				
Zugänge Leerstellen Altersteilzeit					
1,00	E 15				
1,00	E 13				
5,00	E 11				
3,00	E 10				
6,00	E 9				
2,00	E 8				
2,00	E 6				
2,00	E 4				
22,00	Leerstellen Zugänge insgesamt				
Abgänge Leerstellen Altersteilzeit					
1,00	E 14				
3,00	E 12				
5,00	E 11				
1,00	E 10				
4,00	E 9				
2,00	E 8				
1,00	E 7				
3,00	E 6				
4,00	E 5				
1,00	E 3				
25,00	Leerstellen Abgänge insgesamt				
-3,00	Leerstellen Zugänge/Abgänge (-)				

Ktn. Grp	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2010 - EUR -	Ansatz 2011 - EUR -	Ansatz 2012 - EUR -
1	2	3	4	5	6
kw-Vermerke wegen der Umsetzung der Personalbedarfsplanung bis 2014					
davon kw-Vermerke 2012					
2,00	A 12	PBP 2012			
1,00	A 11	PBP 2012			
1,00	A 10	PBP 2012			
2,00	E 13	PBP 2012			
5,00	E 11	PBP 2012			
6,00	E 10	PBP 2012			
11,00	E 9	PBP 2012			
1,00	E 8	PBP 2012			
2,00	E 6	PBP 2012			
8,00	E 5	PBP 2012			
25,00	E 4	PBP 2012			
64,00		kw-Vermerke 2012 insgesamt			
davon kw-Vermerke 2013					
1,00	E 13	PBP 2013			
18,00	E 9	PBP 2013			
40,00	E 5	PBP 2013			
59,00		kw-Vermerke 2013 insgesamt			
davon kw-Vermerke 2014					
1,00	E 13	PBP 2014			
15,00	E 9	PBP 2014			
8,00	E 8	PBP 2014			
12,00	E 6	PBP 2014			
15,00	E 5	PBP 2014			
4,00	E 4	PBP 2014			
55,00		kw-Vermerke 2014 insgesamt			

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	719	Gebühren, sonstige Entgelte	69.203	100.000	70.000
--------	-----	------------------------------------	---------------	----------------	---------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 546 20.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die erwarteten Einnahmen aus Gebühren für die Wahrnehmung der Eisenbahnaufsicht gem. § 5 Abs. 1a Nr. 2 AEG und der Technischen Aufsicht gem. § 54 Abs. 1 Satz 3 PBefG i.V.m. § 5 Abs. 1 BOStrab. Weiterhin sind die erwarteten Einnahmen aus Gebühren für die Erteilung von Genehmigungen auf dem Gebiet der Luftfahrt nach Kostenverordnung der Luftfahrtverwaltung (LuftKostV) veranschlagt. Einnahmen für die Prüfung zum Betriebsleiter für Eisenbahnen sind zweckgebunden bei Titel 546 20 zu verausgaben und nicht veranschlagt.

			2012
			EUR
1	Gebühreneinnahmen des Landesbevollmächtigten für Bahnaufsicht		40.000
2	Einnahmen für die "Prüfung zum Betriebsleiter für Eisenbahnen"		0
3	Einnahmen für die Genehmigung auf dem Gebiet der Luftfahrt		30.000
Summe			70.000

Weniger in Anpassung an die Ist-Entwicklung.

112 10	729	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)		0	0
--------	-----	---	--	----------	----------

119 10	719	Sonstige Einnahmen		0	0
--------	-----	---------------------------	--	----------	----------

119 15	719	Rückflüsse aus Zuwendungen	8.766	0	0
--------	-----	-----------------------------------	--------------	----------	----------

Erläuterungen:

Einnahmen aus Rückzahlungen von Fördermitteln.

aus Titelgruppen:	105.000	300.000
--------------------------	----------------	----------------

Summe HGr. 1:	205.000	370.000
----------------------	----------------	----------------

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 470 **Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 70 Genehmigung, Anhörung und Planfeststellung nach LuftVG

111 70	719	Gebühren und Erstattung von Auslagen aus Planfeststellungsverfahren	728.398	105.000	300.000
---------------	-----	--	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Mehr wegen erwarteter Gebühren und Auslagenerstattungen durch die Genehmigung wesentlicher Erweiterungen oder Änderungen der Anlage und des Betriebs sowie entsprechende Abnahmeprüfungen des BBI gem. Kostenverordnung der Luftfahrtverwaltung (LuftKostV).

Die Einnahmen fließen den Ausgaben bei Titelgruppe 70 zu.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 70	105.000	300.000
-------------------------------------	----------------	----------------

TGr. 90 Verkehrssicherheit

119 90	729	Einnahmen aus Verkehrssicherheitsarbeit	0	0
---------------	-----	--	----------	----------

Siehe Verstärkungsvermerk bei TG 90.

Erläuterungen:

Einnahmen von Erlösen aus der Verwertung von Nutzungsrechten sowie Entgelte im Rahmen der Verkehrssicherheitsarbeit.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 90	0	0
-------------------------------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	105.000	300.000
--	----------------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

526 12	751	Fluglärmkommission	2.541	2.600	5.000
---------------	-----	---------------------------	--------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben (u. a. Reisekostenerstattung, Sachverständige) für die Fluglärmkommission gemäß Luftverkehrsgesetz § 32b (1) und (7) für den Flughafen Schönefeld (künftig Verkehrsflugafen Berlin Brandenburg) sowie für die als Bundesinteressenvertretung arbeitende Arbeitsgemeinschaft deutscher Fluglärmkommissionen.

Mehr wegen des Bedarfs einer erhöhten Mitgliederzahl der Kommission und zusätzlich notwendigem Sachverstand.

536 10	742	Ausgaben für öffentliche Sicherheit und Ordnung	460.000	480.000	480.000
---------------	-----	--	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Wahrnehmung bahnaufsichtlicher Aufgaben im Auftrage des Landes durch das Eisenbahn-Bundesamt gem. § 5 (2) des Allgemeinen Eisenbahngesetzes. Wahrnehmung von Sachverständigentätigkeit im Auftrag der Technischen Aufsichtsbehörde für Straßenbahnen und Obusunternehmen nach § 54 (1) PBefG i. V. m. § 5 (2) BOStrab.

537 10	719	Ausgaben für Gutachten	100.249	90.000	140.000
---------------	-----	-------------------------------	----------------	---------------	----------------

Die Ausgaben sind übertragbar.

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012		100.000		100.000
2013		100.000		100.000
2014		86.000		86.000
2015		87.000		87.000
2016 ff.				
Summen		373.000		373.000

Erläuterungen:

Mehr wegen des erhöhten Bedarfs für dringend notwendige Vergaben als Entscheidungshilfe und Arbeitsgrundlage zur Aufgabenerfüllung.

Vorgesehen sind u.a. die Fortschreibung des Integrierten Verkehrskonzeptes, die Erarbeitung der jährlichen Verkehrsstatistik und die Planung und Steuerung der Schieneninfrastruktur - insbesondere für den Güterverkehr in Brandenburg.

546 20	742	Ausgaben für den Prüfungsausschuss "Prüfung zum Betriebsleiter für Eisenbahnen"	0	0	0
---------------	-----	--	----------	----------	----------

Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 111 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Gemäß § 1 (2) der Eisenbahnprüfungsverordnung (EBPV) können die Länder einen gemeinsamen Prüfungsausschuss bilden. Die dem Ausschuss durch die Abnahme der Prüfungen entstehenden Auslagen werden durch die Einnahmen bei Titel 111 10 gedeckt.

aus Titelgruppen:			866.600	1.008.000	
--------------------------	--	--	----------------	------------------	--

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
 11 470 **Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Summe HGr. 5: 1.439.200 1.633.000

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

685 10	731	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland für Bilgenwasserentsorgung		0	0
685 20	731	Zuschüsse für laufende Zwecke an den Bilgenentwässerungsverband	5.318	16.000	17.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	2.500
davon fällig:	
2013 bis zu	1.000
2014 bis zu	1.500
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	16.000			16.000
2013	16.000		1.000	17.000
2014	16.000		1.500	17.500
2015				
2016 ff.				
Summen	48.000		2.500	50.500

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Verwaltung und Organisation des Bilgenentwässerungsverbandes gemäß des "Übereinkommens zur Bilgenentölung der Rhein- und Binnenschifffahrt" und zur Finanzierung der Investitions- und Betriebskosten für das neue elektronische Bezahlssystem. Die Höhe der anteiligen Kosten ergibt sich nach dem Königsteiner Schlüssel.

685 30	741	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an die Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft (DVWG)		0	0
--------	-----	--	--	---	---

aus Titelgruppen: 600.000 600.000

Summe HGr. 6: 616.000 617.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Zuweisungen und Zuschüsse zur Verbesserung der Infrastruktur der Binnenhäfen

Die Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Förderung von kleineren Investitionen, im Wesentlichen Umschlagtechnik sowie Planungsleistungen als Voraussetzung für die Inanspruchnahme von GA-I- und EFRE-Fördermitteln. Maßnahmen in regionalen Wachstumskernen werden vorrangig gefördert.

883 60 731 Zuweisungen an Gemeinden **20.000 20.000**

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	20.000
davon fällig:	
2013 bis zu	20.000
2014 bis zu	
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 aus- gebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012		20.000		20.000
2013			20.000	20.000
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen		20.000	20.000	40.000

891 60 731 Zuschüsse an öffentliche Unternehmen **165.350 100.000 100.000**

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	100.000
davon fällig:	
2013 bis zu	100.000
2014 bis zu	
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 470 Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 891 60

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012		100.000		100.000
2013			100.000	100.000
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen		100.000	100.000	200.000

892 60 731 Zuschüsse an private Unternehmen **0 0**

Nachrichtlich: Summe TGr. 60 **120.000 120.000**

TGr. 70 Genehmigung, Anhörung und Planfeststellung nach LuftVG

*Die Ausgaben sind übertragbar (§ 19 LHO).
 Siehe Vermerk bei Titel 111 70.*

Erläuterungen:

Die Mittel der Titelgruppe werden u.a. benötigt, um etwaige Anhörungs-, Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren für den Verkehrsflughafen Schönefeld (künftig Verkehrsflughafen Berlin Brandenburg) sowie die Abnahmen zur Inbetriebnahme des Flughafens durchzuführen. Des Weiteren sind durch das MIL als Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde fachliche Untersuchungen im Rahmen der Bearbeitung von Anträgen durchzuführen. Dazu gehören u. a. Einzelgutachten zur Erfassung und Beurteilung von Umweltbelastungen, die Ausarbeitung rechtlicher Stellungnahmen und die Untersuchung flugbetrieblicher oder technischer Probleme.

Überdies fallen Kosten für die Prozessführung an.

Mehr wegen der Vorbereitung der Inbetriebnahme des Verkehrsflughafens Berlin Brandenburg.

511 70	751	Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für Verwaltungszwecke		1.000	0
518 70	751	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume		5.000	0
526 70	751	Sachverständige-, Gerichts- und ähnliche Kosten	94.347	110.000	135.000
537 70	751	Gutachten	94.790	99.000	115.000
538 70	751	Ausgaben für die Datenverarbeitung		5.000	0
546 70	751	Vermischte Verwaltungsausgaben	39.146	5.000	50.000
547 70	751	Sonstige Dienstleistungen	43.792	100.000	200.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 70 **325.000 500.000**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

TGr. 80 "Landeswasserstraßen"

Erläuterungen:

Die gesetzliche Grundlage bildet das Brandenburgische Wassergesetz vom 14. Februar 2005 und die darauf beruhende Landdesschiffahrtsverordnung.

Veranschlagt sind die Mittel für die bauliche Unterhaltung und verkehrstechnische Ausrüstung der schiffbaren Landesgewässer zur Gewährleistung von Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffverkehrs:

- Ausbaggerungen
- Hindernisbeseitigung
- Ufersicherungsmaßnahmen
- Verkehrszeichen (Schilder, Bojen)

521 80	731	Unterhaltung der schiffbaren Landesgewässer	327.809	270.000	243.000
812 80	731	Geräte und Ausstattungsgegenstände für die schiffbaren Landesgewässer	27.447	60.000	54.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 80 **330.000** **297.000**

TGr. 90 Verkehrssicherheit

Die Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 90 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mittel im Wesentlichen für die Durchführung von Maßnahmen und Projekten der Verkehrserziehung und -aufklärung, zur Unterstützung der Arbeit der Landesverkehrswacht sowie für die Schul- und Spielwegsicherung und die Beseitigung von Unfallhäufungsstellen. Dies trägt dem Ziel der Landesregierung Rechnung, insbesondere die Zahl der Verkehrstoten um jährlich 5% senken zu wollen. Derzeit liegt Brandenburg deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Die Mittel für Projektförderungen dienen im Wesentlichen der Verstetigung etablierter und erfolgreicher Vorhaben in der Fläche des Landes. Die Höhe der institutionellen Förderung der Landesverkehrswacht aus Titel 685 90 richtet sich nach dem jährlichen Wirtschaftsplan.

536 90	729	Maßnahmen zur Sicherung im Straßenverkehr	291.107	271.600	265.000
--------	-----	--	----------------	----------------	----------------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	65.000
davon fällig:	
2013 bis zu	65.000
2014 bis zu	
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 470 Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 536 90

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012		200.000		200.000
2013		200.000	65.000	265.000
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen		400.000	65.000	465.000

685 90	729	Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Verkehrserziehung und -aufklärung sowie Zuschüsse an die Landesverkehrswacht e.V.	544.897	600.000	600.000
---------------	------------	--	----------------	----------------	----------------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	<u>300.000</u>
davon fällig:	
2013 bis zu	300.000
2014 bis zu	
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012		300.000		300.000
2013		300.000	300.000	600.000
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen		600.000	300.000	900.000

883 90	729	Zuweisungen für Verkehrssicherheitsarbeit	382.500	450.000	450.000
---------------	------------	--	----------------	----------------	----------------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	<u>150.000</u>
davon fällig:	
2013 bis zu	150.000
2014 bis zu	
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	205.000	370.000
Gesamteinnahme		205.000	370.000

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.439.200	1.633.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	616.000	617.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	630.000	624.000
Gesamtausgabe		2.685.200	2.874.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-2.480.200	-2.504.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	742	Gebühren, sonstige Entgelte		0	0
119 10	742	Sonstige Einnahmen		0	0
119 15	742	Rückflüsse aus Zuwendungen	169.073	0	170.000

Summe HGr. 1: 0 170.000

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	742	Zuweisungen vom Bund für die Umsetzung der Regionalisierung (ohne Investitionen)	391.662.532	397.400.000	403.730.000
--------	-----	--	-------------	-------------	-------------

Die Einnahmen dürfen zur Leistung von Ausgaben der Titel 537 10, 682 10, 683 10, 683 20, 633 60, 671 60, 632 10, 682 20 und Titelgruppe 80 des Kapitels 11 500 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Vermerk zu den Ausgaben.

Nach dem Regionalisierungsgesetz (RegG) vom 27. Dezember 1993, zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes vom 12. Dezember 2007, liegt die Aufgaben- und Ausgabenverantwortung für den Schienenpersonennahverkehr bei den Ländern.

Zur Finanzierung dieser Aufgabe werden dem Land Brandenburg vom Bund entsprechende Mittel zugewiesen.

Summe HGr. 2: 397.400.000 403.730.000

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 10	741	Zuweisungen für Investitionen vom Bund nach dem Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (Entflechtungsgesetz - EntflechtG)	21.686.400	21.686.400	21.686.400
--------	-----	---	------------	------------	------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Kapitel 11 500.

Erläuterungen:

Den Ländern stehen nach Art. 143c GG i.V.m. dem Entflechtungsgesetz ab 2007 Kompensationszahlungen aus dem Bundeshaushalt zu.

Diese Fördermittel werden zur Verbesserung des kommunalen Straßenbaus und des ÖPNV eingesetzt. Veranschlagt ist der Anteil der Kompensationsmittel für den ÖPNV.

Siehe Erläuterungen bei Titelgruppe 60 und Titelgruppe 70.

331 20	742	Zuweisungen für Investitionen vom Bund zur Umsetzung der Regionalisierung	1.000.000	1.200.000	800.000
--------	-----	---	-----------	-----------	---------

Die Einnahmen dürfen zur Leistung von Ausgaben der Titel 883 10, 891 10 und 892 10 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Vermerk zu den Ausgaben.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Bei den Ausgaben des Kapitels handelt es sich vorwiegend um Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen. Sie sind nach § 19 LHO übertragbar.

1. Innerhalb des Kapitels 11 500 sind die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen folgender Titel gegenseitig deckungsfähig: 537 10, 682 10, 683 10, 683 20, 883 10, 891 10, 892 10, 633 60, 671 60, 632 10, 682 20, 683 30 und Titelgruppe 80.

2. Mehrausgaben bei 883 60 und TG 70 dürfen bis zur Höhe von Mehreinnahmen bei Titel 331 10 geleistet werden.

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

537 10	742	Ausgaben für Gutachten	90.891	400.000	300.000
--------	-----	-------------------------------	---------------	----------------	----------------

(§17 Abs. 3 LHO)

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	200.000
davon fällig:	
2013 bis zu	100.000
2014 bis zu	100.000
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012		200.000		200.000
2013		200.000	100.000	300.000
2014			100.000	100.000
2015				
2016 ff.				
Summen		400.000	200.000	600.000

Erläuterungen:

Gutachten zu Fragen der ÖPNV-Planung und Entwicklung in Umsetzung des Landesnahverkehrsplanes sowie zur Fortentwicklung landesspezifischer Ausgestaltung des Rechtsrahmes im ÖPNV.

Summe HGr. 5:	400.000	300.000
---------------	----------------	----------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

632 10	742	Kostenbeteiligung Seilbahnen	462	0	1.000
--------	-----	-------------------------------------	------------	----------	--------------

(§17, Abs. 3 LHO)

Erläuterungen:

Entsprechend dem Beschluss der GKVS vom 7./8.10.2009 erfolgt eine Kostenbeteiligung der Länder bei der Finanzierung der internationalen Arbeit auf dem Gebiet der Seilbahnen. Die Aufteilung der Kosten (Sachkosten) erfolgt auf der Grundlage des Königsteiner Schlüssels.

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

682 10 742 Betriebskostenausgleich an öffentliche SPNV - Leistungsersteller 268.094.152 274.500.000 292.069.000

(§ 17 Abs. 3 LHO)

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	301.954.300			301.954.300
2013	240.568.200			240.568.200
2014	228.824.500			228.824.500
2015	215.969.600	120.700.000		336.669.600
2016 ff.	1.645.659.300			1.645.659.300
Summen	2.632.975.900	120.700.000		2.753.675.900

Erläuterungen:

Zur Sicherung eines attraktiven Angebots im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) schließt das Land Brandenburg als Aufgabenträger des SPNV auf der Grundlage des RegG und des ÖPNV- Gesetzes des Landes Brandenburg entsprechende Leistungsverträge mit öffentlichen und privaten Eisenbahnverkehrsunternehmen ab. Darüber hinaus bildet die Vereinbarung zur Finanzierung sowie zur Kosten und Erlösaufteilung der Verkehrsleistungen im SPNV im Land Berlin ab Dezember 2011 zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Berlin vom 09.10.2008, die Grundlage für die Finanzierung von landesübergreifenden SPNV - Verkehrsleistungen.

Die in den Vorjahren ausgebrachte VE wurde nicht vollständig in Anspruch genommen, so dass die Ansätze von der Gesamtbelastung abweichen. Im Rahmen der Haushaltswirtschaft erfolgt die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

682 20 742 Ausgleichszahlungen an Infrastrukturunternehmen 2.116.200 0 200.000

(§17, Abs. 3 LHO)

Erläuterungen:

Finanzierung von Maßnahmen im besonderem Landesinteresse.

683 10 742 Betriebskostenausgleich an private SPNV - Leistungsersteller 52.934.007 55.200.000 60.600.000

(§ 17 Abs. 3 LHO)

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	60.600.000			60.600.000
2013	99.146.800			99.146.800
2014	99.942.900			99.942.900
2015	56.400.000			56.400.000
2016 ff.	406.500.000			406.500.000
Summen	722.589.700			722.589.700

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 683 10

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 682 10.

Grundlage für den erhöhten Ansatz sind die Ausschreibungsergebnisse. Demnach haben mehr private Verkehrsunternehmen den Zuschlag erhalten.

683 20	742	Gesellschafteranteile des Landes an der VBB GmbH	4.725.984	4.700.000	4.760.000
---------------	------------	---	------------------	------------------	------------------

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Erläuterungen:

Auf der Grundlage des Verbundvertragswerkes in Verbindung mit dem jährlichen Wirtschaftsplan ist das Land Brandenburg verpflichtet, sich anteilig an den Regiekosten des VBB zu beteiligen.

Im Finanzierungsanteil des Landes sind die für die Erfüllung der klassischen Verbundaufgaben notwendigen Mittel enthalten. Darüber hinaus erfüllt die VVB GmbH Aufgaben im Rahmen des Infrastrukturmanagements und der Geschäftsbesorgung.

Mehr aufgrund des verabschiedeten Wirtschaftsplanes der VBB GmbH.

683 30	742	Mobilitätsticket Brandenburg	2.300.000	0	0
---------------	------------	-------------------------------------	------------------	----------	----------

(§17, Abs. 3 LHO)

Erläuterungen:

Ab 2011 umgesetzt nach Titelgruppe 80 (Ist 2009 : 0 €, Ansatz 2010 : 0 €)

aus Titelgruppen:			73.746.000	73.000.000	
--------------------------	--	--	-------------------	-------------------	--

Summe HGr. 6:			408.146.000	430.630.000	
----------------------	--	--	--------------------	--------------------	--

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

883 10	742	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	17.395	0	50.000
---------------	------------	---	---------------	----------	---------------

(§ 17 Abs. 3 LHO)

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	31.100			31.100
2013				
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen	31.100			31.100

Erläuterungen:

Grundlage für die Investitionsförderung bildet das jährliche Investitionsprogramm ÖPNV. Die Gewährung der Fördermittel erfolgt auf der Grundlage der Richtlinie des MIL zur Förderung von Investitionen für den ÖPNV im Land Brandenburg (Rili ÖPNV-Invest).

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

891 10 742 Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen 1.295.823 1.200.000 750.000

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	300.000
davon fällig:	
2013 bis zu	300.000
2014 bis zu	
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	29.281	500.000		529.281
2013		500.000	300.000	800.000
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen	29.281	1.000.000	300.000	1.329.281

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 883 10.
 Weniger in Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

892 10 742 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen -15.002 0 0

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 883 10.

aus Titelgruppen: 21.686.400 21.686.400

Summe HGr. 8: 22.886.400 22.486.400

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Finanzierung des übrigen ÖPNV (üÖPNV)

(§ 17 (3) LHO)

Erläuterungen:

Zur Wahrnehmung der Aufgaben und Ausgabenverantwortung der Aufgabenträger des üÖPNV gem. § 3 (3) ÖPNV-Gesetz des Landes Brandenburg erhalten diese auf der Grundlage des ÖPNV-Gesetzes pauschalierte Zuweisungen. Diese beinhalten auch die Mittel zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs. Die Aufgabenträger verwenden diese Mittel konsumtiv als auch investiv.

Betroffene Aufgabenträger erhalten darüber hinaus für abbestellte SPNV- Leistungen finanzielle Mittel zur Sicherstellung von notwendigen Busersatzverkehren in Höhe von ca. 850.000 Euro. Diese werden im Rahmen der Deckungsfähigkeit aus Minderleistungen im SPNV finanziert.

633 60 741 Förderung der Aufgabenträger 73.842.332 73.746.000 73.000.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	73.000.000
davon fällig:	
2013 bis zu	73.000.000
2014 bis zu	
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012		73.000.000		73.000.000
2013			73.000.000	73.000.000
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen		73.000.000	73.000.000	146.000.000

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung Titelgruppe 60.

671 60 741 Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr gem. § 45a PBefG 0 0

883 60 741 Zuweisungen an die Aufgabenträger für Investitionen 10.000.000 10.000.000 10.000.000

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 883 60

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	10.000.000
davon fällig:	
2013 bis zu	10.000.000
2014 bis zu	
2015 bis zu	
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012		10.000.000		10.000.000
2013			10.000.000	10.000.000
2014				
2015				
2016 ff.				
Summen		10.000.000	10.000.000	20.000.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 60

83.746.000

83.000.000

TGr. 70 Investitionen für den ÖPNV gemäß Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (Entflechtungsgesetz - EntflechtG)

(§17 Abs. 3 LHO)

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig mit Titel 883 60.

Erläuterungen:

Zuweisungen und Zuschüsse für den SPNV und üÖPNV im Wege der Projektförderung auf der Grundlage des Entflechtungsgesetzes und der Richtlinie des MIL zur Förderung von Investitionen für den ÖPNV im Land Brandenburg (RiLi ÖPNV-Invest).

883 70	741	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	3.981.559	1.200.000	2.686.400
---------------	------------	---	------------------	------------------	------------------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	2.000.000
davon fällig:	
2013 bis zu	1.000.000
2014 bis zu	500.000
2015 bis zu	500.000
2016 ff. bis zu	

11 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

noch zu 883 70

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012				
2013	113.800		1.000.000	1.113.800
2014			500.000	500.000
2015			500.000	500.000
2016 ff.				
Summen	113.800		2.000.000	2.113.800

Erläuterungen:

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

891 70 741 Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen 6.296.704 10.486.400 9.000.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2012 EUR
Betrag:	6.500.000
davon fällig:	
2013 bis zu	500.000
2014 bis zu	3.000.000
2015 bis zu	3.000.000
2016 ff. bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2010 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2011 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2012 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2012	2.737.200	6.000.000		8.737.200
2013	11.400	6.000.000	500.000	6.511.400
2014		3.000.000	3.000.000	6.000.000
2015			3.000.000	3.000.000
2016 ff.				
Summen	2.748.600	15.000.000	6.500.000	24.248.600

892 70 741 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen 0 0

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

Nachrichtlich: Summe TGr. 70 11.686.400 11.686.400

TGr. 80 Mobilitätsticket Brandenburg

§ 17 (3) LHO

11 **Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**
11 500 **Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Das Land Brandenburg fördert die Mobilität sozial schwächer gestellter Menschen durch ein preislich reduziertes Tarifangebot, bis zu 2,5 Mio. € jährlich.

Dafür erhalten die Verkehrsunternehmen des SPNV und die Aufgabenträger des ÖPNV einen Tarifausgleich. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen der Deckungsfähigkeit aus Minderleistungen im SPNV.

Daher wurden Leertitel eingerichtet.

633 80	741	Zuweisungen an die Aufgabenträger		0	0
682 80	742	Zuschüsse an öffentliche Verkehrsunternehmen		0	0
683 80	742	Zuschüsse an private Verkehrsunternehmen		0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 80				0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen				95.432.400	94.686.400

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2011	Ansatz 2012
			Angaben in EUR	

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	170.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	397.400.000	403.730.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	22.886.400	22.486.400
Gesamteinnahme		420.286.400	426.386.400

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	400.000	300.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	408.146.000	430.630.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	22.886.400	22.486.400
Gesamtausgabe		431.432.400	453.416.400
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-11.146.000	-27.030.000

Haushaltsübersicht 2012

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Titel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen							
				2012	2013	2014	2015	2016 ff.			
							1.000 EUR				
1	2		3	4	5	6	7				
11 010	Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft										
	Titel aus Titelgruppe 62										
538 62	Ausgaben für Datenverarbeitung		100,0	100,0							
546 62	Ausgaben für GIS-InVeKoS		100,0	100,0							
11 025	Strukturförderung Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume										
	Titel aus Titelgruppe 62										
683 62	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen		3.750,0	750,0	750,0	750,0	1.500,0				
883 62	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände		40.000,0	21.000,0	11.000,0	6.000,0	2.000,0				
	Titel aus Titelgruppe 80										
683 80	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen		25.000,0	5.000,0	5.000,0	5.000,0	10.000,0				
892 80	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen		92.000,0	60.000,0	20.000,0	7.000,0	5.000,0				
	Titel aus Titelgruppe 81										
683 81	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen		2.500,0	500,0	500,0	500,0	1.000,0				
892 81	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen		72.500,0	20.000,0	15.000,0	12.500,0	25.000,0				
	Titel aus Titelgruppe 84										
892 84	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen		3.500,0	1.200,0	900,0	700,0	700,0				
11 032	Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft										
526 10	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten		250,0	125,0	125,0						
683 10	Zuschüsse für die Durchführung der überbetrieblichen Ausbildung		800,0	200,0	200,0	200,0	200,0				
685 18	Förderung der beruflichen Bildung		360,0	90,0	90,0	90,0	90,0				
686 14	Zuschüsse für Landesgartenschauen		480,0	480,0							
	Titel aus Titelgruppe 83										
541 83	Ausgaben für Ausstellungen, Kongresse, Wettbewerbe, Absatzförderung		680,0	680,0							
	Titel aus Titelgruppe 89										
687 89	Zuschüsse zur Projektförderung für ausgewählte Forschungsthemen		248,0	124,0	62,0	62,0					
893 89	Zuschüsse für Investitionen		204,2	102,1	102,1						
11 040	Angelegenheiten der Stadtentwicklung										
541 10	Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe		70,0	70,0							

Haushaltsübersicht 2012

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen				
			2012	2013	2014	2015	2016 ff.
Titel			1.000 EUR				
1	2	3	4	5	6	7	
883 20	Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in anerkannten historischen Stadt- und Ortskernen (Bundesanteil)	11.277,0	2.827,0	3.547,0	3.070,0	1.833,0	
883 21	Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen (Landesanteil)	11.277,0	2.827,0	3.547,0	3.070,0	1.833,0	
883 27	Zuweisungen für die soziale Stadt (Bundesanteil)	3.036,0	788,0	970,0	800,0	478,0	
883 28	Zuweisungen für die soziale Stadt (Landesanteil)	3.036,0	788,0	970,0	800,0	478,0	
883 30	Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen (Bundesanteil)	4.372,0	1.135,0	1.398,0	1.151,0	688,0	
883 31	Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen (Landesanteil)	4.372,0	1.135,0	1.398,0	1.151,0	688,0	
883 40	Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Bundesmittel)	15.849,0	4.114,0	5.067,0	4.174,0	2.494,0	
883 41	Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Landesmittel)	15.849,0	4.114,0	5.067,0	4.174,0	2.494,0	
883 45	Zuweisung für Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (Bundesanteil)	3.006,0	780,0	961,0	792,0	473,0	
883 46	Zuweisungen für Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung (Landesanteil)	3.006,0	780,0	961,0	792,0	473,0	
883 55	Zuweisungen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden (Bundesanteil)	769,0	199,0	246,0	203,0	121,0	
883 56	Zuweisungen zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden (Landesanteil)	769,0	199,0	246,0	203,0	121,0	
11 060	Angelegenheiten des Wohnungswesen						
541 10	Aufwendungen für Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe und Ausschreibungen	50,0	50,0				
541 20	Aufwendungen für Fortbildungsveranstaltungen	10,0	10,0				
892 10	Kostenerstattung für Bautechnische Prüfung, Bauüberwachung und Abrechnung von Fördermitteln	250,0	100,0	150,0			
893 13	Zuweisungen zur Wohnraumförderung	31.000,0	16.000,0	15.000,0			
11 101	Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung						
537 13	Aufträge an Dritte, insbesondere für die berufliche Fort- und Weiterbildung	92,0	92,0				
546 50	Vergabe an Dritte	400,0	200,0	200,0			
11 200	Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg						
526 10	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	100,0	100,0				
531 10	Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation	20,0	20,0				

Haushaltsübersicht 2012

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen				
			2012	2013	2014	2015	2016 ff.
Titel			1.000 EUR				
1	2	3	4	5	6	7	
535 10	Kartographische Arbeiten in der Landes- und Regionalplanung	30,0	30,0				
537 10	Braunkohle- und Sanierungsplanung	140,0	60,0	60,0	20,0		
537 20	Raumwissenschaftliche Arbeiten und Planungen	50,0	30,0	20,0			
537 22	Ausgaben für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (EFRE/INTERREG IV)	500,0	200,0	200,0	100,0		
	Titel aus Titelgruppe 61						
893 61	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	152.911,1	9.110,0	9.231,1	44.660,0	89.910,0	
11 460	Straßen- und Brückenbau						
682 51	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für betriebliche Tätigkeit	21.000,0	15.000,0	5.000,0	1.000,0		
683 10	Erstattungen von Aufwendungen an nicht bundeseigene Eisenbahninfrastrukturunternehmen	350,0	300,0	50,0			
883 10	Zuweisungen für Investitionen des Bundes für den kommunalen Straßen- und Brückenbau gemäß Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG)	27.500,0	19.000,0	6.000,0	2.500,0		
891 10	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für Straßenplanung und Straßenbau	54.000,0	25.000,0	22.000,0	7.000,0		
891 11	Zuführung für Investitionen des Landesbetriebes Straßenwesen	4.500,0	3.500,0	1.000,0			
891 12	Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen zur Kofinanzierung von EU- finanzierten Planungen und Baumaßnahmen	840,0	500,0	340,0			
11 470	Übrige Verkehrsträger - ohne ÖPNV -						
685 20	Zuschüsse für laufende Zwecke an den Bilgenentwässerungsverband	2,5	1,0	1,5			
	Titel aus Titelgruppe 60						
883 60	Zuweisungen an Gemeinden	20,0	20,0				
891 60	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen	100,0	100,0				
	Titel aus Titelgruppe 90						
536 90	Maßnahmen zur Sicherung im Straßenverkehr	65,0	65,0				
685 90	Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Verkehrserziehung und -aufklärung sowie Zuschüsse an die Landesverkehrswacht e.V.	300,0	300,0				
883 90	Zuweisungen für Verkehrssicherheitsarbeit	150,0	150,0				
11 500	Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs						
537 10	Ausgaben für Gutachten	200,0	100,0	100,0			
891 10	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	300,0	300,0				

Haushaltsübersicht 2012

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Titel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen							
				2012	2013	2014	2015	2016 ff.			
							1.000 EUR				
1	2		3	4	5	6	7				
	Titel aus Titelgruppe 60										
633 60	Förderung der Aufgabenträger		73.000,0	73.000,0							
883 60	Zuweisungen an die Aufgabenträger für Investitionen		10.000,0	10.000,0							
	Titel aus Titelgruppe 70										
883 70	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden		2.000,0	1.000,0	500,0	500,0					
891 70	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen		6.500,0	500,0	3.000,0	3.000,0					
	Zusammen		705.540,8	305.045,1	140.959,7	111.962,0	147.574,0				

Übersicht über Planstellen und Stellen 2012

über die im Haushaltsjahr veranschlagten Stellen

	Kapitel							Ges.
	11010	11020	11080	11101	11400	11460		
1. Planmäßige Beamte und Richter								
Besoldungsordnung B								
B9 hD	1,00							1,00
B6 hD	2,00							2,00
B5 hD	4,00							4,00
B4 hD			1,00	1,00		1,00		3,00
B3 hD					1,00			1,00
B2 hD	24,00		1,00	1,00		3,00		29,00
Summe	31,00		2,00	2,00	1,00	4,00		40,00
Besoldungsordnung A								
A16 hD	24,00		7,00	4,00	3,00	5,00		43,00
A15 hD	43,00		10,00	4,00	7,00	14,00		78,00
A14 hD	33,00		76,00	11,00	8,00	19,00		147,00
A13 hD	3,00		20,00	13,00		3,00		39,00
A13 gD	40,00			1,00	13,00	39,00		93,00
A12 gD	31,00		29,00	8,00	14,00	93,00		175,00
A11 gD	6,00		194,00	24,00	33,00	124,00		381,00
A10 gD	4,00		207,00	26,00	13,00	60,00		310,00
A9 gD			13,00					13,00
A9 mD	8,00		1,00	2,00		13,00		24,00
A8 mD				5,00		9,00		14,00
A7 mD				2,00				2,00
Summe	192,00		557,00	100,00	91,00	379,00		1.319,00
hD	134,00		115,00	34,00	19,00	45,00		347,00
gD	81,00		443,00	59,00	73,00	316,00		972,00
mD	8,00		1,00	9,00		22,00		40,00
Summe 2012	223,00		559,00	102,00	92,00	383,00		1.359,00
Summe 2011	223,00		586,00	102,00	93,00	391,00		1.395,00
3. Beamte im Vorbereitungsdienst								
A13 hD	8,00							8,00
Summe	8,00							8,00
hD	8,00							8,00
Summe 2012	8,00							8,00
Summe 2011	8,00							8,00
4. Arbeitnehmer								
AT I	7,00			1,00	1,00	1,00		10,00
E 15	15,00		6,00	13,00	4,00	18,00		56,00
E 14	13,00		31,00	16,00	16,00	7,00		83,00
E 13	7,00			16,00	12,00	37,00		72,00
E 11	64,00		14,00	20,00	5,00	84,00		187,00
E 10	6,00		159,00	51,00	16,00	129,00		361,00
E 9	5,00		72,00	118,00	18,00	76,00		289,00
E 8	39,00		170,00	29,00	27,00	239,00		504,00
E 7			23,00			418,00		441,00
E 6	17,00		119,00	51,00	21,00	218,00		426,00
E 5	11,00		848,00	2,00		490,00		1.351,00

Übersicht über Planstellen und Stellen 2012

über die im Haushaltsjahr veranschlagten Stellen

	Kapitel							Ges.
	11010	11020	11080	11101	11400	11460		
E 4			22,00	1,00	3,00	75,00		101,00
E 3			7,00			24,00		31,00
Summe 2012	184,00		1.471,00	318,00	123,00	1.816,00		3.912,00
Summe 2011	191,00		1.511,00	351,00	124,00	1.859,00		4.036,00
AZUBI			112,00	16,00		67,00		195,00
Stellen 2012	407,00		2.030,00	420,00	215,00	2.199,00		5.271,00
Stellen 2011	414,00		2.097,00	453,00	217,00	2.250,00		5.431,00
Leerstellen:								
1. Planmäßige Beamte und Richter								
Besoldungsordnung B								
B6 hD		2,00						2,00
B2 hD		2,00						2,00
Summe		4,00						4,00
Besoldungsordnung A								
A16 hD	2,00	2,00						4,00
A15 hD	1,00	2,00						3,00
A13 hD		1,00		1,00				2,00
A13 gD		4,00						4,00
A12 gD		4,00						4,00
A11 gD		6,00		2,00				8,00
A10 gD		3,00		2,00				5,00
A8 mD		1,00		0,00				1,00
Summe	3,00	23,00		5,00				31,00
hD	3,00	9,00		1,00				13,00
gD		17,00		4,00				21,00
mD		1,00		0,00				1,00
Summe 2012	3,00	27,00		5,00				35,00
Summe 2011	2,00	25,00		1,00				28,00
4. Arbeitnehmer								
AT I	1,00							1,00
E 15	2,00	1,00						3,00
E 14		2,00						2,00
E 13		6,00		1,00				7,00
E 12	3,00	8,00						11,00
E 11	3,00	12,00		6,00				21,00
E 10	1,00	6,00		2,00				9,00
E 9		19,00		1,00				20,00
E 8	2,00	9,00		14,00				25,00
E 7	2,00							2,00
E 6	21,00	6,00		1,00				28,00
E 5	19,00	9,00		0,00				28,00
E 4	1,00	2,00		0,00				3,00
E 3		1,00						1,00
E 2	1,00	2,00						3,00
Summe 2012	56,00	83,00		25,00				164,00
Summe 2011	58,00	61,00		20,00				139,00
Leerstellen 2012	59,00	110,00		30,00				199,00

Übersicht über Planstellen und Stellen 2012

über die im Haushaltsjahr veranschlagten Stellen

	Kapitel										
	11010	11020	11080	11101	11400	11460					Ges.
Leerstellen 2011	60,00	86,00		21,00							167,00

Übersicht

über die landeseigenen und geleasten Dienstfahrzeuge

Kap.	Personenkraftwagen		Lastkraftwagen		Krafträder		Sonderfahrzeuge		Zusammen	
	Soll 2011	Soll 2012	Soll 2011	Soll 2012	Soll 2011	Soll 2012	Soll 2011	Soll 2012	Soll 2011	Soll 2012
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
11 010 geleast							1	1	1	1
11 101 geleast	56 40	52 40	1	1			107	107	164 40	160 40
11 400 geleast	11 2	12 2					2	2	13 2	14 2
Zus. geleast	67 42	64 42	1	1			110	110	178 42	175 42